Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 119 Mai 2005 2,50 Euro



Newroz 2005

Delegationsmitglieder beteiligen sich als „Lebende Schutzschilde“

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Aktuelle Bewertung
Die Rückkehr der Lynchjustiz
Cemal Uçar 4

Zur Gründung des Koma Komalên Kurdistan
Deklaration des demokratischen Konföderalismus
Abdullah Öcalan 6

Am 4. April gab die PKK ihre Neugründung bekannt
Warum erneut PKK?
Interview mit Murat Karayilan 8

Der Frühling der Freiheit
Aus den Gesprächen Abdullah Öcalans
mit seinen AnwältInnen - 23.2./16.3.2005 10

Verweigerung von Genehmigungen
wegen Buchstabe "W"
Newroz 2005
Susanne Gierstein 12

70 ItalienerInnen besuchten Kurdistan zu Newroz
Ez Kurdistan hez dikim
Interview mit Giovanni Caputo 14

Delegationsmitglieder beteiligten sich an
Aktionen der "Lebenden Schutzschilde"
Freiheit für alle „Lebenden Schutzschilde“!
Bericht über die Reise einer Delegation 16

Beobachtungen eines langjährigen Friedenskämpfers
**Möge der diesjährige Frühling
ein Frühling des Friedens werden!**
Interview mit Seydi Firat 20

Noch immer keine Urteilsverkündung
Zum Öcalan-Verfahren vor dem EuGHMR
Interview mit Mahmut Sakar 24

Zur Gründungsphase der DTH
Die DTH wird keine enge ideologische Partei
Interview mit Aysel Tugluk 26

Die türkische "Minderheitenpolitik" und die EU
Was hat sich geändert?
Christian Arndt, Pastor i. R. 29

Gericht lehnt Auslieferung von Dr. Remzi Kartal ab
Ohrfeige für die Türkei
Monika Morres, AZADÎ 34

Politischer Widerstand und Terrorismusbekämpfung
**Zusammenarbeit europäischer Strafverteidiger
wird notwendig**
Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck 37

Frauen wollen Frieden und Gerechtigkeit –
für eine ökologisch-demokratische Welt
Einladung zum zweiten Zilan-Frauenfestival
CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden 40

Jeder Tag des Jahres muss ein Frauenkampftag sein
**Der 8. März in Kurdistan, in der Türkei
und in der BRD**
Susanne Gierstein 42

Berlinale:
**Friedensfilmpreis für "Schildkröten
können fliegen"**
Filmbesprechung von Elmar Millich 44

Fotoausstellung von Jutta von Freyberg
Unter dem Himmel Kurdistans
Anja Hotopp-Riecke 46

Kurdistan Report Nr. 119 Mai 2005

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich, M. D. Göksungur

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
(6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Newrozfeier in Amed 2005
Foto: DIHA

Rückseite:
Zilanfestival 2005

Umschlaglayout:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.


Newroz in Adana Foto:DIHA


Newroz in Amed Foto: DIHA



Newroz in Urfa Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Ereignisse der letzten Wochen in der Türkei erwecken den Anschein, als hätte die fast sechsjährige Phase zurückgenommener militärischer Konflikte nur mühsam den türkischen nationalistischen „Volkszorn" unter dem Deckel halten können, als hätte es nur eines Signals (des „Fahnenvorfalls" von Mersin) bedurft, geballte Wut in eruptiver Entladung ausbrechen zu lassen. Fahnenstolz und ein Mob in politisch gesteuerter Lynchstimmung: eine unselige Verbindung als unrühmliches Beispiel „gelenkter Demokratie". Woher stammt dieser Ausbruch, kommt er wirklich gar so plötzlich?

Seit über einem Jahr verstärkte das türkische Militär seine Offensiven gegen Guerilla und Bevölkerung – die Canli kalkan, die „Lebenden Schutzschilde", versuchen in einer wachsenden Bewegung direkt und unbewaffnet zu intervenieren. Das türkische Regime lässt wie immer alle politischen Initiativen und Avancen der zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung ins Leere laufen – die demonstrierenden Frauen vom 8. März und die Friedensmütter bekamen das kürzlich wieder hautnah zu spüren. Die so genannten Reformwerke anlässlich der EU-Anpassung sind nach Auskunft der Betroffenen nur für die EU-Kommission gedacht, ein reines Feigenblatt – der Sachverhalt wird anhand der türkischen „Minderheitenpolitik" in einem Artikel unserer aktuellen Ausgabe beleuchtet. Also, was ist so neu an der Situation, dass sie einer Explosion bedarf?

Zwei Aspekte auf türkischer Seite: Für diese lief es in letzter Zeit z. B. im Irak nicht so toll, ihre Interventionen gegen die kurdischen Anteile am irakischen staatlichen Neuaufbau blieben gegen die US-Interessen im Kern ergebnislos. Das Resultat der lange erwarteten und immer wieder verschobenen Verkündung des EuGHMR-Urteils zur Rechtmäßigkeit des Prozesses von 1999 gegen Abdullah Öcalan wird in der Öffentlichkeit – unbeschadet seines endgültigen Inhalts – auf jeden Fall zum Nachteil der Türkei diskutiert.

Auf der anderen Seite, der Demokratie- und der kurdischen Freiheitsbewegung, lässt sich eine Menge Bewegung ausmachen. Zwar wird der Kongra-Gel noch mit den Auswirkungen der Abspaltung nach seinem letzten Kongress zu tun haben, doch lässt sich allerorten Neuorganisation vermelden. Die „Bewegung für eine demokratische Gesellschaft" (DTH) macht sich daran, die demokratischen Ansprüche in der gesamten türkischen Gesellschaft zu verankern. Die neu gegründete PKK soll wieder das ideologische Rückgrat der kurdischen Befreiungsbewegung bilden. Und Abdullah Öcalan ruft mit „Koma Komalên Kurdistan" (KKK) das Werkzeug des demokratischen Konföderalismus für die gesamte Region des Mittleren Ostens aus.

Es ist eine offene Frage, welche Erfolge all diesen Versuchen beschieden sein werden. Doch besteht nicht die Möglichkeit, dass die Kriegsprofiteure und Hardliner, all die Kreise, deren Existenz und Weiterbestand nur von der Aufrechterhaltung einer kriegerischen und konfliktreichen Situation im Lande, in der Region abhängen, sich im Moment den demokratischen Initiativen gegenüber im Nachteil wähnen, dass sie deshalb zur Ablenkung der nicht neuen Idee verfallen sind, mit nationalistischer Aufwiegelung den Boden zu bereiten für künftige Auseinandersetzungen? Man hört von Waffenlieferungen an die türkischen reaktionären Kräfte, man weiß aus der Vergangenheit, zu welchen Unmenschlichkeiten sie fähig sind, man weiß auch, wie relativ egal die Interessen der Menschen in der Türkei der EU und deren Projekt der europäischen Formierung sind. Auf jeden Fall ist es ein Spiel mit dem Feuer.

Wer dagegen mitbekommen hat, wie die Menschen in Kurdistan Newroz begangen haben, kann davon ausgehen, dass die Friedenskräfte mobilisiert sind. Sie brauchen dabei immer Unterstützung, die Schutzschilde, Friedensmütter, Frauenrechtlerinnen ..., international.

Mit solidarischen Grüßen,

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Rückkehr der Lynchjustiz

Cemal Uçar, Journalist

Es ist erstaunlich, wie rasant sich die Dinge im Nahen Osten abspielen, wie sich eisiger Wind über Nacht in eine Hitzewelle verwandelt. Der Irak wurde mit der Jahrhundertinvasion auf Bush-Kurs umgekrempelt, der Libanon hat sich mit dem Mordanschlag auf den ehemaligen Ministerpräsidenten Refik Hariri im Februar kurzerhand gegen seinen einstigen Herrscher Syrien aufgebäumt, der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon spielt auf einmal den Friedliebenden ...

Und die Türkei? Das ist wohl eine unendliche Geschichte, denn hier gehen die Uhren ganz anders als anderswo auf diesem Kontinent. Hier spielt das Wort Frieden nur außerhalb der Landesgrenzen und nur in abgeklatschten Schönrednereien eine Rolle. So wie es Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 12. April auf einer Veranstaltung des Nobel-Institutes in Oslo vorgemacht hat: Wo im eigenen Land mehrere tausend Soldaten unter der Vorhut so genannter "Dorfschützer" und mit Unterstützung von "Super Cobra"-Helikoptern und F-16-Kampfjets aus den US-Kriegsfabriken seit Wochen auf den Gabar- und Cudi-Bergen gegen kurdische Guerillas vorgehen, redete er vom Weltfrieden. Im Landesinneren ging es derweil ganz anders zu.

Kaum waren das Neujahrsfest Newroz mit einer noch nie da gewesenen Entspannung und Freude gefeiert worden, die KurdInnen im Irak zum ersten Mal auf dem Weg zur Übernahme der Staatsführung, die Türkei auf dem Weg zu den Beitrittsverhandlungen mit der EU, kaum hatte die syrische Regierung über 300 kurdische Inhaftierte als Geste des "guten Willens" freigelassen, wurde in der Türkei der Wut gegen KurdInnen der Weg frei gemacht.

Innerhalb nur kurzer Zeit verbreitete sich eine Welle der Lynchjustiz, gebildet aus einem staatlich geförderten Giftcocktail, die auf den offenen Straßen Anatoliens gegen Kurden und Kurdinnen und vermeintliche Andersdenkende gerichtet war.



Newroz 2005 in Amed (Diyarbakir) Foto: DIHA

War das ein Alptraum? Oder nur eine vorbeiziehende dunkle Wolke? Vielleicht eine Fata Morgana? Gott weiß.

Tatsache ist, dass sich in der Türkei solche Ereignisse nur mit staatlicher Lenkung durchsetzen können. So hat es uns die Geschichte gelehrt, so hatten es die KurdInnen am eigenen Leib bitter erfahren müssen: in Cizre, Amed, Van, Urfa, Mardin und den West-Metropolen.

Nach der Fahnenprovokation in der südwestlichen Hafenstadt Mersin, kurz nach der Newrozfeier, ballte sich die Faust des Staates erneut gegen KurdInnen. Der Generalstab degradierte sie mit einer offiziellen Erklärung als "so genannte Bürger" und drohte ihnen, sie mögen gefälligst "in die Geschichte schauen". Beifall von der Regierungsbank, an der Brust des Staates hängenden Medien und Parteien rechter Couleur.

Regierungsgebäude, Ämter, Schulen, Fabriken und viele andere Gebäude wurden kurzerhand zu Fahnenträgern umfunktioniert. Eine nie da gewesene nationalistische, chauvinistische Welle, die sehr wohl an die Geschichte erinnerte: eine Geschichte der Massaker, Folter, Vertreibung und Hetzkampagnen.

Die Türkei war im Nu nicht mehr das Land, das der EU die Hand hielt um Mitglied zu werden, sondern vielmehr ein Land, das an die faschistischen Mili-

tärdiktaturzeiten der vergangenen fünfzig Jahre erinnerte.

Aber das ist noch lange nicht alles. Während die Biedermänner aus der Staatsführung sich für ihre gelungene Tat die Hände rieben, versuchte ein aufgebrachter Mob eine kleine Gruppe von AnhängerInnen des Vereins für Solidarität mit den Familien der Inhaftierten (TAYAD) auf offener Straße, unter Aufsicht der Polizei, zu lynchen. Das Fass wurde zum Überlaufen gebracht. Die Wurzeln dieses Ereignisses wurden in Mersin gelegt: Augenzeugenberichten zufolge hatte ein nicht festgenommener, mit Anzug und Krawatte bekleideter Mann während der Demonstration zwei kurdischen Kindern im Alter von 13 und 14 Jahren die türkische Fahne gegeben und sie aufgefordert diese zu verbrennen. Die Kinder jedoch warfen sie auf den Boden. Daraufhin griff sich ein Polizist in Zivil die Fahne und beschimpfte die Kinder vor laufenden Fernsehkameras. Diese Aktion flimmerte kurz darauf über die türkischen Bildschirme. Der Polizist wurde zum Staatshelden erklärt und mit 24 Monatslöhnen extra belohnt – die Kinder kurz darauf festgenommen.

Die chauvinistische und hetzende Art der Berichterstattung machte sich zuerst das Militär zunutze. Der Generalstab in Ankara verbreitete als erste staatliche Stelle eine Pressemeldung, in der die KurdInnen zum Feind erklärt wurden.

Dem folgte das Ereignis in der Schwarzmeermetropole Trabzon. Die TAYAD-AnhängerInnen verteilten gegen die Isolationshaft und F-Typ-Gefängnisse gerichtete Flugblätter. Die örtliche Polizei jedoch versuchte diese Aktion zu verhindern, indem sie die AktivistInnen verfolgte und Falschinformationen verbreitete. Angeblich hätte die Gruppe versucht die türkische Fahne zu verbrennen, was sich im Nachhinein als pure Lüge erwies. Mit der Hilfe eines Lokalsenders und dieser Vorgabe versuchte ein aufgebrachter Menschenmob auf Texas-Art die AktivistInnen von TAYAD zu lynchen. Die Gruppe wurde schließlich mit einem gepanzerten Polizeiwagen aus der Menge herausgebracht und mit dem Vorwurf der Aufstachelung und Hetze festgenommen. Die eigentlichen Täter jedoch blieben unangetastet. Der staatlich gelenkte Wutausbruch gegen Andersdenkende ging Mitte April auch in der westtürkischen Stadt Sakarya weiter.

Die nationalistische Welle zieht wie ein eisiger Wind durch das Land. Alarmiert haben rund 200 Intellektuelle des Landes vor einer “Gefahr für den inneren Frieden” der Türkei gewarnt. “Wir sind besorgt, dass diese Eskalation erneut zu einem Klima der Gewalt und der Spannungen in unserem Land führt”, hieß es in einer am 11. April veröffentlichten Erklärung. Als Urheber der “gelenkten Wut” vermuten sie dabei vor allem Kreise, die dem Demokratisierungsprozess der Türkei Einhalt gebieten wollten und gegen die EU-Reformen gerichtet seien. EU-Gegner versuchten, in der Bevölkerung Angst zu verbreiten. Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt, dass solche nationalistischen Aufwallungen in der Regel von mit dem Staatsapparat assoziierten Elementen provoziert werden.

Erstaunlich ist, dass Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer erst nach Wochen reagiert haben. Auch dies kann als Indiz dafür gesehen werden, dass das, was sich auf den Straßen abgespielt hat, staatlich gelenkt war.

Mit diesem Ereignis steht die Türkei erneut vor entscheidenden Fragen. Welchen Weg will sie gehen? Fortsetzung der Lynchjustiz, Krieg gegen die Kurden und Kurdinnen oder Frieden und Versöhnung durch Respekt für KurdInnen und Andersdenkende? Ohne eine klare Stellungnahme zu diesen Fragen und eine Distanzierung von der eigenen Geschichte wird die Türkei es sehr schwer haben, das in Seenot geratene Schiff Türkei auf dem Weg nach Brüssel zu steuern. Der Rückkehr zur Lynchjustiz darf auch die EU nicht als bloßer Zuschauer gegenüberstehen. Und die internationale Solidarität mit den Kurden und Kurdinnen sowie demokratischen Kräften in der Türkei ist mehr denn je gefragt. ♦



Festnahme der „Lebenden Schutzschilde“ durch das Militär

Eine nationalistische Welle rollt durch die Türkei – Fahnenmarsch der Polizei in Istanbul

Der Mob auf der Straße – hier in Trabzon

Alltag in der Türkei und Kurdistan Fotos: DIHA

Abdullah Öcalan zur Gründung des Koma Komalên Kurdistan

Deklaration des demokratischen Konföderalismus

Wir leben in einer Zeit, die für die Menschheit große Entwicklungsmöglichkeiten und zugleich große Gefahren birgt. Der Mittlere Osten durchlebt ein Chaos und Auseinandersetzungen, welche auch als „Dritter Weltkrieg“ bezeichnet werden. Kurdistan befindet sich im Zentrum dieser Widersprüche und Auseinandersetzungen. Obwohl die Bewahrer des alten politischen Status quo Widerstand leisten und die Mächte des globalen Kapitals in diesem Chaos nach einem Ausweg in ihrem Interesse suchen, versuchen die Völker, ihr demokratisches System in Freiheit zu entwickeln, um dieses Chaos zu überwinden. Wir können zusammengefasst Folgendes feststellen:

1. Die agrikulturelle Revolution fand innerhalb des Ökosystems des Zagros-Gebirges statt. Diese Revolution bildete für die Menschheit bis ins 19. Jahrhundert die Lebensgrundlage. Anfang des 19. Jahrhunderts fand die industrielle Revolution statt. Diese war die zweite große Revolution der Menschheitsgeschichte. Sie spielte für die Herausbildung des Nationalstaates eine große Rolle. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde der Nationalstaat zu einem ernsthaften Hindernis für die gesellschaftliche Entwicklung und für Demokratie und Freiheit.

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde als Recht auf Staatsgründung interpretiert. Die Nationalstaaten, die infolge dessen entstanden, stellen heute ein ernstes Hemmnis für die weitere Entwicklung der Menschheit dar. Auch das heutige Modell der Vereinten Nationen ist hierfür nicht geeignet, die Nationalstaaten sind dafür ein Hindernis. Der Golfkrieg und die Situation im Irak sind dafür ein klarer Beweis.

3. Statt der Globalisierung im Sinne der Nationalstaaten bietet sich als Ausweg ein demokratisch-konföderales System an, dass sich ausschließlich auf die Basisorganisierung des Volkes stützt. Denn in der Geschichte der Menschheit hat es den Staat nicht immer gegeben, und auch der Nationalstaat wird nicht ewig Bestand haben. Ohnehin wird dieser durch die Globalisierung in Frage gestellt. Dem Imperialismus hingegen gelingt es nicht, ein neues Modell zu entwickeln. Die Systemkrise verschärft sich weiter.

4. Als Alternative drängt sich der demokratische Konföderalismus förmlich auf. Sein Organisierungsmodell gestaltet sich pyramidenförmig von unten nach oben. Die Communities kommunizieren, diskutieren und fällen Entscheidungen. Delegierte der Basis bilden nach oben hin eine lockere Koordination. Die Delegierten erhalten ein einjähriges Mandat des Volkes.

5. Auch für die Probleme des Mittleren Ostens stellt der demokratische Konföderalismus ein Lösungsmodell dar. Das kapitalistische System und dessen imperiale Kräfte schaffen keine Demokratie, allenfalls benutzen sie die Demokratie. Deshalb kommt es darauf an, der Option einer sich von der Basis her entwickelnden Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Der demokratische Konföderalismus ist ein System, das ethnische, religiöse und klassenspezifische Unterschiede in der Gesellschaft berücksichtigt.

6. Für Kurdistan konkretisiert sich der demokratische Konföderalismus als eine Bewegung, die das Selbstbestimmungsrecht nicht als Recht zur nationalistischen Staatsgründung auslegt, sondern ungeachtet der politischen Grenzen eine authentische Demokratie anstrebt. In einer zu schaffenden kurdischen Struktur bildet diese Bewegung Föderationen in den kurdischen Gebieten des Iran, der Türkei, Syriens und des Irak. Diese Föderationen bilden wiederum auf höherer Ebene eine konföderale Struktur.

7. Die eigentliche Entscheidungskompetenz liegt bei den Dorf-, Stadtteil- und Stadträten und ihren Delegierten, also beim Volk und bei der Basis.

Diese oben angeführten grundsätzlichen Ausführungen bezüglich der Weltlage, des Mittleren Ostens und Kurdistans zeigen, dass sich die historische Aufgabe der Organisierung des demokratischen Konföderalismus in Kurdistan nicht länger aufschieben lässt. Daher ist es ein fortschrittlicher, befreiender und begeisternder Schritt, an einem neuen Newroz mit dem Aufbau des demokratischen Konföderalismus zu beginnen.

Der demokratische Konföderalismus Kurdistans ist kein Staatssystem, sondern das demokratische, nichtstaatliche System des Volkes. Es ist ein System, in dem alle Volksschichten, in erster Linie die Frauen und die Jugend, ihre authentischen demokratischen Organisationen gründen. Politik wird hierbei von freien und gleichberechtigten Bürgern der Konföderation gestaltet, die regionale freie Bürgerräte bestimmen. Dabei ist das Prinzip der eigenen Stärke und der Subsistenz wesentlich. Ein solches System bezieht seine Stärke aus dem Volk und ist bestrebt in jeglicher Hinsicht eine weitgehende Selbstversorgung zu erreichen, was auch die Wirtschaft mit einschließt.

Der demokratische Konföderalismus Kurdistans weiß sich der Gesellschaftsgeschichte und dem kulturellen Reichtum Mesopotamiens verbunden. Er stützt sich auf die demokratische kommunale Struktur der „natürlichen Gesellschaft“. So zogen die Kurden und ihre Vorfahren schon immer Klansysteme und einen Konföderalismus der Volksstämme einem zentralstaatlichen Modell vor. Der demokratische Konfö-

deralismus stützt sich auf den Patriotismus des Volkes, das freie Leben und die Erfahrung mit einer demokratischen Organisierung, die die PKK in ihrem über 30-jährigen Kampf in allen Bereichen, vor allem in den Gefängnissen und in den Bergen, mit Tausenden von Märtyrern geschaffen hat.

Der demokratische Konföderalismus zielt darauf ab, die Staaten zu tief greifenden demokratischen Reformen zu bewegen. Von nun an haben in Kurdistan drei Rechtssysteme Gültigkeit: das EU-Recht, das Recht des jeweiligen Einheitsstaates und das demokratisch-konföderale Recht. Sofern die Einheitsstaaten Iran, Irak, Türkei und Syrien das konföderale Recht des Volkes anerkennen, wird auch das kurdische Volk deren Recht anerkennen, um auf dieser Grundlage Kompromisse zu schließen.

Der demokratische Konföderalismus hat die Anerkennung, den Schutz und die Artikulationsfreiheit aller kulturellen Existenzen zum Prinzip. Daher betrachtet er die Gewährleistung einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage, die allgemeine Anerkennung der kurdischen Identität und die Weiterentwicklung der kurdischen Sprache und Kultur als seine Hauptaufgaben.

Der demokratische Konföderalismus orientiert sich an einem ökologischen Gesellschaftsmodell. Er hat sich zum Prinzip gesetzt, sich in vielfältiger Weise gegen die gesellschaftliche Unterdrückung der Geschlechter zu stellen und diese durch den Freiheitskampf der Frau zu überwinden. Er sieht den Aufbau einer Demokratie in allen Bereichen der kurdischen Gesellschaft vor, die sich auf Ökologie und Geschlechterfreiheit stützt, und er kämpft gegen jede Art von Reaktion und Rückständigkeit. Er verbindet individuelle Rechte und Freiheiten mit der Entwicklung gesellschaftlicher Demokratie.

Ein weiteres Prinzip des demokratischen Konföderalismus ist die gewaltfreie Lösung gesellschaftlicher Probleme. Er beruht auf einer Politik des Friedens. Gegenüber Angriffen auf das Land, das Volk und die Freiheit sowie bei eklatanten Rechtsverletzungen beruft er sich auf sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung.

Der demokratische Konföderalismus ist eine Bewegung zum Aufbau eines authentischen demokratischen Gesellschaftssystems des kurdischen Volkes. Innergesellschaftlich definiert er einen demokratischen Nationenbegriff, nach Außen strebt er die Schaffung transnationaler Strukturen an. Gestützt auf die politische, soziale, ökonomische, kulturelle, religiöse, konfessionelle, ethnische und Geschlechterfreiheit der Gesellschaft sorgt er für die Einheit der verschiedenen Organisationen im ökologisch-kommunalen Bereich und organisiert zugleich die Selbstverwaltung als Ausdruck der organisierten Gesellschaft. In diesem Sinne rufe ich alle Schichten der Gesellschaft, allen voran die Frauen und die Jugend, dazu auf, ihre eigenständige demokratische Organisierung zu schaffen, ihre demokratischen Aktivitäten zu verstärken und selbstverwaltete Strukturen aufzubauen.

Der demokratische Konföderalismus ist zugleich der Ausdruck für die demokratische Einheit des kurdischen Volkes, das über vier Staaten verteilt und über die ganze Welt verstreut lebt. Bei der Lösung der internen Probleme der kurdischen Nation vertritt er das Prinzip der demokratischen Einheit. Er betrachtet die nationalistische Tendenz zur Staatsgründung als eine Fortsetzung eines überholten Nationalstaatsverständnisses. Weil dies für die Lösung der kurdischen Frage und die Weiterentwicklung der kurdischen Gesellschaft unzureichend ist, rufe ich die betreffenden kurdischen Kräfte dazu auf, sich für eine Demokratisierung zu öffnen und sich auf der Grundlage der demokratischen nationalen Einheit an der Konföderation zu beteiligen.

Da der demokratische Konföderalismus eine demokratische Mentalität und Ausdruck eines Freiheitsbewusstseins ist, macht er keinerlei Unterscheidung zwischen den Völkern und setzt sich für die gleichberechtigte freie Einheit aller Völker ein. Statt eines etatistischen Nationalismus, der auf starren Grenzen basiert, strebt er die Schaffung einer demokratischen Nation an. Daher ist er Grundlage für die Einheit aller Völker des Mittleren Ostens und der demokratischen Kräfte. Er verfolgt in den Beziehungen zu den Nachbarstaaten das Prinzip der Einheit in Freiheit und Gleichheit, in der die politischen, sozialen und kulturellen Rechte gewahrt sind. In diesem Sinne rufe ich erneut die Völker der Region zur demokratischen und konföderalen Einheit und die Nachbarstaaten zu einer demokratischen Haltung auf.

Der demokratische Konföderalismus steht für die globale Demokratie der Völker und im Gegensatz zum globalen Imperialismus. Er ist ein System, das sich im 21. Jahrhundert allen Völkern anbietet. Zugleich zeichnet sich eine allgemeine Tendenz zu demokratischen und konföderalen Strukturen im globalen Maßstab ab. In diesem Sinne rufe ich die gesamte demokratische Menschheit dazu auf, unter dem Dach des globalen demokratischen Konföderalismus eine neue Welt zu erschaffen.

Ich denke, dass wir mit der Gründung von KOMA KOMALÊN KURDISTAN, als Ausdruck der demokratischen konföderalen Organisation und Einheit des kurdischen Volkes, unser Volk um eine neue Lebensphilosophie bereichert haben. Deshalb bin ich stolz darauf, an dieser Gründung beteiligt zu sein. Ich rufe unser gesamtes Volk dazu auf, unter der grünen Flagge mit gelber Sonne und rotem Stern seine authentische Demokratie zu organisieren, sich zu einen und selbst zu verwalten. Ich erkläre hiermit, dass ich diese Flagge mit Stolz tragen und meinen Aufgaben auch weiterhin nachkommen werde. In diesem Frühling, der näher an der Freiheit ist als alle bisherigen, gratuliere ich unserem Volk, den Völkern der Region und allen Freundinnen und Freunden zum Newrozfest. ♦

Hochachtungsvoll

Abdullah Öcalan
Gründer von KOMA KOMALÊN KURDISTAN

Am 4. April gab die PKK ihre Neugründung bekannt

Warum erneut PKK?

Interview mit Murat Karayilan, Sprecher des PKK-Parteirats

Vor kurzem haben Sie erneut die Arbeiterpartei Kurdistans PKK ausgerufen. Worin besteht der Unterschied zwischen der neu gegründeten und der alten PKK ? Worauf gründet das Ganze ?

Die alte PKK ist in den 1970er Jahren gegründet worden. Sie wurde nach den Bedingungen dieser Zeit gestaltet. Zur Zeit der Gründung der PKK war die Welt in Ost und West geteilt. Sie entstand als nationale Befreiungsbewegung und war dabei vom Realsozialismus beeinflusst. Sie pflegte eine unabhängige wissenschaftliche Herangehensweise, doch wäre es nicht falsch zu behaupten, dass sie weitgehend unter realsozialistischem Einfluss Gestalt annahm. Bei der ersten PKK handelte es sich um eine Organisation, die darauf abzielte, Staat zu werden, an die Macht zu gelangen. Sie versuchte dies mit Gewalt umzusetzen, wies in ihrem Kampf der Gewalt neben ihrer politischen und organisatorischen Arbeit einen bedeutenden Platz zu. Sie strebte einen unabhängigen Staat, einen Nationalstaat an.

Die neue PKK ist anders. Der Apoismus bildet die Seele, den Geist. Auch wenn diese Seele gleich geblieben ist, die neue PKK wird wissenschaftlicher und entwickelter als die vorige. Sie sieht keinen Nationalstaat, sondern eine demokratische Nation vor.



Gründungskongress der neuen PKK Foto: MHA

Die Apocu-Bewegung [Apocu: AnhängerInnen der Ideen A. Öcalans] hat in dreißig Jahren Kampfpraxis die Entwicklungen in der Türkei und in Kurdistan maßgeblich mitbestimmt. Heute jedoch versucht sie, sich entsprechend der wissenschaftlich-technischen Entwicklung komplett zu erneuern und ein neues Paradigma – basierend auf der demokratischen und ökologischen Revolution sowie einer Revolution in der Ausdrucksweise – zu begründen. Sie beschreitet nicht den Weg der realsozialistischen Philosophie, ihr Verständnis geht über den Realsozialismus hinaus. In diesem Sinne verfügt sie über eine komplett neue Sichtweise. Das kommt durch ihr Programm zum Ausdruck, so können wir den Unterschied zwischen der alten und der neuen PKK erfassen. Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung, eine große Transformation und Veränderung. Es entspricht nicht der Realität, dass wir zu Vergangenem zurückkehrten oder dass eine radikale Phase eingeleitet würde. Ganz im Gegenteil formiert sich die neue PKK als Ergebnis einer Entwicklung. Ihre Gründung und ihre theoretische, ideologische sowie philosophische Formierung sind eigentlich das Resultat von Diskussionen und Verteidigungsschriften unseres Vorsitzenden aus sechs Jahren [vgl. a. Auszüge aus seinen AnwältInnengesprächen, S. 10 f.] sowie von Diskussionen unserer Bewegung in diesem Sinne.

Warum erneut der Name PKK und kein anderer ?

Heute sehen wir uns mit einer PKK konfrontiert, die sich auf ein komplett neues Paradigma beruft. Warum PKK? Hätte es auch ein anderer Name sein können? Die PKK ist eine Bewegung, die der kurdischen Gesellschaft geradezu auf der Schwelle zum Tod zur Rettung geeilt ist. Sie gab dem kurdischen Volk erneut Leben und verwirklichte eine revolutionäre Wiederbelebung. Sie wurde zur Legende, zu Geschichte. Sie ist Stolz und Ehre der zeitgenössischen KurdInnen. Deshalb beinhaltet für sie der Name PKK eine besondere Bedeutung. Sie ist die Tradition des Widerstands, die Art und Weise, für sich selbst einzustehen. Sie steht für das Menschsein, die Hinwendung zum freien Leben. Deshalb wurde für richtig befunden, den Namen PKK, der so viele Bedeutungen trägt, erneut zu verwenden.

Die PKK hat es überwunden, eine Klassenpartei zu sein. Den Begriff 'Karker' [kurdisch: ArbeiterIn] im Namen der PKK gebrauchen wir in dem Sinne, dass er den unterprivilegierten Teil der Bevölkerung benennt. Vorrangig für die Entscheidung, die erneute Parteiwerdung mit dem gleichen Namen anzugehen, war jedoch dessen immense Bedeu-

tung für unser Volk, unsere Gesellschaft.

Die PKK wird eher als ideologische und philosophische Organisation dargestellt und entsprechend diskutiert. Was für eine Mission wird sie im praktisch-politischen Bereich übernehmen ? Wie wird sie sich in den einzelnen Teilen Kurdistans organisieren ?

Zunächst einmal muss unterstrichen werden, dass wir bei der PKK nicht von einer klassischen Partei reden. Vielmehr handelt es sich um eine Bewegung, die ähnlich wie in der Geschichte religiöse Bewegungen kämpft und eine Überzeugung, eine Philosophie besitzt. In erster Linie geht es um ideologische, philosophische Vorreiterschaft, um die Gestaltung der ideologischen Formierung, der kulturellen Entwicklung, der Sichtweise dem Leben gegenüber sowie des Kampfverständnisses für das kurdische Volk. Die PKK besitzt eine ideologische und philosophische Perspektive, sie projektiert die Schaffung und Entwicklung der freien KurdInnen, einer willensstarken Gesellschaft, Gleichberechtigung sowie Einheit zwischen den Geschlechtern, ein gleiches und ein gleichgewichtiges Niveau zwischen den Menschen und der Natur. Es handelt sich um eine ideologische Bewegung. Sie hat nicht das Ziel, unbedingt an die Macht zu gelangen.

Wie wird die Beziehung zwischen der PKK und dem Kongra-Gel aussehen ?

In Kurdistan existieren verschiedene Institutionen und Organisationen, die in der Zeit des 32 Jahre währenden Kampfes in Kurdistan entstanden sind; sei es im Land selbst oder auch im Ausland. Die PKK wurde mit dem Ziel gegründet, das kurdische Volk voranzubringen. Mit verschiedenen Organisationen, unter der Teilnahme der breitesten gesellschaftlichen Kreise, aller Schichten, wurde der Kampf entwickelt, um eine neue Gesellschaft zu schaffen. Hierfür steht das Projekt "Koma Komalên Kurdistan" [von A. Öcalan am 20. März 2005 deklariert; s. S. 6 f].

Es gibt viele Organisationen, die für alle vier Teile Kurdistans den demokratischen Konföderalismus anstreben. Die PKK lehnt diese nicht ab. Sie sieht sie als legitim und berechtigt an und respektiert alle ihre Beschlüsse und Statuten. Doch wird sie mit all ihrer Kraft darauf hinarbeiten, dass dafür das Projekt des demokratischen Konföderalismus weiterentwickelt, die neue Gesellschaft geschaffen, deren ideologischer Horizont erweitert wird und Perspektiven eröffnen zu können. Die PKK beabsichtigt, ihre politische Linie in Kurdistan nicht unter eigenem Namen, sondern über den Kongra-Gel in die Tat umzusetzen.

Die PKK befürwortet die Linie der legitimen Verteidigung. Diese sieht vor, im Rahmen internationaler Vereinbarungen und ihres Rechts auf legitime Selbstverteidigung in notwendigen Fällen Gewalt auszuüben. Die PKK betrachtet die Volksverteidigungskräfte HPG in diesem Sinne als legitime Einheiten. Bei den HPG handelt es sich um eine autonome Kraft. Natürlich wird die PKK auch versuchen, Einfluss in den HPG zu gewinnen, sich auch innerhalb ihrer Reihen zu organisieren. Sie wird verschiedene Komitees bilden und diese auszubauen versuchen.

Die PKK wird sich auch innerhalb des Kongra-Gel um Einfluss bemühen, darum, Orientierung zu geben. Sie wird die jetzige Institutionalisierung des Kongra-Gel, sein System, seine Führung in keiner Weise belasten. Im Gegenteil wird die PKK als ideologische und philosophische Unterstützung dienen, eine vertiefende und anregende Funktion übernehmen, damit der Kongra-Gel seine Ziele auch wirkungsvoll realisieren kann. Die PKK wird mit all ihrer Kraft für die Umsetzung der Strategie und des organisatorischen Projekts des Kongra-Gel arbeiten. Sie wird alles tun, was ihr hierbei zukommt. In keiner Weise wird sie sich dem Kongra-Gel in den Weg stellen.

In diesem Sinne möchte ich vor allem für die Kräfte in der Türkei und in den anderen Regionen erklären: Die PKK wurde erneut gegründet, nicht um primitiven Nationalismus, sondern um die demokratische Nation in Kurdistan zu entwickeln. Ihr Projekt sieht die Geschwisterlichkeit und Einheit der Völker vor. Ihr Selbstverständnis gründet auf der eigenständigen Kraft der Völker der Region und arbeitet in diesem Sinne auf den demokratischen Konföderalismus hin. Deshalb ist sie die Kraft der Geschwisterlichkeit der Völker der Region, nicht die der Feindschaft.

Die regionalen Mächte sprechen statt von der gesamtnationalen Existenz des kurdischen Volkes von Geschwisterlichkeit, obwohl sie die kurdische Sprache und Kultur verbieten. Die PKK nennt dies anders. Sie will eine gleichberechtigte und freie Einheit, die Beseitigung jeglicher Hindernisse. Die kurdische Kultur verfügt über das älteste kulturelle Erbe in der Region. Ihre Wurzeln reichen bis zur Frühgeschichte zurück. Wir sprechen dabei von 15 000 Jahren. Verbote werden hier keinerlei Menschheitsprinzipien und der Zivilisation gerecht. Die PKK steht für die Freiheit jeder Kultur von Verboten, dass alle Völker in Geschwisterlichkeit miteinander leben können. Sie wird deshalb eine konsequente und prinzipientreue ideologische und politische Haltung einnehmen. Wenn sie trotzdem unterdrückt, zerstört werden soll, dann wird sie natürlich berechtigterweise von ihrem Recht auf legitime Selbstverteidigung Gebrauch machen als unverzichtbarem Bestandteil ihrer demokratischen Prinzipien. Allerdings beinhaltet ihr Kampfverständnis vor allem eine Perspektive und eine Philosophie, die den Frieden zwischen den Völkern, ihre Geschwisterlichkeit und die Forcierung der Demokratie und nicht des Nationalismus umfassen.

Können Sie uns das System der gleichberechtigten Vorsitzenden erläutern ?

Wie Sie wissen, wurden die Satzung und das Programm der PKK vor ca. zwei bis drei Monaten allen unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Großteil der daraufhin eingegangenen Vorschläge war sehr hilfreich. Deshalb möchten wir uns noch einmal bei allen FreundInnen und unse-

rem Volk bedanken, die ihre Vorschläge und Gedanken eingebracht haben. So entwickelte sich eine kollektive Partei. Die Satzung wurde zur Diskussion gestellt und natürlich auch während des Gründungskongresses [März 2005] erörtert. Das System der gleichberechtigten Vorsitzenden wurde etabliert, wobei jeweils eine Frau und ein Mann diesen Vorsitz bilden. Außerdem wurde ein Parteirat bestehend aus 27 Personen gegründet, daneben ein exekutives Organ mit 12 Mitgliedern. Dieses System wird zurzeit durch SprecherInnen repräsentiert.

Es handelt sich hierbei um eine Transformation. Das Organisationsmodell der PKK stellt innerhalb der Bewegung wie auch im Mittleren Osten einen neuartigen Entwurf dar. Es geht darum, ein demokratisches Organisationsverständnis voranzubringen. Es soll keine zentralistische Partei sein, bei der alle Beschlüsse und Anweisungen von oben kommen. Wir sprechen von einer pyramidenartigen Organisierung. Die Basis soll stärker werden und in Entscheidungsprozessen ein größeres Mitspracherecht erhalten. Dies wird Stufe um Stufe umgesetzt werden. Hierbei handelt es sich um etwas komplett Neues im Mittleren Osten wie auch innerhalb der kurdischen Gesellschaft. Klar, es kann vielleicht nicht von einem Tag auf den anderen realisiert werden. Doch wird sich dieses System Schritt für Schritt verwirklichen, so haben wir es geplant. Dies halten wir für realistischer. Innerhalb der Organisationsstrukturen des Rates der PKK gibt es keine engstirnigen Meinungen oder Tendenzen, es handelt sich bei ihr nicht um eine Koalition. Der Kongress hat neun Tage gedauert, in dieser Zeit wurde alles umfassend diskutiert.

Die neue PKK verfügt über eine Perspektive, ein Verständnis, das die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann in ihrer wahren Bedeutung anstrebt. Dies wird sie natürlich auch innerhalb ihrer gesamten Struktur praktizieren. Es wurde frei gewählt, dabei kamen 14 Frauen in den 27-köpfigen Parteirat. Das ist eine neue Sache für den Mittleren Osten. Frauen machen im Rat mehr als die Hälfte aus, das ist das Ergebnis demokratischer Wahlen.

Bei der PKK geht es um eine neuartige Philosophie, ein neues Modell. Ein komplett neues Paradigma umzusetzen bedarf theoretischer Vorarbeiten. Dies ist Schritt für Schritt und im Kampf möglich. Wir haben dabei keine Probleme im Bereich der Kader. Allerdings ist von enormer Bedeutung, dass entsprechend dieses Paradigmas ein System auf der Grundlage einer Veränderung in den Denkweisen geschaffen wird. In diese Richtung wurde im vergangenen Jahr viel diskutiert, eine Struktur wurde geschaffen und reifte heran. In diesem Sinne wurde die PKK gegründet und nimmt Gestalt an. ♦

(Übersetzung eines Interviews von Hasan Günes, MHA News Agency vom 8. April 2005)

Der Frühling der Freiheit

Aus den Gesprächen Abdullah Öcalans mit seinen AnwältInnen – 23.2./16.3.2005

“Dies sind historische Tage. Dieser Frühling ist einer der schönsten Frühlinge. Es ist der Frühling der Freiheit für die Völker des Mittleren Ostens. Für die USA ist die Demokratie nur eine Maske. Für die Völker des Mittleren Ostens hat der Nationalstaat ausgespielt. Mit dem Frühling kommt die Freiheit. Dies ist kein Aufruf zum Krieg. Dies ist ein Aufruf zur Freiheit.”

Zweimal konnte Abdullah Öcalan im März die – eigentlich jede Woche vorgesehenen – einstündigen Gespräche mit seinen Geschwistern und AnwältInnen führen. Wieder waren es “Witterungsbedingungen” und “technische Probleme”, die von den türkischen Behörden angeführt wurden, um die Verbreitung der Gedanken und Ausführungen Öcalans zu verhindern und seine von Isolation geprägte Haftsituation zu verschärfen.

Die ihm verbliebenen zwei Gesprächsstunden nutzte Öcalan, um seine Vorstellungen vom “demokratischen Konföderalismus” zu vertiefen und zu konkretisieren. Zum Ausgangspunkt seiner Ausführungen machte er dabei die Kritik an der realsozialistischen Annäherung an die Frage der Klassen, der Nation und des Organisationsaufbaus. Bezug nimmt er dabei auf moderne Theoretiker wie den amerikanischen Soziologen Immanuel Wallerstein, den französischen Historiker Fernand Braudel, den amerikanischen Öko-Anarchisten Murray Bookchin und die Autoren der bekannten Werke “Empire” und “Multitude”, Antonio Negri und Michael Hardt. Öcalan empfiehlt ausdrücklich die Lektüre der genannten Autoren, bemerkt aber, dass seine eigenen Überlegungen darüber hinausgehen und den Versuch darstellen, ein an der Praxis orientiertes System zu schaffen, dass für die Unterdrückten Lösungen und Auswege von universeller Gültigkeit bietet. An der marxistischen Theorie kritisiert er, dass sie solche universellen Lösungen aufgrund ihrer auf die Ökonomie begrenzten Sichtweise nicht schaffen konnte. Öcalan befürwortet es zwar, wie Karl Marx alle Probleme im Zusammenhang mit der Klassenanalyse zu betrachten, lehnt jedoch eine Revolutionstheorie auf dieser Grundlage ab: “Der eigentliche Kampf findet seit der ersten Sklaverei im sumerischen Priesterstaat zwischen der Priesterklasse und ihren Sklaven auf der einen und der matrizentrischen natürlichen Gesellschaft auf der

anderen Seite statt. Diese Kultur wird angegriffen. Die Sklaven sind Knechte, genauso wie die Leibeigenen und die Grundherren oder die Arbeiter und die Bourgeoisie. In Ländern wie der Türkei ist die Arbeiterschaft nicht die fortschrittlichste, sondern die rückschrittlichste Klasse. Der eigentliche Widerspruch liegt nicht im Verhältnis zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, sondern zwischen einer glücklichen Minderheit und den arbeitslos gemachten Menschen, den erniedrigten Frauen, dem ganzen Rest der Gesellschaft. 5% der Gesellschaft besitzen 80% des Einkommens. Zu dieser glücklichen Minderheit gehört auch eine kleine Gruppe der Arbeiterschaft. Das ist in den USA, Europa und Japan der Fall. Auch in der Geschichte war es so. Man redet von Sklavenaufständen, aber wo gab es die? Der Spartakusaufstand in Rom ist eher eine einzigartige Ausnahmeerscheinung. Die Aufstände im Europa des 18. Jahrhunderts sind nicht wirklich Arbeiteraufstände, sondern halbe Bauernaufstände."

"Die Gesellschaft selbst schafft die Demokratie"

Anstatt die Lösung nur innerhalb des Klassenbegriffs und ökonomischer Kategorien zu suchen, müssen laut Öcalan alle Entwicklungen auf lokaler Ebene von der Basis der gesamten Gesellschaft ausgehen. Analog zu Negri/Hardt umfasst diese Basis "alle Teile der Gesellschaft, ethnische Gruppen, Frauen, Jugend, alle religiösen Richtungen. Das ist die Multitude, diese müssen sich befreien und sich demokratisieren."

Jenseits der Entwicklungen auf lokaler Ebene ist lediglich eine Koordination notwendig, die aber nicht – wie im Realsozialismus – von oben aufoktroyiert sein darf: "Das Ganze stützt sich nicht auf die Mittelklasse, Intellektuelle sind dafür nicht besonders notwendig. Die Gesellschaft selbst schafft die Demokratie. Die Gesellschaft ist unterdrückt, korrumpiert, moralisch zerbrochen worden. Das macht man zur Begründung für eine Einmischung der Mittelklasse und der Intellektuellen." Von dieser klassischen Herangehensweise müssen sich alle modernen demokratischen Bewegungen befreien und auch ihre Organisierung entsprechend entwickeln.

Dafür ist auch die Abkehr vom klassischen Parteienverständnis notwendig. Parteien – insbesondere auch jene, die dem bolschewistischen Verständnis folgen – sind in der Regel ähnlich wie ein Staat strukturiert. Deren Zeit ist, so Öcalan, vorbei: "Parteien sind Organisationen einer Ideologie, einer Mentalität. Sie wollen nicht mehr wie ein Staat sein, sie sollten demokratisches Denken und demokratische Mentalität organisieren, Probleme diskutieren, kompetente Personen heranziehen und akademisch arbeiten. Sie können Akademien gründen, sich eigene Regeln geben. Ihre führenden Persönlichkeiten sollte man nicht wie eine staatsartige Kraft sehen. Das ist die allgemeine Definition. Wichtig ist, dass es gelingt, starke Frauen und Männer auszubilden, die ideologisch kompetent sind und kämpfen und die sich nach außen gut darstellen können", auch wenn dies mit großen Schwierigkeiten verbunden ist: "Aber wird es ihnen auch gelingen, entsprechend geeignete Frauen und Männer heranzubilden? Das Prinzip ist gut, aber gibt es die entsprechenden Männer und Frauen, die weder patriarchal noch unterwürfig sind? Es soll ja nicht so sein wie in der Ehe."

Die demokratische Nation

Breiten Raum in den Überlegungen Abdullah Öcalans nimmt die Frage der Nation und der Nationalstaaten ein. Die Lösung besteht demnach nicht darin, "neue Nationalstaaten zu gründen oder alte neu zu lackieren." Diese Phase ist seit den 50er Jahren, als die meisten Nationen einen Staat gründen konnten, überholt. An die Stelle des Kampfes für einen Nationalstaat muss der Kampf um wirkliche Demokratie treten. Auch hier kritisiert Öcalan die realsozialistische Herangehensweise. Insbesondere Lenin und Stalin haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker lediglich als das Recht auf Gründung eines Nationalstaates interpretiert. Anstelle dieses Nationenbegriffs, der auf einem Staat basiert, schlägt Öcalan eine Nation vor, die Demokratie und Menschenrechte zur Grundlage hat. Ein solcher Nationenbegriff würde alle Ethnien und Kulturen unter einem Dach versammeln. Das Selbstbestimmungsrecht konkretisiert sich unter diesen Vorraussetzungen als das Recht, eine eigene Demokratie und eigene nichtstaatliche Leitungsgremien aufzubauen: "Alle nichtstaatlichen Gemeinschaften sollten ihre Probleme selbst diskutieren und selbst Entscheidungen fällen. Es ist das Recht, in Dörfern, Stadtteilen und Städten die eigenen Probleme selbst zu diskutieren, Entscheidungen zu fällen und ein Modell zu erschaffen, das sie lösen kann. Auf lokaler Ebene von Dorf, Stadtteil und Stadt diskutiert und entscheidet man. Vertreter und Delegierte wählt man dann jährlich.

Die demokratische Nation beruht nicht auf dem Individuum, das der Nationalstaat geschaffen hat. Dieses Individuum des Nationalstaates ist versklavt, es ist gefährlicher als die Personen, die durch die monotheistischen Religionen geprägt wurden. Dass der Staat das Individuum, den Bürger geschaffen hat, ist der Grund für alle Stagnation. Die demokratische Nation ist ein Modell, in dem Gemeinschaft und Individuen ihre Probleme gemäß den eigenen, lokalen Gegebenheiten diskutieren und lösen. Es ist nicht richtig, wenn einige auftreten und im Namen des Volkes reden. Das gilt auch für mich. Dieser Stil ist nicht richtig. Das Entscheidende ist, dass es dem Volk gelingt, selbst zur problemlösenden Kraft zu werden. Dafür ist der Nationalstaat ein klares Hindernis. Unser Ziel ist nicht die Staatsgründung, sondern die Errichtung der Demokratie. Damit meine ich nicht eine Demokratie vom europäischen Typ, die auf der Mittelklasse beruht. Für die Errichtung einer nichtstaatlichen Demokratie sind geographische Grenzen Nebensache. Wenn es eine nichtstaatliche Demokratie gibt, braucht man keine geographischen Grenzen und muss auch keine Staaten zerschlagen. Wir werden unser eigenes System schaffen. Ob der Staat das akzeptiert oder nicht, wo unser Volk ist, dort werden wir uns an unser eigenes Lösungsmodell halten." ♦

Verweigerung von Genehmigungen wegen Buchstabe „W“

Newroz 2005

Susanne Gierstein

In mehreren Orten, in Dersim und in Hatay Erzîn, wurde von den Behörden die Genehmigung für die Newroz-Feiern wegen der Verwendung des Buchstabens „W“ verweigert. Dieser Buchstabe existiert im offiziellen türkischen Alphabet nicht, wohl aber im kurdischen. Die Schreibweise von Newroz mit „W“ ist für engstirnige nationalistische türkische Beamte ein rotes Tuch, drückt sie doch die selbstverständliche Verwendung kurdischer Sprache aus. Noch immer fühlt sich der türkische Staat durch solche kulturellen Aspekte in seiner Existenz bedroht. Die inhaltlichen Forderungen nach einer friedlichen demokratischen Gesellschaft wurden bei den Verboten komplett ignoriert.

Traurige Nachricht: Dorfschützer ermorden Kind

Am 21. März selbst erreichte eine traurige Nachricht die Öffentlichkeit. Bei Nusaybin wurde Selahattin Günbay erschossen, als er gemeinsam mit zwei anderen Kindern Schafe hütete. Angeblich hatte er die Grenze zu einem anderen Dorf überschritten und wurde dafür außergerichtlich hingerichtet. Die Familie hat sich an den Menschenrechtsverein in Diyarbakir gewandt. Leider sind solche „Vorfälle“ in den kurdischen Gebieten immer noch Alltag, nicht zuletzt, weil das Problem der Dorfschützer noch lange nicht gelöst ist. Gesetzlich nicht legitimiert, aber bewaffnet, können Dorfschützerclans die Umgebung terrorisieren.



Selahattin Günbay Foto: DIHA

Newroz-Delegationen

Zahlreiche europäische Delegationen besuchten die Menschen in Kurdistan, um mit ihnen Newroz zu feiern und sich vor Ort ein Bild über die Menschenrechtssituation, über die wirtschaftliche und politische Situation zu machen. Delegationen kamen aus der BRD, aus Italien, Frankreich, Schweden, Großbritannien, Griechenland und Belgien. Mitglieder der deutschen Delegation nahmen an Aktionen der „Lebenden Schutzschilde“ teil und wurden dafür teilweise verhaftet. [vgl. S. 14 ff..]

Gegen eine italienische Delegation, die an der Feier in Bingöl teilnahm, wurde in den türkischen Medien gehetzt. Nach Zeitungsberichten soll eine Teilnehmerin das Lied „Bella ciao“ auf der Feier gesungen und danach gemeinsam mit den Feiernden die Parole „Biji serok Apo“ gerufen haben. Sie selbst sagt dazu: „Als ich auf Italienisch ‚Bella ciao’ gesungen habe, haben die Menschen auf dem Platz in ihrer eigenen Sprache mitgesungen. Das war für mich sehr wichtig. Ich kann mich nicht erinnern, ob ich eine Parole gerufen habe. Es mag sein, dass ich das in dieser Atmosphäre getan habe. Es wurden ohnehin viele Forderungen zum Ausdruck gebracht.“

Zentrale Feier, unbehelligt

Die größte Newroz-Feier mit über einer Million TeilnehmerInnen fand in Amed statt. Nachdem die Polizei zunächst versucht hatte, die TeilnehmerInnen zu kontrollieren, gab sie es schließlich angesichts der Vielzahl der Ankommenden auf. Viele bekannte Persönlichkeiten feierten gemeinsam mit ihnen, wie der Vorsitzende der DEHAP, Tuncer Bakirhan, die Mitglieder der Koordination der DTH (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan, Murat Bozlak und Feridun Yazar, die Mitglieder der *Initiative der Demokratischen Gesellschaft* Seydi Firat und Yuksel Genç, die Mitglieder des Europaparlaments Feleknas Uca und Evrim Helin Baba, der Vorsitzende der EMEP, Levent Tuzel, der norwegische Botschafter Hans Wilhelm Langua, der Vorsitzende des Stadtparlaments von Marseille, Joel Dutto, der Vorsitzende der KESK, Sami Evren, der Vorsitzende der DISK, Musa Çam, die Schwestern Abdullah Öcalans, Fatma Öcalan und Havva Keser, die Vorsitzende des Internationalen PEN, Coanne Loocom, der Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, verschie-

dene DEHAP-Bürgermeister der Region, der kurdische Schriftsteller Mehmet Uzun, Prof. Nicol Wats, die Schriftsteller Tarik Ziya Ekinci, Celal Baslangiç, Naci Kutlay, die KünstlerInnen Ciwan Haco, Gulîstan, Ibrahim Tatlises, Çetin Oraner und Koma Çiya. Die zentralen Forderungen auf dieser Feier waren ein gerechter Friede, Gerechtigkeit und Demokratie. Leyla Zana nahm in ihrer Ansprache Bezug auf das Projekt der demokratischen Republik, das von Abdullah Öcalan vorgeschlagen worden war. In seiner Grußbotschaft an die Feiernden führte dieser aus: „Weil das imperialistische und kapitalistische System die Probleme der Menschheit nicht beantworten kann, erlebt es eine tiefe Krise. Ein Volk, das so sehr mit der Demokratie und Freiheit verbunden ist, kann in dem imperialistischen und kapitalistischen System nicht die Freiheit erlangen. Das Volk kann die Methoden und Wege der Demokratie aufbauen. Dieser Weg wird über die Diskussion des demokratischen Konföderalismus erreicht. Weil dieses Newroz uns der Lösung näher bringt, muss es auf eine historische Weise gefeiert werden. Ich hoffe, dass dieses Newroz uns der Freiheit näher bringt.“ Auch an die EU wurde der Aufruf gerichtet, sich endlich mit der kurdischen Frage im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Türkei zu befassen. Natürlich forderten die Teilnehmenden immer wieder in Sprechchören die Freilassung Abdullah Öcalans als einen überfälligen Schritt hin in Richtung eines dauerhaften Friedens. Ein negativer Aspekt für die politisch aktiven Frauen war die Darbietung des Sängers Ibrahim Tatlises, der auf der Feier Texte mit frauenfeindlichen Inhalten vortrug. Das wurde auf einer Konferenz des *Rates der Demokratischen Frauenbewegung* kritisiert, verbunden mit der Forderung, die inhaltliche Bedeutung des Newroz-Festes dürfe nicht in den Schatten gestellt werden.

Feiern in anderen Teilen Kurdistans

Trotz eines Verbotes nahmen Menschen in Ûrmiye, Ostkurdistan (Iran), an einer Newroz-Feier teil. In der Stadt Milgever griffen Sicherheitskräfte die Feiernden an. Bei den Auseinandersetzungen wurden sechs Soldaten und zahlreiche KurdInnen verletzt. Die iranische Armee umstellte das Gebiet und verhaftete zahlreiche TeilnehmerInnen der Feiern. Die Imame der Moscheen von Islamabad und Riza wurden verhaftet, weil sie die Newroz-Feiern erlaubt hatten. Nach ZeugInnenaussagen war der Imam von Riza in Haft und wurde gefoltert.



Der „bedenkliche Buchstabe“ in der Türkei Foto: DIHA

In Südwestkurdistan (Syrien) feierten Hunderttausende Newroz und unterstützten in ihren Forderungen das Projekt des demokratischen Konföderalismus [s. S. 6 f.]. Die Forderung, zur Lösung der kurdischen Frage beizutragen, ging auch an die syrische Regierung.

Fahnen-Provokation in Mersin und Anschläge

Reaktionäre Kräfte versuchten auf verschiedene Weise, die Newroz-Feierlichkeiten zu stören. Zunächst gab es auf mehrere Gebäude der DEHAP Anschläge.

In Mersin wurden sechs Kinder verhaftet wegen „Parolen rufen im Namen einer separatistischen Organisation, Steine werfen auf Sicherheitskräfte, Angriff auf die türkische Fahne sowie Durchführung illegaler Straßendemonstrationen mit terroristischen Zielen“. Was war passiert? Nach dem Ende der offiziellen Feiern hatte sich ein türkischer Nationalist mit einer Türkeifahne an den Rand der Straße gestellt, durch die die Feiernden nach Hause gingen. Er machte das Zeichen der „Grauen Wölfe“ und ging mit der Fahne in eine Gruppe der Feiernden. In dem nachfolgenden Gerangel verlor er die Fahne, die von einem Kind aufgehoben und bei der Verfolgung durch die Polizei wieder fallen gelassen wurde. Zwei Kinder wurden daraufhin einen Tag später auf dem Schulhof bzw. aus der Wohnung heraus festgenommen und auf der Antiterrorabteilung verhört. Nach türkischem Recht ist das illegal, da Kinder nur vom Staatsanwalt in Anwesenheit eines Anwalts verhört werden dürfen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben zu Besonnenheit aufgerufen und erklärten, dass sie den Vorfall für ein inszeniertes Szenario halten. Eine diesbezügliche Erklärung des türkischen Generalstabes habe die Situation verschärft und nationalistische und chauvinistische Kräfte im Land unterstützt [vgl. S. 4. f.]. ♦

70 ItalienerInnen besuchten Kurdistan zu Newroz

Ez Kurdistan hez dikim

Interview mit Giovanni Caputo, Mitglied einer Newroz-Delegation aus Italien

Wie viele Menschen aus Italien nahmen dieses Jahr an den Newroz-Delegationen teil und welche Orte besuchten sie ?

Vom 18. bis 25. März besuchten etwa 70 Menschen aus Italien Kurdistan, um an den Newroz-Feierlichkeiten teilzunehmen. Die große Anzahl machte es möglich, dass Gruppen Amed, Dersim, Bingöl, Cizre, Siirt, Sirnak, Van-Bostanici, Dogubeyazit, Hakkari, Yüksekova und Semdinli besuchten.

Wohin ist deine Gruppe gefahren ?

Wir waren sechs Leute und besuchten Gewer (türkisch: Yüksekova, Stadt am Grat, wie sie vor 60 Jahren von den Türken benannt worden ist) und Semdinli in der Provinz Hakkari.



Eine der Delegationen aus Italien — Foto: DIHA

Welchen Themen habt ihr besondere Aufmerksamkeit gewidmet ?

Zunächst wollten wir die Menschenrechtssituation beobachten, dann interessierte ich mich auch für einige andere Aspekte: wirtschaftliche Bedingungen, Schmuggel, Landminen, Umweltfragen, Aktivitäten der Frauen.

Könnt ihr über die Auswirkungen des letzten Erdbebens berichten ?

In Hakkari selbst sind Häuser zerstört worden und das hat die ohnehin schon schlechte ökonomische Lage der EinwohnerInnen sehr verschlimmert. Dennoch wurde uns berichtet, dass die Folgen des Erdbebens in der Region Bingöl sehr viel verheerender waren (dort war nach dem starken Erdbeben vom Frühjahr 2004 auch im letzten Monat ein Erdbeben). Der Staat unterstützt die Opfer nicht angemessen: Zum Beispiel lebten die Menschen aus Karliova den ganzen Winter über in Zelten und benötigen immer noch Hilfe.

Welche Organisationen unterstützen die Menschen, die ihre Häuser verloren haben ?

Organisationen wie Göc-Der versuchen ihr Bestes, aber die Aufgabe ist nicht einfach, da die Mittel sehr begrenzt sind. Die Kommunalverwaltungen stehen ebenfalls schwierigen Herausforderungen gegenüber, da sie in vielen Fällen Schulden ihrer Vorgänger in Millionenhöhe übernommen haben.

Welche Erwartungen haben die Menschen an Europa ?

Wir haben verschiedene Organisationen getroffen, die Gewerkschaft [der Staatsbediensteten] KESK und die DEHAP, sowohl in Yüksekova und in Semdinli, zum Beispiel: Bei diesen Gesprächen fragten uns viele, welche Bedeutung die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU für die kurdische Seite haben könnten. Wir antworteten mit dem Ziel, unsere Rolle als Mitglieder der Zivilgesellschaft klar zu machen: unsere Anliegen gegenüber italienischen und europäischen Institutionen zu vertreten, sie zu erinnern, dass die Türkei immer noch einige ernste Probleme zu lösen hat (die Haftbedingungen politischer Gefangener, die Isolation von Abdullah Öcalan, die Unterentwicklung der kurdischen Regionen, die fortgesetzten außergerichtlichen Hinrichtungen), bevor es möglich ist zu sagen, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien erfüllt.

Was war dein stärkster Eindruck auf dieser Reise ?

In Yüksekova hat mich beeindruckt, dass dort jeden Morgen viele Männer die Straße auf und ab gingen, weil sie keine Arbeit und sonst nichts zu tun haben. Die wirtschaftliche Situation in der gesamten Provinz ist nicht einfach. Das Land eignet sich nicht für den Ackerbau und Obst und Gemüse müssen importiert werden, vor allem aus dem Iran. Wenn die EinwohnerInnen der Provinz diese offiziell importieren würden, würde das und der Transport und Verkauf in andere Provinzen von der türkischen Regierung nicht genehmigt werden. So importieren sie Lebensmittel für das nackte Überleben auf Schmuggelwegen. Das ist traurig, aber wahr. Eine andere Sache hat mit Öcalan zu tun: Yüksekova befindet sich in der südöstlichen Ecke der Türkei, aber jeden Mittwoch herrscht große Spannung, und die Menschen sind begierig darauf so früh wie möglich zu erfahren, welche Ergebnisse der Besuch der Verwandten und AnwältInnen bei Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali hatte.

Wo habt ihr Newroz gefeiert ?

Wir waren in Gewer. Alles begann mit leichtem Schneefall am Morgen, in dem etwas heruntergekommenen Stadion der Stadt. Es gab einige sehr bewegende Momente: besonders als ein Folklorelehrer gemeinsam mit seiner Kindergruppe kurdische Tänze vorführte, die er ein ganzes Jahr lang mit ihnen im Gewer-Kulturzentrum einstudiert hatte. Oder als die OrganisatorInnen so freundlich waren, mich und eine andere italienische Delegierte einzuladen das Feuer anzuzünden, mit dem Newroz gefeiert wird. Abends, als es regnerisch und kalt war, waren wir in das Kulturzentrum eingeladen: Wir bekamen kurdische Volkslieder zu hören und hatten die fantastische Gelegenheit, mit den jungen Menschen vor Ort zu sprechen.

Wie haben sich die Sicherheitskräfte verhalten ?

Es gab Polizeikontrollen und Durchsuchungen am Eingang des Stadions, dann standen während der gesamten Zeit (von 10 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags) Polizisten auf den Dächern der umliegenden Gebäude, aber alles verlief friedlich und ohne Zwischenfälle. Um abzuschließen, ich bin nach Italien zurückgekommen um mit meiner Aufgabe weiterzumachen: die Wahrheit über die Verletzung der Menschenrechte der wundervollen und freundlichen Menschen in den kurdischen Gebieten weiter zu verbreiten. Noch immer habe ich die Bilder von Ugur Kaymaz vor Augen, der im November 2004 mit nur zwölf Jahren erschossen worden ist und im Nachhinein von den Sicherheitskräften als Terrorist bezeichnet wurde [vgl. KR Nr. 117, S. 24 ff]. Wie kann so ein kindlicher Junge gnadenlos und grausam umgebracht werden wegen angeblicher Verbindungen zu Terroristen oder Guerillas? Der Mord an Ugur war eine schändliche Tat.

Es war meine dritte Reise nach Kurdistan, nachdem ich 2003 in Wan war und letzten Sommer in Dersim. Jedes Mal, wenn ich dorthin fliege, erkenne ich mit immer größerer Gewissheit: „Ez Kurdistan hez dikim – Ich liebe Kurdistan“. ♦







Nicht nur am 21. März, sondern über eine Woche lang wurde Newroz in diesem Jahr mit einem neuen Selbstbewusstsein gefeiert. Foto: DIHA

Delegationsmitglieder beteiligten sich an Aktionen der „Lebenden Schutzschilde“

Freiheit für alle „Lebenden Schutzschilde“!

Bericht über die Reise einer Delegation des kurdischen Frauenbüros für Frieden Cenî

Am 20. März fuhr eine Delegation des Düsseldorfer Frauenbüros CENÎ bestehend aus StudentenvertreterInnen, AntifaschistInnen, VertreterInnen der VVN/BDA und der Roten Hilfe in die kurdischen Provinzen der Türkei um gemeinsam mit der DEHAP-Jugend am Newrozfest teilzunehmen, Familien gefallener GuerillakämpferInnen und Soldaten und zerstörte Dörfer zu besuchen. Im Anschluss begleitete die Delegation eine Gruppe der „Canli kalkan“, der „lebenden Schutzschilde“, von Istanbul über Batman bis nach Kiziltepe. Ziel war das Dorf Sabe.

Unsere Motivation

Als InternationalistInnen sehen wir den weltweiten, basisorientierten gemeinsamen Kampf für ein selbstbestimmtes, emanzipiertes und kreatives Leben als notwendig an. Die Solidarität mit der kurdischen Bewegung ist Teil unserer Arbeit. Die DEHAP – im Besonderen deren Frauen und Jugend – sowie zivilgesellschaftliche Organisationen innerhalb der kurdischen Bewegung – entfalten in diesem Rahmen eine kraftvolle wunderschöne Dynamik und tiefe Reflektionsprozesse. Ein solidarisches und gemeinsames Lernen und Arbeiten ist unserer Ansicht nach höchst produktiv.

Heybeli, ein zerstörtes Dorf

Nachdem wir das kraftvolle kurdische Neujahrs- und Widerstandsfest Newroz in Kiziltepe (am 20. März) und in Batman (am 21. März) gefeiert hatten, besuchten wir das Dorf Tanzê (Heybeli), nahe der Stadt Batman. Das Dorf wurde in wesentlichen Teilen im Jahr 1993 von Militärs und Dorfschützern zerstört. In dieser Zeit kam es zur Vertreibung von ca. 1000 DorfbewohnerInnen und zur Zerstörung aller Häuser. Mehr als 20 Guerillas und 19 andere Menschen wurden bei der Operation der türkischen Militärs und Paramilitärs ermordet. Mittlerweile sind einige der Häuser des Dorfes neu aufgebaut, 20 BewohnerInnen sind im Laufe der Jahre zurückgekehrt. Im Dezember 2004 wurde in der Nähe von Tanzê ein Massengrab entdeckt, in dem sich die sterblichen Überreste von zwei Hirten und 20 GuerillakämpferInnen befanden.



Die Delegation gemeinsam mit Mitgliedern der „Canli Kalkan“ Foto: DIHA

Darüber hinaus wurde die gesamte Umgebung des Dorfes mehrmals von Militärhubschraubern mit Napalm bombardiert und in Brand gesteckt. Für uns ist klar ersichtlich, dass in dieser Region den Menschen ein Leben unmöglich gemacht werden soll. Allerdings hat die von einem DEHAP-Bürgermeister regierte Kommune Batman, zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung, vor drei Wochen eine Stromleitung in diese Region gelegt. Den von der DEHAP regierten Kommunen wird allerdings noch immer die Teilhabe an den ihnen zustehenden staatlichen Geldern verweigert.

Die Politik des türkischen Staates gegenüber der kurdischen Bevölkerung hat sich leider in vielen Punkten kaum verändert. Die Zerstörungen und das Massengrab sind nur zwei von unzähligen Beispielen. Die Bewohner von Tanzê und aller umliegenden Dörfer sind noch immer ständigen Repressionen bis hin zu extralegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen ausgesetzt. Hier findet nach wie vor ein schmutziger Krieg statt.

Während des gesamten 15-km-Fußmarsches nach Tanzê wurde die Men-

schenrechtsdelegation ständig von ca. 400 Mann starken Truppen des Militärs, Polizisten in Zivil und dem türkischen Geheimdienst JITEM verfolgt, zum Teil auch bedrängt und bespuckt. Die Delegation und ihre BegleiterInnen des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, der DEHAP und JournalistInnen von kurdischen und türkischen Tageszeitungen und Fernsehsendern waren auch auf dem Weg von Batman nach Tanzê mehrmals von Jandarma, einer Sondereinheit des Militärs, auf offener Straße kontrolliert und jeweils grundlos über längere Zeit aufgehalten worden. Das Schicksal des Dorfes Tanzê ist nicht einmalig. In den Regionen Sirnak, Dersim, Siirt wird von ähnlichen Vorfällen berichtet. Die Friedensbemühungen zahlreicher emanzipatorischer kurdischer Organisationen werden bisher weitgehend von der in der Türkei herrschenden Oligarchie ignoriert. Stattdessen werden Lebensraum und Umwelt zerstört.

Wie wir erfuhren und erlebten ist die kurdische Bevölkerung auch darüber hinaus trotz einiger Reformen auf dem Papier und in Gesetzen noch immer ungeheuerlichen Repressionen ausgesetzt. So wurden z. B. Ugur Kaymaz, ein zwölfjähriges Kind, und sein Vater Ahmet Kaymaz in Kizeltepe auf offener Straße von Polizisten hingerichtet. [S. KR Nr. 117, S. 24 ff.] Nachdem der Versuch scheiterte, die Morde zu vertuschen und die Opfer als Guerillakämpfer darzustellen, zog der türkische Staat bisher lediglich die Konsequenz, die verantwortlichen Polizisten ohne Strafe in den Westen der Türkei zu versetzen. Mittlerweile zog das Innenministerium der Türkei das von den Hinterbliebenen der Ermordeten von Kiziltepe angestrengte Gerichtsverfahren an sich und bügelte es somit ohne die Möglichkeit der Anrufung einer weiteren Instanz ab.

Bei Besuchen von Familien gefallener Guerillas und Soldaten erfuhren wir vom Friedenswillen der betroffenen Bevölkerung und dem unendlichen Leid der Familien. In nahezu jeder kurdischen Familie gibt es einen bis mehrere Gefallene.

Es bedarf unserer Ansicht nach großer Anstrengungen der Demokratisierung, da noch immer Willkür bis hin zum Mord herrscht und diejenigen, die für Frieden und Demokratie eintreten, weiterhin kriminalisiert und als Terroristen diffamiert werden.

Die Reise mit den Canli kalkan

Vom 28. März bis zum 3. April reisten wir gemeinsam mit den „Lebenden Schutzschilden“, „Canli kalkan“, aus Istanbul und Batman in die kurdischen Provinzen. Die Schutzschilde haben das Anliegen, für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zu wirken. Die über 70 teilnehmenden FriedensaktivistInnen kamen u. a. von den Friedensmüttern (Baris Annerle), Göc-Der (Hilfsverein für Vertriebene),

Liebe FreundInnen!
Indem wir eine Vermittlerrolle zwischen den Kriegsgegnern spielten, haben wir dafür gearbeitet, den Samen des Friedens in unsere Erde zu legen und für unser Land Frieden und Wohlstand zu sichern, damit das jahrelange Blutvergießen in diesem Land ein Ende findet, damit die erfahrenen Leiden sich nicht wiederholen und die Mütter nicht mehr weinen.
Wenn auch wir Mütter mit den brennenden Herzen zwar seit 1999 bis heute ab und zu Anerkennung und auch Unterstützung für unsere Arbeit erfahren haben, so sind wir doch meistens misshandelt und festgenommen worden. Wir wurden gefoltert und ins Gefängnis geworfen. Aber wir sind bestimmt nicht entmutigt. Ganz im Gegenteil sind wir den Weg des Friedens, an den wir glauben, weitergegangen, indem wir gegen diese Bedrängnis noch widerständiger wurden.
Für die Beendigung der Gefechte zwischen der PKK und der PUK im Nordirak haben wir im Jahre 2000 mit einer Gruppe von fünf Müttern Gespräche mit beiden Seiten geführt. Während der Gespräche haben wir beiden Seiten weiße Kopftücher übergeben. Wir haben eine wesentliche Rolle dabei gespielt, dass im Ergebnis unserer Gespräche die Kampfhandlungen eingestellt wurden. Als wir in die Türkei zurückkehrten, wurden wir festgenommen, schwer gefoltert und anschließend ins Gefängnis geworfen. Aufgrund des Eingreifens von Amnesty International und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden wir nach einem Monat aus dem Gefängnis entlassen.
Damit die Gefechte zwischen den bewaffneten Kräften der Türkei und der Guerilla endlich beendet werden und wir nicht noch mehr Leichen der gefallenen Soldaten und Guerillas sehen müssen, sind wir am 28. März mit den Gruppen der “Lebenden Schutzschilde” aus Istanbul, Batman, Hatay, Gaziantep und Adana in die Gegend marschiert, in der die Militäroperationen stattfinden. Die Jandarma hat uns zigmal den Weg versperrt. Wir wurden festgenommen, freigelassen und wieder festgenommen.
Im Ergebnis der Festnahmen wurde zusammen mit den “Lebenden Schutzschilden” auch unsere Vertreterin Müyesser Günes verhaftet und in das Gefängnis von Mardin überstellt.

Wir als Mütter empfinden diese Praxis als beschämend.

Eine Friedensmutter, die seit Jahren für den Frieden kämpft, die ihren eigenen Körper zum Schutzschild macht, damit keine Soldaten und Guerillas mehr sterben, zusammen mit all den ”Lebenden Schutzschilden” ins Gefängnis zu stecken, sehen wir als eine Schande für unser Land an.
Damit es klar ist: Diese Praxis wird weder uns Friedensmütter noch die “Lebenden Schutzschilde” einschüchtern. Wir möchten über Eure Vermittlung der gesamten Öffentlichkeit klar machen, dass wir unseren Weg weitergehen werden.

Liebe FreundInnen!
Es wäre uns eine kraftspendende Unterstützung, wenn ihr für die Freilassung unserer gefangenen Mitarbeiterin und aller “Lebenden Schutzschilde” euren Protest an die Öffentlichkeit bringt. Das Allerwichtigste aber wäre für uns eure Unterstützung als “Lebender Schutzschild” an unserer Seite, um das Blutvergießen zu stoppen und den Frieden zu sichern.

9. April 2005 FRIEDENSMÜTTERINITIATIVE

TUAD (Verein zur Unterstützung politischer Gefangener), dem Verein zur Aufklärung von Fällen von Verschwindenlassen und Folter, mehreren Frauenverbänden, weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie den Parteien DEHAP, SDP (Demokratisch Sozialistische Partei), ESP (Sozialistische Plattform) und Antikapitalist (Trotzkistische Linke).

Gruppen der Schutzschilde fahren seit Herbst letzten Jahres in Operationsregionen, in denen das türkische Militär mit Waffengewalt gegen die HPG (Volksverteidigungskräfte), die seit sechs Jahren einen einseitigen Waffenstillstand einhielten, und die regional ansässige Bevölkerung vorgeht. Das Militär zerstört im Rahmen der Operationen auch systematisch, durch Napalmeinsatz und Brandlegung, die Umwelt, um ein Leben in den Bergen unmöglich zu machen. Seit Ende März wurden die Operationen intensiviert – es handelt sich um die stärksten Truppenaufmärsche seit sechs Jahren.

Auf die legitimen Demonstrationen der Schutzschilde wird seitens der türkischen Behörden bis heute mit Prügel, Festnahmen, Folter und meist einmonatiger Inhaftierung der TeilnehmerInnen reagiert. Auch die Gruppe aus Istanbul/Batman/Deutschland wurde schon am 30. März auf einer Strecke von 100 km (von Batman nach Kiziltepe) 7-mal, mehrere Stunden zur Durchsuchung und Passkontrolle aufgehalten, so dass die Fahrt mehr als 14 Stunden dauerte. Soldaten äußerten, dass die Gruppe ohne europäische Begleitung schon lange festgenommen worden wäre. Am 31. März wurden dann fast alle Schutzschilde grundlos und brutal festgenommen, jedoch nach der Vorführung beim Haftrichter am gleichen Tag und am darauf folgenden Morgen wieder freigelassen. 27 der ca. 70 Betroffenen wurden jedoch sofort erneut inhaftiert. Einige der Inhaftierten berichten über dreieinhalb stündige Folter während der Verhöre. Eines unserer Delegationsmitglieder wurde noch am Abend des 31. März rabiat von in Zivil gekleideten Polizisten einer Sondereinheit verschleppt und nach dreitägiger psychischer Folter durch Dauerverhöre und Schlafentzug am 3. April, nur auf Druck der Europaparlamentarierin Feleknas Uca (PDS) und der deutschen Botschaft, abgeschoben.

Wir sind als Delegation zu der Ansicht gekommen, dass alle Schutzschilde freigelassen werden müssen. Ihre Inhaftierung ist Willkür und entbehrt jeglicher rechtlichen Grundlage. Zur Durchsetzung dieser Forderung haben wir uns mit einer Petition an EuropaparlamentarierInnen gewandt. Mittlerweile sind seit dem 8. April nur noch drei Mitglieder unserer Gruppe der Schutzschilde inhaftiert. Um mitzuwirken auch sie und Inhaftierte weiterer Gruppen von Schutzschilden aus dem Gefängnis zu befreien, bedarf es weiterer Anstrengungen.

Entwicklungsmöglichkeiten zur Lösung der kurdischen Frage

Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Türkei wären unserer Ansicht nach die Beendigung der wieder zunehmenden Militäroperationen, ein straf- und repressionsfreies Integrationsrecht der GuerillakämpferInnen, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, die Freilassung Abdullah Öcalans, das repressions- und angstfreie Rückkehrrecht der vertriebenen Bevölkerung in die Dörfer, die Beendigung sämtlicher

CENI-Protesterklärung gegen die Verhaftung der Friedensmutter Müyesser Günes

Wir protestieren gegen die neuerliche Festnahme des Gründungsmitgliedes der Friedensmütterinitiative, Müyesser Günes, sowie der “Lebenden Schutzschilde” in der Türkei.
Seit Jahren sind die Friedensmütter ein Symbol für den ungebrochenen Willen der kurdischen Bevölkerung nach einem gerechten Frieden. In aller Welt sind sie bekannt und hoch geachtet.
Einzig die türkische Regierung scheint dies gar nicht zu interessieren. Die Repression gegen aktive Oppositionelle wie BasisdemokratInnen, Friedens- und Frauenbewegungen geht weiter, als habe es Verhandlungen zum Beitritt in die EU und die Akzeptanz der “Kopenhagener Kriterien” nie gegeben.
Wir werden die Öffentlichkeit wieder und wieder darüber informieren: Der brutale Angriff auf die Frauendemonstration am 8. März in Istanbul war kein “Ausrutscher”, sondern ein kleiner Ausschnitt der alltäglichen Repression in der Türkei.
Solange die Kämpfe der zivilgesellschaftlichen Bewegungen in der Türkei und in Kurdistan, einschließlich ihrer Perspektiven und Ziele, durch ihre Schwesterbewegungen in Europa und darüber hinaus nicht wirklich ernst genommen werden und vielfältige Solidarität erfahren, solange kann die türkische Regierung ihre kriegerische, antidemokratische reaktionäre Politik fortführen.
Dass durch die herrschenden Kräfte Europas und der Welt so wenig Druck auf die türkische Regierung ausgeübt wird, zeigt uns nur, dass die Demokratisierung, die Menschen- und Frauenrechte und der Friedensprozess nicht die Motive für ihren Einsatz sind.
Wir rufen dazu auf, das Verhalten der türkischen Regierung, ihres Militärs, der Polizei und der Justiz ständig zu beobachten und breit zu veröffentlichen.

Wir rufen dazu auf, die Friedensbewegung in der Türkei, insbesondere die Aktionen der Friedensmütter und der “Lebenden Schutzschilde” durch die ständige Anwesenheit internationaler AktivistInnen zu stärken.

Freiheit für Müyesser Günes und alle “Lebenden Schutzschilde”!
Für eine Lösung der “kurdischen Frage” durch Frieden, Demokratisierung und Generalamnestie!

10.04.05
CENI – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Menschenrechtsverletzungen, Aufklärung von Folter und Morden sowie die nicht nur Anerkennung, sondern auch Umsetzung der Kopenhagener Kriterien durch den türkischen Staatsapparat.

Verantwortliche Militärs und Politiker heizen demgegenüber in Vorbereitung weiterer militärischer Zerstörungsaktionen gegen Guerillas, Zivilbevölkerung und Natur eine nationalistische Stimmung an. Als Vorwand dazu diente das von einem Agent provocateur provozierte Trampeln eines Kindes auf der türkischen Flagge während einer Newrozkundgebung in Mersin. So soll die Grundlage der Machterhaltung seitens der oligarchischen Kräfte gelegt – und von sozialen und gesellschaftlichen Problemen abgelenkt – werden. [s. S. 4 f.]

Die jahrelangen Friedens- und Demokratiebemühungen seitens der kurdischen Bevölkerung sowie sozialistischer und emanzipatorischer Kräfte werden weiterhin weitgehend ignoriert, der gesamte Konflikt geleugnet. Demokratische Kräfte wie die DEHAP und unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsvereine wie der IHD, Gewerkschaften, kurdische und türkische JournalistInnen werden kriminalisiert und/oder als terroristisch bezeichnet – während analytisch betrachtet der „Staat im Staate“ sich weiterhin terroristischer Mittel bedient.

Demokratischer Konföderalismus

Langfristige Perspektiven wie die Vorschläge von Abdullah Öcalan werden kriminalisiert, diffamiert oder ignoriert. Auch werden Öcalan und viele weitere emanzipatorische PolitikerInnen und FriedensaktivistInnen nicht als GesprächspartnerInnen akzeptiert, obwohl der größte Teil der kurdischen Bevölkerung hinter ihnen steht.

Mit dem von Abdullah Öcalan entwickelten Konzept des demokratischen Konföderalismus [vgl. S. 6 f.] wird ein rätebasisdemokratisches Modell angestrebt. Regionale Versammlungen der Bevölkerung entscheiden über die eigenen Belange und entsenden VertreterInnen in überregionale Entscheidungsgremien, die auf ein Jahr gewählt werden – nationalstaatliche Grenzen sollen abgeschafft werden, stattdessen wird eine Konföderation der Bevölkerungen angestrebt. Respektvoller Umgang der Menschen verschiedener Religionen und Herkunft sind im Konzept des demokratischen Konföderalismus Voraussetzung und Entwicklungsperspektive. Dieses Konzept stellt unserer Meinung nach nicht nur eine Perspektive für den Mittleren Osten dar. Auch der marode Kapitalismus europäischer Ausprägung könnte auf diese Art und Weise eine sozialistische, emanzipatorische Entwicklung finden.

Ausblick

Die Aktionen der „Lebenden Schutzschilde“ sind in jedem Fall ein Zeichen für den Frieden und die Demokratisierung der Türkei. Wir halten sie für unterstützenswert und hoffen nach unseren Erfahrungen als UnterstützerInnen der Aktion auf weitere und umfangreichere Beteiligung von Menschen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien aus Europa. Unserer Erfahrung nach möchte der türkische Staatsapparat ungesehen eine gewalttätige Lösung des Konfliktes herbeiführen. Seit Anfang April wurden die Militäroperationen noch einmal verstärkt.

Es ist Zeit die türkische Oligarchie zu stoppen und in der Türkei, wie auch weltweit, eine wirkliche Demokratie zu erkämpfen. Wir sind uns der ambivalenten Politik der deutschen und anderer europäischer Regierungen bewusst und fordern zumindest die Beendigung von Waffenlieferungen an den türkischen Staat – die Erhöhung des Drucks zur Einhaltung wesentlicher Menschenrechte – sowie die Beendigung von Repressionen gegen kurdische PolitikerInnen in Deutschland und den Stop von deren Abschiebungen in die Türkei.

Demokratie kommt allerdings von unten, wir müssen sie gemeinsam erkämpfen. Dazu ist die Entfaltung und Emanzipation aller Menschen notwendig. Kapitalistische Mechanismen sind überall gleich, nur ihre Ausprägung ist regional unterschiedlich schlimm und vernichtend. Deshalb ist nach wie vor der Satz Rosa Luxemburgs gültig „Sozialismus oder Barbarei“. Die Idee des demokratischen Konföderalismus ist unserer Ansicht nach die eines weit entwickelten Sozialismus. ♦



Das Zusammentreffen mit den Soldaten hatte verschiedene Gesichter. Rechts ein Gänseblümchen für den Soldaten. Foto: DIHA

Beobachtungen eines langjährigen Friedenskämpfers in der Türkei

Möge der diesjährige Frühling ein Frühling des Friedens werden!

Interview mit Seydi Firat, Mitglied der ersten Friedensgruppe

Nachdem am 1. Oktober 1999 eine achtköpfige Gruppe bewaffneter ARGK-KämpferInnen als FriedensbotschafterInnen in die Türkei ging, kam am 29. Oktober eine weitere, diesmal unbewaffnete, achtköpfige Friedensdelegation der ERNK aus Europa in die Türkei, um die Ernsthaftigkeit der PKK-Bemühungen um eine friedliche und demokratische Lösung zu unterstreichen. In der Türkei angekommen wurden die Mitglieder der Friedensgruppen inhaftiert. In einem Prozess wurden sie zu Haftstrafen von bis zu 15 Jahren verurteilt.

Am 25. Mai 2003 ist Ismet Baycan, Mitglied der 1. Friedensgruppe, im Gefängnis von Mus gestorben. Er hatte sich seit geraumer Zeit in einem schlechten Gesundheitszustand befunden, doch bedauerlicherweise hatten ihm die Gefängnisbehörden aus innenpolitischen Gründen eine Behandlung verweigert, so dass sein Tod unausweichlich wurde.

Nach fünf Jahren Haft kamen einige Mitglieder der Friedensgruppen frei, während drei von ihnen vor dem türkischen Nationalparlament erneut verhaftet wurden, als sie auf dem Weg zu einem Gesprächstermin mit einem Abgeordneten waren.

Was war der Grund dafür, dass Sie als Mitglied einer Friedensgruppe in die Türkei kamen? Welche Erwartungen hatten das kurdische Volk und die Öffentlichkeit an die Friedensgruppe?

Das Volk und die Öffentlichkeit haben große Erwartungen in unsere Reise in die Türkei 1999 gesteckt. Ausschlaggebend war die Hoffnung, dass die Friedensgruppe ein Anlass zu neuen positiven Entwicklungen des Friedens sein würde. Unsere Absicht war es, einen Beitrag zur Eröffnung eines Lösungsweges mit demokratischen Mitteln – außerhalb von Gewalt und Krieg – zu leisten. Es sollte ein Beitrag für den gesellschaftlichen Frieden und eine Übereinkunft darüber sein und dazu dienen, dass die bewaffneten Guerillakräfte ihre Waffen niederlegen und sich in der Türkei am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen könnten. Es war eine Geste des guten Willens. Es war ein Schritt, mit dem die Gewalt ein Ende finden und friedliche Methoden eingeführt werden sollten, daher war es ein wichtiges Vorhaben. Der Schritt, den wir als Friedensgruppe unternommen hatten, wurde jedoch beschnitten. Nach unserer Einreise in die Türkei wurden wir verhaftet und anschließend begann unser Verfahren, in dem wir zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Wir waren mehr als fünf Jahre im Gefängnis. Wenn unser Schritt anders, positiver beantwortet worden wäre, würde die Lösung der kurdischen Frage heute einfacher sein und die Türkei würde viel schneller demokratisiert werden können. Die Basis für den Frieden und eine gesellschaftliche Übereinkunft wäre gefestigter. Das waren eigentlich die Erwartungen des Volkes und der Öffentlichkeit.

Sie haben nach Ihrer Entlassung eine Reise in die kurdische Region unternommen. Welche Botschaft haben Sie während Ihrer Reise erhalten?

Während unserer Reise haben wir erneut unsere Entschlossenheit bezüglich unserer Friedensarbeit zum Ausdruck gebracht. Wir haben gefordert, dass die Phase, die beschnitten worden war, erneut entwickelt wird. Eine ähnliche Haltung und Erwartung haben wir auch von der Bevölkerung erfahren. Diese hat in den letzten sechs Jahren viel für den Frieden geleistet, sich überaus bemüht und mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die Menschen sind geschlagen, unterdrückt worden und ihre Hoffnungen und Träume sollten zerstört werden. Trotz allem hat sich das Volk mit zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Aktivitäten klar für den Frieden und eine demokratische Lösung positioniert. Das ist die Realität hinter unserer Unterstützung. Wir konnten auch wahrnehmen, dass die Leute gleichzeitig sehr besorgt sind. Sollte sich keine Lösung abzeichnen, können sie sich aus ihren Erfahrungen ausmalen, was bevorsteht. Daher kann man sagen, dass es in der Region auch Unbehagen gibt. Dieses Unbehagen wird dadurch vertieft, dass die Regierung keinerlei Friedensprojekte entwickelt, um den Sorgen der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Welche Veränderungen können Sie beobachten, wenn Sie die Situation in der Türkei von 1999 mit der von heute vergleichen? Wie bewerten Sie die vergangenen letzten sechs Jahre?

Die kurdische Seite hat in den vergangenen sechs Jahren bemerkenswerte Schritte für den Frieden unternommen. Welche Bedeutung sie dem Frieden beimisst, hat sie mit ihrem Friedensprojekt gezeigt. In dieser Zeit hat sie Sprache, Theorie und Philosophie des Friedens weiterentwickelt. Sie hat beachtliche Schritte getan, damit sich eine Atmosphäre des Dialogs entwickeln kann. Sie hat strategische Veränderungen vollzogen. Unsere Friedensgruppe war und ist ein Teil dieses Umwandlungsprozesses. Die Forderung nach Frieden hätte von Hakkari bis Edirne sehr laut zum Ausdruck gebracht werden und dann gleichzeitig von Intellektuellen, Gewerkschaften, NGOs und anderen Institutionen unterstützt werden können. Um so auf der Friedensgrundlage eine Lösung herausbilden zu können. Weil das so nicht passierte, standen die Friedensaktivitäten nur auf einem Fuß. Das war nicht ausreichend für eine Lösung. Trotz einiger Negativfaktoren denke ich, dass die Bedingungen für eine Lösung heute besser sind als vor sechs Jahren. Frieden ist nicht nur ein Bedürfnis des kurdischen Volkes, sondern auch der Türkei.



Die „Canli kalkan" in Konfrontation mit den Jandarma. Foto: DIHA

Verschiedene ethnische Identitäten sind in der Türkei zwar eine Realität, aber diese Realität wird noch immer nicht anerkannt. Auch wenn die 30-jährige Kampfphase zur Akzeptanz der KurdInnen geführt hat, so fehlt bislang jede Lösung des Problems. Gibt es in der Türkei politische Ansprechpartner ? Warum konnte bislang keine Lösung entwickelt werden ?

Das kann man aus historischer, sozialer und politischer Sicht bewerten und analysieren. Ich denke, das Hauptproblem ist die Mentalität. Sowohl in der Türkei als auch im Mittleren Osten sehen wir, dass die Staatsmentalität und ihre Begründung sich auf keine gesellschaftliche Übereinkunft stützen. In Europa hingegen haben unterschiedliche Klassen und Schichten, unterschiedliche soziale Kräfte und Kulturen ein Vertragsverhältnis mit dem Staat und hieraus wurde das Recht entwickelt. Unterschiedlichkeiten können zusammenkommen und ihre Forderungen darlegen, eine Atmosphäre der Übereinkunft herstellen. Die vorherrschende Mentalität im Mittleren Osten ist eine andere. So ist der Krieg zwischen Israel und Palästina ein Krieg von einem halben Jahrhundert. Eine Basis für eine Übereinkunft tritt nicht zutage, kann nicht entwickelt werden. Nicht Übereinkunft, sondern Ausgrenzung und Ablehnung dominieren. Die Staatsmentalität und die Mentalität der Nation stützen sich auf Verleugnung, Ignoranz, Ablehnung, Ausgrenzung und Erniedrigung anderer Identitäten und ethnischer Minderheiten. Es ist dieselbe Mentalität, die der Friedensforderung der KurdInnen entgegensteht.

Die diese Mentalität vertretenden Kreise sind nicht für den Frieden, sondern für den Krieg. In unseren Gesprächen mit einigen Organisationen der Zivilgesellschaft wird uns gesagt: „Wenn ihr wollt, dass der Frieden entwickelt und die kurdische Frage gelöst werden, dann müsst ihr die konservativen und nationalistischen Kreise und Kräfte überzeugen." Wir hingegen erklären: „Wenn die Annäherung der konservativen und nationalistischen Kreise darin besteht, innerhalb der Staatsgrenzen der Türkei die Unterschiede zu wahren und die Rechte unterschiedlicher Identitäten zu schützen und zu fördern, so können wir sie mit unseren Argumenten überzeugen. Wenn sie sich aber von der Fortsetzung der Gewalt und des Krieges politische und wirtschaftliche Vorteile versprechen, so werden wir sie kaum überzeugen können." Wenn die konservativen und nationalistischen Kreise andere Gruppen und Identitäten respektieren, ihre Sprache, Kultur, Identität und sozialen Forderungen akzeptieren, wird es keine Probleme bezüglich der Einheit der Türkei geben, in der unterschiedliche Identitäten gemeinsam gleichberechtigt leben. Ich denke, gegenwärtig sind die Bedingungen für eine Lösung gereift. Die gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung als Gesprächspartner auf der Grundlage der demokratischen Basis ist gestärkt. Voraussetzung ist, dass konservative und nationalistische Kreise öffentlich bekunden, dass sie nicht Gewalt und Krieg befürworten. Manche Kreise innerhalb der konservativen und nationalistischen Kräfte haben jahrelang von Gewalt und Krieg profitiert. Noch heute findet diese Linie und Annäherung innerhalb der Regierung eine stabile Basis. Das führt dazu, dass die Regie-

rung noch unbeweglicher wird, und zu der Haltung: „Wenn ihr gar nicht erst daran denkt, dann gibt es die kurdische Frage nicht." [öffentliche Äußerung von Ministerpräsident Erdogan] Wenn die konservativen und nationalistischen Kräfte ihr Gewicht für den Frieden und eine gesellschaftliche Übereinkunft einsetzen, werden sie die Türkei stärken.

Nach dem Aufruf von Abdullah Öcalan führen die KurdInnen unter der Parole „Wir werden den Krieg nicht durchlassen" massiv Demonstrationen und Kundgebungen durch. Wie bewerten Sie diese Phase ?

Ich denke, der fehlende Frieden ist das Hauptproblem der Türkei. Er ist ein Bedürfnis der Türkei. Menschen haben großes Leid erfahren, viel Schmerz ertragen. Ein hoher Preis wurde gezahlt. Die Rückkehr unserer Friedensgruppen 1999 sollte einen Beitrag zum Frieden leisten, damit diese Schmerzen und das Leid nie mehr durchlebt werden müssten. Die Haltung, dem Krieg keinen Durchgang zu gewähren, ist sehr bedeutend und wertvoll. Sie entspricht den Bedürfnissen der Türkei. Jeder Mensch, jede/r Werktätige, jede/r Friedensliebende sollte sich gegen den Krieg stellen und die Friedensarbeit aktiv unterstützen. Das ist für diesen Frühling notwendig. Wir wollen die kurdische Frage nicht in dem bisherigen dramatischen Zustand belassen. Der erste kurdische Aufstand fand 1806 statt. Seit dem Aufstand von Abdurrahman Pasha bis heute sind 199 Jahre vergangen. Vielleicht haben in dieser Zeit 199 Aufstände stattgefunden. Nach den Erhebungen folgten immer Vertreibung und Leid. Wir wollen, dass ein Problem nicht auf der Grundlage von Aufstand, Vertreibung, Unterdrückung und Massaker behandelt wird, sondern auf der von demokratischer Übereinkunft und Dialog. Wir hoffen, dass der diesjährige Frühling Anlass dazu bieten wird. Der diesjährige Frühling sollte ein Friedensfrühling werden. In diesem Frühling sollten die Friedensforderungen und -gefühle des kurdischen Volkes beantwortet werden. Die Gefühle der Menschen, die Hoffnungen auf Frieden haben, sollten Beachtung finden. Ansonsten wird das Leid anhalten, die Krise sich noch weiter vertiefen. Wenn keine starke Friedensposition erkennbar ist, werden diejenigen Kreise in der Türkei, die sich von Krieg und Gewalt ernähren, das Land erneut in Chaos und Gewalt treiben. Anzeichen dafür gibt es bereits. Die Inakzeptanz gegenüber demokratischen Forderungen hält an. So wurden drei Mitglieder der Friedensgruppe, die bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit des Friedens und einer gesellschaftlichen Übereinkunft zur Sprache bringen und hierfür bereits einen hohen Preis gezahlt haben, erneut verhaftet. Sie waren erst knapp drei Monate auf freiem Fuß. Dieser Vorfall zeigt die existierenden Schwierigkeiten auf. Gegenwärtig befindet sich die Türkei an einem Punkt zwischen Weiterentwicklung und Rückschritt, zwischen demokratischer und diktatorischer Entwicklung, zwischen der Suche nach gesellschaftlicher Übereinkunft und nationalistischen Tendenzen. Daher sind die Haltungen, Bemühungen und Annäherungsweisen von Friedenskräften überaus wichtig. Wird eine konsequente Haltung gezeigt, kann das zur positiven Entwicklung beitragen. Ansonsten wird die antidemokratische, autoritäre Mentalität in der Türkei an Gewicht gewinnen. Das wiederum würde ernste Gefahren mit sich bringen.

Nach Ihrer Entlassung aus dem Gefängnis hatten Sie Zusammenkünfte mit Intellektuellen, VertreterInnen von NGOs und anderen Institutionen. Wie sind diese Gespräche verlaufen ?

Es stimmt, wir haben nach unserer Entlassung Gespräche geführt mit Intellektuellen, SchriftstellerInnen, GewerkschaftlerInnen, VertreterInnen von NGOs und unterschiedlichen demokratischen Massenorganisationen und eini-



„Canli kalkan" und die Delegation besuchen die Grabstätte von Ugur Kaymaz und seinem Vater. Foto: DIHA

Die Delegation bei der Familie eines Gefallenen Guerilla. Foto: DIHA

gen PolitikerInnen. Sie erklärten, dass sie unsere Friedensbemühungen positiv bewerten und ihnen großen Wert beimessen würden, dass eine positive Annäherung der Regierung im Sinne der Türkei läge. Sie haben zur Sprache gebracht, dass alle sehr aufmerksam sein müssten, um nicht erneut eine Gewaltphase aufbrechen zu lassen. Die Bedeutung von Friedensaktivitäten wurde betont und die Bereitschaft erklärt, sich an diesen Aktivitäten beteiligen zu wollen. Wir haben dem das Interesse an der Weiterführung dieser Kontakte und des Dialoges entnehmen können. Es waren wichtige und bedeutsame Gespräche.

Am Cocktailtreffen in Istanbul nahmen viele Intellektuelle teil. Wir hoffen, dass unsere Schritte für den Frieden auch in der Türkei zunehmend eine positive Antwort finden. Ein Großteil der Teilnehmerschaft hat seine diesbezüglichen Absichten geäußert. Wir müssen uns bemühen, die Kontaktabbrüche der Vergangenheit zu überwinden und gemeinsame Plattformen für den Frieden zu entwickeln. Ein Neubeginn ist notwendig. Mit erheblichen Bemühungen sind noch effektivere Produktivitäten, größere Gemeinsamkeiten und engere Kontakte möglich.

In der letzten Zeit scheint die politische Atmosphäre in der Türkei umgeschlagen zu sein. Die seinerzeit entwickelte Entspannungsphase scheint sich in eine drastische nationalistisch-chauvinistische Welle verwandelt zu haben, begleitet von zunehmenden Verletzungen der Menschenrechte. Der „Fahnen-Vorfall" [zu Newroz griff in Mersin die Polizei ein und nahm u. a. Kinder fest, die angeblich eine türkische Fahne verbrennen wollten; in einer Stellungnahme bestimmte der Generalstab daraufhin Nationalismus und Chauvinismus auf die Tagesordnung der Türkei zu setzen] gibt ernsthaft Anlass zur Sorge. Welche Chance räumen Sie dem Frieden unter diesen Bedingungen ein ?

Der Fahnen-Vorfall [vgl. S. 4 f.] ist ein Ausdruck für eine Wende in jeglicher Hinsicht. Die Situation wird danach viel diskutiert und analysiert werden. a) Der Fahnen-Vorfall stellt eine Provokation dar. b) Mit dieser Provokation haben die türkischen Nationalisten, die Mentalität des Status quo, die antidemokratischen Kräfte, diejenigen, die eine Lösung der kurdischen Frage auf demokratischer Grundlage ablehnen, die nationalistischen Gefühle provoziert, um damit in der Gesellschaft Anerkennung zu gewinnen. c) Mit diesem Vorfall wurden sowohl die Kräfte innerhalb als auch außerhalb der Türkei, die Öffentlichkeit, die eine demokratische Öffnung von der Türkei erwarten, bedroht. d) Die nationalistische Welle und ebensolche Reaktionen haben mit der Stellungnahme des Generalstabschefs begonnen. Diese Verlautbarung hat sowohl die Presse als auch die nationalistischen Kreise zu Gegenreaktionen ermutigt und somit eine solche Welle organisiert und gelenkt, die sich als Mittel staatlicher Politik bezeichnen lässt. Die Definition des Generalstabschefs von „angeblichen Staatsbürgern" kam auf die politische Tagesordnung, mit denen gegenwärtig allgemein KurdInnen assoziiert werden. So werden die KurdInnen als falsche, nur formelle StaatsbürgerInnen in das gesellschaftliche Bewusstsein zu projizieren versucht. Das ist Ausdruck einer neuen Situation in den türkisch-kurdischen Beziehungen. Es ist noch zu früh, um klar zu sagen, ob hinter der Äußerung des Generalstabschefs ein strategischer Wandel der bisherigen türkisch-kurdischen Beziehungen und der kurdischen Beziehung zum Staat steckt, aber die Tendenz weist in diese Richtung. Trotz der Kritik bestimmter Kreise hat der Generalstabschef diese Äußerung nicht korrigiert. Dieser Vorfall und die damit verbundenen Entwicklungen haben meiner Meinung nach zu tief greifenden Änderungen in der kurdischen Gefühls- und Gedankenwelt geführt. So haben die KurdInnen ihr Vertrauen in die Neutralität staatlicher Institutionen noch weiter eingebüßt. Die kurdische Bevölkerung hat gesehen, dass sowohl Militär als auch Regierungsinstitutionen (einschließlich Staatspräsidentschaft) offen den türkischen Nationalismus verteidigen. Das wird zu Änderungen in ihrer Beziehung zu den staatlichen Institutionen führen, sie wird sie nicht als unabhängig ansehen. Die KurdInnen sind der Meinung, dass die Aktion eines Kindes bewusst missbraucht wird zur Unterdrückung ihrer demokratischen Forderungen. Es ist bekannt, dass sie den Angriff auf die türkische Fahne nicht billigen. Unmittelbar nach dem Vorfall haben ihn kurdische politische VertreterInnen öffentlich verurteilt, auch die Friedensgruppe hat sich dazu geäußert. Dass trotz allem das Fehlverhalten eines Kindes dazu benutzt wird, die nationalistisch-chauvinistischen Gefühle im Land zu schüren, verstehen die KurdInnen als Bedrohung. Noch ist nicht abzusehen, wohin sich diese nationalistische Welle entwickeln wird, sicher ist aber, dass sie der Friedensatmosphäre enorm geschadet hat. Ich denke, dass die kurdische Seite in Zukunft viel vorsichtiger bei ihren friedlichen Annäherungen sein wird. Dieser Vorfall hat sich psychisch sogar auf unsere Gruppe ausgewirkt. Ich denke dennoch, dass sich die KurdInnen in keiner Weise von ihren demokratischen Forderungen distanzieren werden. Sie werden sich noch effektiver und aktiver für ihre Rechte einsetzen. Die Millionen von TeilnehmerInnen an den diesjährigen Newrozfeiern sind Ausdruck des sich entwickelnden Bewusstseins. Dieses Bewusstsein und die Aktivitäten unserer Bevölkerung sind die Kraftquellen unserer Friedensarbeit.

Was planen Sie für Ihre zukünftige Arbeit ?

Trotz der eben aufgelisteten Negativfaktoren ist der Frieden für die Türkei eine außerordentliche Chance. Die friedlich-demokratische Lösung der kurdischen Frage liegt im Interesse der Türkei. Wir werden alles in unserer Macht Stehende unternehmen, um dazu unseren Beitrag zu leisten. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass der Weg des Dialogs eröffnet wird, und mit allen, die sich für den Frieden einsetzen, auch in Zukunft den Dialog und Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten suchen. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wird uns in unserer Friedensarbeit stärken. An dieser Stelle möchte ich über Ihre Zeitschrift alle Friedensgruppen und -kräfte grüßen und mich im Voraus für jeden – auch noch so kleinen – Beitrag für eine friedlich-demokratische Lösung der kurdischen Frage bedanken. ♦

Noch immer keine offizielle Erklärung zur Urteilsverkündung

Zum Öcalan-Verfahren vor dem EuGHMR

Interview mit Mahmut Sakar, Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan

Mahmut Sakar besucht regelmäßig Deutschland, um in kurdischen Gemeinden Vorträge zu halten. Seit letztem Oktober ist der 38-Jährige für unbestimmte Zeit unfreiwillig hier. Denn zwei Wochen, nachdem er hier in Deutschland angekommen war, erließ die Türkei Haftbefehle gegen RechtsanwältInnen Abdullah Öcalans. Auch gegen ihn. Gefangene in der Türkei haben gegen ihn ausgesagt, er sei Mitglied des Kongra-Gel.

Mahmut Sakar war sich des Risikos bewusst, denn in seiner Heimatstadt Diyarbakir hatte er als Anwalt viele politische Personen und Mitglieder kurdischer Parteien vertreten.

So wird er von Kurdinnen und Kurden respektiert, aber von türkischen Nationalisten angegriffen, beleidigt oder auf offener Straße beschimpft.

Mahmut Sakar will gern wieder zurück. Doch in Istanbul läuft das Hauptverfahren gegen ihn. Ein weiteres Verfahren läuft in Diyarbakir. Dort wird ihm PKK-Mitgliedschaft vorgeworfen. Sie fordern zwölfeinhalb Jahre Gefängnis. Und wenn in Istanbul 15 bis 20 Jahre Freiheitsstrafe gefordert werden, ist das ein schwerer Schritt zurückzugehen. Jetzt wird er erst einmal abwarten.

Seit längerem wird auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHMR) gewartet. Können Sie unseren LeserInnen kurz noch einmal ins Gedächtnis rufen, zu welchen Punkten eine Entscheidung des EuGHMR erwartet wird?

Es bestehen drei Verfahren von Herrn Abdullah Öcalan vor dem EuGHMR. Das erste und zugleich das Hauptverfahren ist der Antrag von 1999. Das Verfahren Öcalan gegen Türkei (46221/99) wurde in der 1. Kammer behandelt und am 12. März 2003 beendet. In diesem Urteil wurde u. a. festgestellt, dass der Artikel 6 des Europäischen Menschenrechtsabkommens verletzt wurde. Gegen das Urteil der 1. Kammer haben sowohl wir, als AnwältInnen von Herrn Öcalan, als auch die Regierungsvertreter Widerspruch eingelegt. Unser Widerspruch bezog sich grob gesagt darauf, dass das internationale Komplott ebenfalls Bestandteil des Verfahrens und des Urteils wird. Die Regierung hingegen stützte ihren Widerspruch hauptsächlich darauf, dass unser Mandant einen fairen Prozess erhalten habe und daher das Urteil anzufechten sei. Am 9. Juli 2003 wurde der Widerspruch akzeptiert und das Verfahren der Großen Kammer zugewiesen. Der Prozess dieser Revision fand dann schließlich am 9. Juni 2004 statt und somit wurde die juristische Phase abgeschlossen. Das zu erwartende Urteil ist nun das Urteil bezüglich der Revision. Aus juristischer Sicht das letzte Urteil.

Wie muss Ihrer Meinung nach die Verzögerung der Urteilsverkündung bewertet werden?

Ich möchte natürlich keine Bewertung über die Arbeitsweise des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der eine sehr ernsthafte Institution ist, abgeben. Dennoch wurde über Umwege erklärt, dass das Urteil bereits 2004 veröffentlicht werden würde. Auch in der Presse wurden für die Urteilsverkündung unterschiedliche Daten genannt. Ich weiß nicht, wie die Informationen und Spekulationen über das Urteil in die türkische Presse gelangt sind. Uns liegt noch immer keine offizielle Erklärung bezüglich der Urteilsverkündung vor, wir wissen daher nicht, wann das Urteil veröffentlicht werden wird. Aber sowohl in juristischen Kreisen als auch in der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, dass die Urteilsphase sich verzögert. Es gibt ja auch die Diskussion, dass das Urteil eigentlich schon gefällt sei, aber auf Wunsch der Türkei die Verkündung herausgezögert werde. Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass es sinnvoll wäre, wenn das Urteil schnellstmöglich veröffentlicht würde.

Während hinter den Kulissen die Nachricht herumgeht, der EuGHMR habe erneut die Türkei wegen unfairen Verfahrens verurteilt und fordere dessen Wiederaufnahme, ist zu beobachten, dass diese Option bereits vor der Urteilsverkündung die Tagesordnung der Regierung und der staatlichen Stellen in der Türkei bestimmt. Die Regierung suche nach Möglichkeiten, ein solches Urteil zu umgehen, heißt es. Wie müssen solche Entwicklungen bewertet und verstanden werden?

Wie ich bereits erwähnt habe, hat die 1. Kammer des EuGHMR entschieden, dass Abdullah Öcalan kein faires Verfahren erhalten habe. In der Öffentlich-



Die Verbundenheit und die Forderung "Freiheit für Abdullah Öcalan" war zu Newroz überall zu sehen. Foto: DIHA

keit besteht die Meinung, dass auch in dem zu erwartenden Urteil der Großen Kammer das gleiche Urteil bestehen bleibt. Folglich ist auch zu erwarten, dass nun der Mechanismus der Wiederaufnahme des Verfahrens eingefordert wird, um dies zu beheben. Aber es wird betont, dass aufgrund von Sonderregelungen Abdullah Öcalan von der Wiederaufnahme des Verfahrens ausgeschlossen bleibt. Uns sind die Vorbereitungen diesbezüglich nicht bekannt. Aber der Sachverhalt ist klar. Neue Formeln können nicht gefunden werden. Denn wenn das Recht auf einen fairen Prozess verletzt worden ist, gibt es nur einen Weg, dies zu korrigieren. Und zwar über den Weg der Wiederaufnahme des Verfahrens. Ich denke, dass mit juristischen Tricks die Sache nicht gelöst werden kann.

Soweit uns bekannt, hat die Türkei das Abkommen ratifiziert, in dem festgelegt ist, dass das internationale Recht bei Nichtübereinstimmung mit dem nationalen Recht überwiegt. Ist es vor diesem Hintergrund möglich, dass die Türkei das mögliche Urteil einer Wiederaufnahme des Verfahrens mit nationaler Rechtsprechung umgeht? An welcher juristischen Formel wird gegenwärtig in der Türkei gearbeitet?

Wie ich bereits eben darzustellen versucht habe, ist das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens, aus dem Abdullah Öcalan mit Sonderregelungen ausgeschlossen ist, rechtswidrig und falsch. Es wird auch erklärt, dass weitere 90 Personen davon betroffen sind. Ich kann nochmals erwähnen, dass es nicht möglich sein wird, auf diese Sonderregelungen gestützt das Problem zu lösen. Denn das kann mit Veränderungen der Artikel 90 der Verfassung. Dieser Artikel besagt, dass internationale Abkommen im Falle einer Nichtübereinstimmung mit nationalen Gesetzen gültig sind. D. h. ein Urteil, das die Wiederaufnahme des Verfahrens – gestützt auf internationale Abkommen – fordert, kann durch Sonderregelungen in der nationalen Gesetzgebung nicht umgangen werden.

Warum besteht vor einer Wiederaufnahme des Verfahrens von Abdullah Öcalan eine solch große Angst? Was erwarten Sie als AnwältInnen von Öcalan bei einer möglichen Wiederaufnahme?

Es ist natürlich nicht möglich, das Problem nur mit rein juristischer Logik zu behandeln. Die Gründe für den Widerspruchsantrag sind überwiegend politisch. Abdullah Öcalan sagte, dass er während des Verfahrens auf Imrali keine persönliche Verteidigung abgegeben, sondern einen Friedensappell entwickelt habe. Es sind nun sechs Jahre vergangen ohne ernsthafte Bestrebungen der Türkei für Frieden und eine Lösung der kurdischen Frage. Es gibt nun die Möglichkeit, einige Probleme noch ernsthafter zu diskutieren und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Man hat Angst davor, dass das Problem erneut auf die Tagesordnung kommt und die Kreise, die die Ausweglosigkeit vertiefen und das Problem zu dem gemacht haben, was es heute ist, entlarvt werden. Diese Annäherung ist das Produkt einer Mentalität, die an Status quo und Lösungslosigkeit festhält.

Wir können beobachten, dass in den letzten Monaten der Druck und die Repressionen gegen die AnwältInnen von Herrn Öcalan zugenommen haben. Was können Sie uns dazu sagen?

Die Repressionen gegen die AnwältInnen müssen als ein Teil der Isolationspolitik gegen Herrn Öcalan, die mit jedem Tag zunimmt, gesehen werden. Mit den Methoden des Unterdrucksetzens, der Schwächung und Abnutzung soll Herr Öcalan verteidigungslos gemacht werden. Das ist natürlich ein Beispiel dafür, dass die Verletzung des Rechts auf Verteidigung seit sechs Jahren unverändert anhält. ♦

Zur Gründungsphase der Demokratischen Gesellschaftsbewegung DTH

Die DTH wird keine enge ideologische Partei

Interview mit Aysel Tugluk

Das Interview wurde mit Aysel Tugluk, Mitglied des Vorbereitungskomitees der Demokratischen Gesellschaftsbewegung (Demokratik Toplum Hareketi, DTH) geführt. Frau Tugluk ist auch Anwältin von Abdullah Öcalan.



Aysel Tugluk Foto: DIHA

Was wird die herausragendste Besonderheit der Demokratischen Gesellschaftsbewegung sein ?

Die Hauptstütze unserer Entstehung war die Teilnahme des Volkes, das in dieser Phase Standpunkte und Vorschläge eingebracht hat. Dies ist der gravierende Unterschied zu den anderen Parteien in der Türkei. Organisierungsmodell, Arbeitsweise, Hauptziele und politisches Programm werden durch weitestgehende Beteiligung des demokratischen Willens der Basis zustande kommen. Sie wird ca. 3 000 Delegierte wählen, welche wiederum den Gründungsrat und die Vorsitzenden bestimmen werden. Dies ist auch der eigentliche Grund dafür, dass die DTH als Bewegung und nicht als Partei entsteht. In der Türkei entwickelt sich eine Organisation zum ersten Mal von der Basis her, zum ersten Mal wird das Volk auf direktem Wege die Vorstandsorgane bestimmen. Der zweite wichtige Punkt ist, dass zugleich zum ersten Mal in der Türkei das System gleichberechtigter Vorsitzender umgesetzt wird. Prinzipiell werden jeweils eine Frau und ein Mann gleichberechtigte Vorsitzende.

Inwieweit wird sich die DTH von den bestehenden Parteien unterscheiden ?

Unser grundlegendes Ziel ist es, den Willen der Basis in der Politik zu reflektieren. Deshalb werden wir zusammen mit dem Gründungsprozess der demokratischen Teilnahme der Bevölkerung besondere Beachtung schenken. Diese Sichtweise wird sich auch auf unser Organisierungsmodell und die Funktionsweise der Bewegung auswirken. Mit Dorf-, Stadtviertel- und Stadträten sichern wir den Menschen ein wirkliches Mitspracherecht in der Politik. Unsere Devise dabei lautet: „schwaches Zentrum, starke Basisorganisationen“. Dem Zentrum kommt hierbei eine Koordinierungsfunktion zu. Die Entstehung der Bewegung soll auf einer demokratischen Arbeitsweise fußen. Im Mittelpunkt unserer Politik sollen die Bedürfnisse und Forderungen der Gesellschaft stehen. Ziel ist es, unterschiedliche Einstellungen und Sichtweisen auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können. Wir erstreben ein transparentes Modell, das nach innen demokratisch funktioniert und den demokratischen Willen des Volkes auf Entscheidungs- und Vorstandsebene reflektiert. Die Sicherstellung der Frauenquote in diesen Entscheidungs- und Vorstandsorganen ist uns ein weiteres Anliegen, das wir äußerst willensstark angehen. Mit verschiedenen noch zu bestimmenden Methoden wird das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht für Frauen in der demokratischen Politik institutionalisiert.

Die DTH beabsichtigt nicht, eine enge ideologische Partei zu gründen. Ziel ist eine Bewegung, die den Nutzen aller gesellschaftlichen Schichten zur Grundlage nimmt, diese auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und auf diese Weise den menschlichen

Reichtum in der Türkei zusammenzuführen.

Entspricht die Gründung der DTH einem Bedürfnis der Gesellschaft? Häufig wird das Fehlen einer linken Bewegung in der Türkei beklagt. Wird Ihre geplante Bewegung diese Lücke füllen können?

Der Grund, zunächst in die Gesellschaft zu gehen, war festzustellen, wie denn dort diese Organisierung betrachtet wird und ob danach verlangt wird oder nicht. Das Ergebnis aus den Versammlungen mit den Menschen in den Provinzen und den Intellektuellen ist, dass die DTH einem Bedürfnis entspricht und diesem Bedürfnis alsbald nachgegangen werden muss. Die Bevölkerung und auch die Intellektuellen, SchriftstellerInnen und akademischen Kreise, mit denen wir zusammengekommen sind, teilen die Meinung, dass es sich bei dieser Bewegung um ein Projekt handele, das der Demokratisierung der Türkei zugute käme, und die Türkei ein dringendes Bedürfnis danach habe.

Bis heute konnten sich in der Türkei keine Parteien ausbilden, welche die sich wandelnden globalen Bedingungen wie auch die Veränderung und Transformation innerhalb der Gesellschaft in der Türkei richtig analysieren und dementsprechend handeln. Da die Parteien in der Türkei hinter den gesellschaftlichen Veränderungen hinterherhinken, sind sie mit einer Art Auflösungserscheinung konfrontiert. Parteien wie die MHP, DYP oder DSP wurden überwunden, weil sie die Entwicklungen nicht korrekt wahrnehmen konnten. Die AKP machte sich diese Lücke zunutze, erkannte die gesellschaftlichen Bedürfnisse und beantwortete sie mit Demokratie- und Freiheitsparolen des Inhalts: "Ich repräsentiere das Neue." So brachte die Gesellschaft die AKP an die Macht.

Linke Kreise jedoch vermochten die veränderte Welt und Gesellschaft nicht ausreichend zu analysieren, da sie der gesamten Phase nachliefen. Sie hielten an ihren klassischen Parolen fest, was die Gesellschaft auch nicht billigte. Die politischen Parteien haben ein grundsätzliches Problem, aus dem sie nicht herauskommen: Anstatt sich an die Menschen, das freie Individuum und die Gesellschaft zu halten, geht es ihnen um den Staat. Deshalb können sie diese Krise auch nicht überwinden, vertiefen sie sogar. Trotz der Unterschiede in den Aussagen und dem Erscheinungsbild gibt es in der Türkei eine Tradition der Staatsparteien. Fällt ihnen die Leitung des Staates in die Hände, betrachten sie das Feld der Politik als Einfallstor, um sich Verdienste zuzuschanzen. Und weil die AKP auch mit diesem Verständnis handelt, hat sie den gesellschaftlichen Forderungen nach Demokratie, wirtschaftlichem Aufschwung, der demokratischen Lösung der kurdischen Frage und in diesem Rahmen einem Zusammenkommen mit der zeitgenössischen demokratischen Welt auch nicht entsprochen. Ihre populistische Politik, die Problemlösungen vor sich her schiebt, führte dann dazu, dass sie in eine Phase des Absturzes und der Auflösung trat.

Aus diesem Grund versteht unsere Bewegung Demokratie nicht als ein gesellschaftliches Projekt, das ständig verschoben wird. In unserer Entstehungsphase gehört es zu unseren dringendsten Anliegen, eine Institution demokratischer Politik zu formieren, welche die Wünsche und Forderungen einer aus demokratischen und freien Individuen bestehenden demokratischen Gesellschaft aufnimmt und den Staat, der stufenweise verblassen wird, für Demokratie sensibilisiert.

Können Sie unseren LeserInnen einen Einblick in Ihre bisherige Arbeit geben?

Die DTH hat als ihren Ausgangspunkt erklärt, dass sie auf die Gesellschaft zugehen und deren Wünschen und Forderungen entsprechend eine Organisation gründen wird. In diesem Rahmen haben wir Versammlungen abgehalten; diese werden auch noch weitergeführt. Die Informationen aus der Gesellschaft werden von einer noch zu gründenden Kommission einzeln unter die Lupe genommen und in das Parteiprogramm und die Satzung einbezogen. Zunächst einmal werden wir in elf ausgesuchten Städten Versammlungen organisieren. Anschließend beabsichtigen wir entsprechend einer neuen Planung ähnliche Versammlungen in den anderen Städten.

Innerhalb der Bewegung haben wir verschiedene Arbeitsgruppen, wie die Dialogkommission, die Programm- und Satzungskommission, die Presse- und die Organisationskommission, gegründet. Diese Gremien kommen ihren speziellen Aufgaben nach.

Die Dialogkommission führt entsprechend der Perspektive, die gesamte Türkei repräsentieren zu können, Gespräche mit verschiedenen Kreisen und mit Intellektuellen, die für die demokratische Veränderung und Umwandlung der Gesellschaft eintreten. Ziel hierbei ist es, sie zum Bestandteil des Projektes zu machen. Diese Arbeiten werden in der nächsten Zeit noch aktiver verfolgt werden.

Weiterhin beabsichtigen wir, aus der Bevölkerung 3 000 Delegierte wählen zu lassen. Dafür wurden in den Städten, in denen Versammlungen veranstaltet worden sind, Wahlkommissionen zusammengesetzt. Diese Ausschüsse informieren die Menschen über die Prinzipien der Bewegung und versuchen so, ein Delegiertenbewusstsein zu verbreiten.

Wenn diese Stufe erreicht worden ist, werden die Delegierten gewählt werden, die wiederum in ihren Städten die Gründungsmitglieder der Bewegung wählen werden. Außerdem werden die Delegierten auch aktiv am Gestaltungsprozess des Programms und der Satzung teilnehmen. In dieser Hinsicht sind auch Delegiertenkonferenzen geplant.

Von der DEP (Demokratiepartei) bis zur DEHAP (Demokratische Volkspartei) haben die Parteien nicht das Etikett der "kurdischen Parteien" überwinden können. Die HADEP (Demokratiepartei des Volkes) sowie die DEHAP verfolgten das Ziel, sich zu einer gesamttürkischen Partei zu entwickeln. Was bedeutet das für eine Partei? Wie lässt sich das erreichen? Wie sieht es in diesem Sinne mit der Beteiligung und dem Interesse außerkurdischer Kreise aus?

Als DTH sind wir zu dem Schluss gelangt: Die Gesellschaft in der Türkei scheint mit überwiegender Mehrheit für eine schnelle, realistische und tiefgründige Veränderung bereit zu sein. Sie will, dass Teilnahme, Diskussion sowie eine

Kultur der demokratischen Verständigung und des Dialogs vorherrschen. Sie will keinen Krieg und keine Gewalt. Sie ist gegen ein populistisches, engstirniges und dogmatisches Verständnis von Parteien, die von oben bestimmen und sich von der Spitze herab organisieren, sehr bürokratisch funktionieren, zentralistisch sind und keinen Bezug zum Volk haben. Die Gesellschaft hinterfragt das Verständnis vom heiligen Staat. Sie besteht darauf, eine Gesellschaft zu bilden, die Probleme aus allen Bereichen des Lebens diskutiert. Kurz, die Gesellschaft in der Türkei besitzt verschiedene ethnische Wurzeln, sprachlichen und kulturellen Reichtum, Vielfalt in Religion, Überzeugungen und Sichtweisen. Auf der Basis dieser Realität will sie in Frieden, Geschwisterlichkeit und Gleichheit zusammen leben. Ein grundsätzliches Problem ist jedoch, dass die Politik als Institution dieser gesellschaftlichen Erwartung nicht entspricht, obwohl ihr hierbei eine Hauptaufgabe zukommt.

Daher geht unsere Bewegung davon aus, dass es nicht möglich ist, eine demokratische Gesellschaft zu schaffen, bevor nicht demokratische und freie Individuen geschaffen worden sind. Ebenso kann der Staat nicht ohne eine demokratische Gesellschaft demokratisiert werden. Aufgrund dieser Prinzipien ist es unser Ziel, mit dem Reichtum an Menschen in der Türkei zusammenzukommen, die Vielfalt innerhalb der Demokratie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und eine Bewegung aufzubauen, die nicht auf engstirniger und dogmatischer Organisation basiert, sondern sich an die Gesellschaft hält und sich entsprechend der Vorteile verschiedener Gesellschaftsbereiche organisiert. Der Unterschied zu kurdischen Parteien besteht darin, dass wir nicht als Reaktionspartei, sondern als Organisation der Lösung entstehen wollen. In diesem Sinne wollen wir die Gesamtheit der Probleme in der Türkei auffangen und Lösungswege finden, indem wir konkrete reelle Projekte entwickeln. Probleme, welche die gesamte Gesellschaft betreffen und auf eine Lösung warten, allen voran die kurdische Frage, die Frauenfrage, Probleme in den Bereichen Prostitution, Straßenkinder, Wirtschaft, Ökologie, Außenpolitik, Gerechtigkeit usw., sollen mutig und entschlossen angegangen werden. Um dies zu verwirklichen muss im Rahmen dieses Projektes eine vereinte Front, bestehend aus den demokratischen, akademischen und intellektuellen Dynamiken der Türkei, gebildet werden.

Wir sehen, dass dieses Projekt Hoffnung und freudige Erregung innerhalb der demokratischen Kräfte der Türkei auslöst. Diese äußern auch das dringende Bedürfnis der Türkei nach solch einem Projekt und ihre Überzeugung, dass es die politischen Lücken auch füllen kann. In diesem Zusammenhang trat die DTH als Projekt hervor, das von verschiedenen Kreisen mit Interesse verfolgt wird.

Wie werden Sie nun fortfahren? Wann wird die Organisation gegründet ?

Wenn die vorher erwähnten Aufgaben erledigt sind, wir unsere Ziele erreicht haben und davon überzeugt sind, dass alle Phasen der Organisierung, die den Bedürfnissen der Türkei entspricht und die Wünsche der Gesellschaft realisieren kann, durch sind. Wenn wir glauben, dass die Reifungsphase beendet ist, werden wir die Gründungsphase angehen. Deshalb können wir dafür kein festes Datum nennen. Doch beabsichtigen wir, diese Phase mit zügiger Arbeit innerhalb der nächsten fünf Monate erreichen zu können.

Wie werden die Beziehungen dieser Bewegung zur EU aussehen ?

Als DTH haben wir erklärt, dass wir den Beitrittsprozess der Türkei unterstützen und beabsichtigen, eine aktive Rolle zu übernehmen, damit dieser nicht abgebrochen wird. Ohne den EU-Beitrittsprozess zu negieren glauben wir, dass Veränderung und Transformation in der Türkei eigendynamisch vonstatten gehen werden. Die Beitrittsphase bewerten wir als Teil des Ziels der Türkei, zur zeitgemäßen Welt aufzuschließen. Die Beitrittsphase muss auf Prinzipien basierend wirkungsvoll und willensstark mit diplomatischen Beziehungen weitergeführt werden. Auch in unserer Entstehungsphase werden wir entsprechend dieser Prinzipien unseren Dialog mit der EU fortsetzen. ♦



Auf dem Weg zum Newrozfest in Amed. Foto: DIHA

Die türkische „Minderheitenpolitik“ und die EU

Was hat sich geändert?

Christian Arndt, Pastor i. R.

Am 13. Oktober begründete Bundeskanzler Schröder in einem Beitrag für *„Die Welt“* die Unterstützung der EU-Kommissionsempfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Grundlage für die Empfehlung „war die Einschätzung der EU-Kommission, dass die Türkei die politischen Kriterien für den Beginn solcher Verhandlungen ausreichend erfüllt – Einhaltung der Menschenrechte, Schutz und Achtung der Minderheiten sowie eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung.“ Schröder wies ausdrücklich hin auf die von der Türkei durch „ein grundlegendes Reformprogramm“ geschaffenen demokratischen Errungenschaften: „die Gewährung kultureller Rechte für die Kurden und andere Minderheiten“.

Am 10. Dezember, also eine Woche vor dem dann erfolgten Beschluss über Beitrittsverhandlungen, wurde vor dem Ankaraer Arbeitsgericht erneut der Antrag des türkischen Generalstaatsanwalts verhandelt, die Gewerkschaft *Egitim-Sen [ErzieherInnen-Gewerkschaft]* zu bestrafen und zu verbieten. Gegen den Vorstand wurde am 27.12.04 ein Strafverfahren wegen Durchführung einer gegen das Verbotsverfahren gerichteten Demonstration im Juli 2004 eröffnet; den Mitgliedern des Vorstands drohen Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren und Funktionsverbot.

Das Verbotsbegehren wurde am 21. Februar erneut abgelehnt, das Verfahren gegen den Vorstand läuft weiter.

Der Vorwurf des Generalstaatsanwalts: In der Satzung von *Egitim-Sen* ist „das Recht jedes Individuums auf das Erlernen der Muttersprache“ festgeschrieben. Die Gewerkschaft stehe damit im Widerspruch zur Verfassung, die als Muttersprache nur Türkisch zulässt. Die Gewerkschaft rede künstlich eine ethnische Minderheit – die KurdInnen – herbei, die, da es nach dem kemalistischen Staatsverständnis keine ethnischen Gruppen gibt, nicht existent sei. Damit spalte die Gewerkschaft die türkische Nation, gefährde die Einheit des Staates und stachele zum Unfrieden an.

Die Vorgeschichte:

Der Generalstab der türkischen Streitkräfte hatte im Juni 2003 das *Ministerium für Arbeit und Soziales* in Ankara aufgefordert, gegen die Gewerkschaft wegen dieser Satzungsinhalte vorzugehen. Das Ministerium wandte sich an den Gouverneur von Ankara, der daraufhin *Egitim-Sen* in einem Schreiben vom 28.10.2003 aufforderte, die Satzung zu ändern. Die Gewerkschaft verwies auf die seit dem 2. August 2002 geänderten Gesetze und beharrte auf ihrer Satzung. Der Gouverneur wandte sich am 14. April 2004 an die Generalstaatsanwaltschaft und forderte die strafrechtliche Verurteilung sowie das Verbot der Gewerkschaft.

Daraufhin eröffnete der Generalstaatsanwalt am 10. Juni 2004 das Verbotsverfahren vor dem Ankaraer Arbeitsgericht. Schon Tage vor dem Termin demonstrierten und protestierten Gewerkschaftsangehörige, UnterstützerInnen und Gewerkschaften aus der Türkei sowie aus dem Ausland – aus Deutschland die GEW. In Ankara und anderen Städten nahmen an den Demonstrationen mehrere zehntausend Menschen teil; sie wurden von den Sicherheitskräften mit Tränengas angegriffen und brutal zusammengeschlagen, der Vorstand von *Egitim-Sen* angeklagt – siehe oben.

Das Gericht mochte keine Entscheidung treffen und setzte der Gewerkschaft eine Frist von 60 Tagen, um ihre Satzung verfassungskonform zu ändern. Am 15. September 2004 fand die vermeintlich entscheidende Sitzung in Anwesenheit von internationalen BeobachterInnen und VertreterInnen mehrerer europäischer Botschaften statt. Das Gericht wies in einer politisch richtungweisenden Entscheidung das Verbotsbegehren ab. Es begründete sein Urteil mit Hinweis auf die von der Türkei unterzeichnete *Europäische Menschenrechtskonvention* und die in ihr festgeschriebenen Meinungs- und Vereinigungsfreiheiten.

Die Freude war groß. Niemand hatte damit gerechnet, dass die Generalstaatsanwaltschaft trotz und angesichts der anstehenden Entscheidung über die EU-Beitrittsverhandlungen in die Berufung gehen würde. Sie tat’s und mit Erfolg. Das Oberste Berufungsgericht entschied im November 2004, dass eine Einschränkung der Freiheiten der *Europäischen Menschenrechtskonvention* hingenommen werden muss – „als notwendige Vorsichtsmaßnahme mit dem Ziel, die nationale und öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ordnung zu schützen, um Aktivitäten gegen die Einheit des Staates zu verhindern“.

Das Gericht berief sich dabei auf Artikel 13 der *Türkischen Verfassung* von

1982, der – neben besonderen Gründen – auch „allgemeine Gründe“ nennt, die Grundrechte und -freiheiten einschränken können, wie beispielsweise „die unteilbare Einheit“ von Staatsgebiet und Staatsvolk, nationale Souveränität, nationale Sicherheit, öffentliche Ordnung, Sicherheit der Allgemeinheit und öffentliches Interesse.

Aus den bundesdeutschen Medien – egal ob öffentlich-rechtliche oder private – war von diesem Verfahren nur nichts und wenn, dann auch noch verkürzt zu erfahren. Die EU schwieg. Die rot-grüne Regierung, der das Verfahren bekannt war, schwieg nicht nur, im Gegenteil – Bundeskanzler Schröder stellte ausdrücklich „die Gewährung kultureller Rechte für die Kurden und andere Minderheiten“ fest.

„Minderheiten“rechte in der Türkei?

Das Verbotsverfahren ist nun Anlass genauer hinzusehen, was es mit den von Schröder festgestellten „Schutz und Achtung der Minderheiten“ auf sich hat. Zunächst muss geklärt werden, was nach türkischem Staatsverständnis unter „Minderheiten“ zu verstehen ist. Dann möchte ich die Folgen dieses Verständnisses exemplarisch am Beispiel der kurdischen Sprache erläutern:

- für den Bildungs- und Ausbildungsbereich,
- für das Recht auf kurdische Namen und
- für das Parteien- und Vereinsrecht.

„Minderheiten“ nach türkischem Verständnis

Ministerpräsident Erdogan hat auf Anfragen von TeilnehmerInnen des *Panatlantischen Jugendgipfels*, der als Teil des NATO-Gipfels Ende Juni 2004 in Istanbul stattfand, ausgeführt: „Die Kurden sind ein Teil, der vom Ganzen nicht getrennt werden darf. Religiöse Gruppen können als Minderheit gezählt werden. Für uns haben die Kurden keinen Status als Minderheit.“ Erdogan bekräftigt für seine Regierung die seit der Gründung der Türkei geltende unzulässige Interpretation des Lausanner Vertrags von 1923 hinsichtlich der „Minderheiten“. Danach existieren nur religiöse, nichtmuslimische Minderheiten – Juden, orthodoxe Griechen und Armenier. Ansonsten gibt es nur Türken. Unzulässig ist diese Interpretation, weil der Vertrag sehr wohl von ethnischen Minderheiten spricht und ihre Rechte eindeutig definiert wie beispielsweise im Artikel 39: „Alle Staatsbürger der Republik Türkei können in Presse und Publikationen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ihre Muttersprache ohne Einschränkung nutzen.“

So gab es kurz nach der Gründung der Türkischen Republik fast über Nacht keine KurdInnen mehr. Sie wurden zu „Bergtürken“ umbenannt. Kurdische Schulen wurden geschlossen, die Sprache verboten, Literatur und Publikationen in Kurdisch und über KurdInnen aus dem Verkehr gezogen. Durch Erlass wurden Begriffe wie „Kurden“ oder „Kurdistan“ aus Wörterbüchern und Lexika gestrichen. Zur Assimilierungspolitik gehörte die Türkisierung geographischer Namen und Bezeichnungen. Kurdische Namen wurden als „Beleidigung“ des türkischen Staates und der türkischen Nation verboten.

Seitdem müssen SchülerInnen jeden Morgen vor Unterrichtsbeginn einen Eid unter der türkischen Staatsflagge leisten. Dieser Eid beginnt mit „Ich bin Türke, aufrichtig und fleißig“ und endet mit „Mein Leben ist dem Türkentum gewidmet“. In den Unterrichtsbüchern sind Sätze zu finden wie: „Ich bin ein Türke, meine Religion und Rasse sind erhaben!“

In Schulen, Parks, an Eingangstoren der Städte, an Regierungsgebäuden, an Berghängen in den kurdischen Gebieten ist zu lesen „Glücklich, wer sich Türke nennen darf!“ oder „Der Türke ist der Größte, es gibt keinen Größeren als den Türken!“. Ein ehemaliger kurdischer politischer Gefangener erzählte: „Bei der ‚Begrüßung‘ im Gefängnis wird ein Eid verlesen, wobei bei jedem Wort der nackte Gefangene einen Schlag mit dem Knüppel hinnehmen muss – 44 Wörter: ‚Ich bin Türke, ehrlich, fleißig, gehorsam; meine Liebe zu meinem Land und meinem Volk ist größer als die Liebe zu mir selbst …‘“

In der Präambel zur türkischen Verfassung, die immer noch die Militärverfassung von 1982 ist, heißt es – in verschrobenen Formulierungen:
„Diese Verfassung, die die ewig währende Existenz des türkischen Vaterlandes und des türkischen Volkes festlegt und die unteilbare Einheit des hoch erhabenen türkischen Staates bestimmt, (…) nach dem vom Gründer der Republik Türkei, dem unsterblichen Führer und unvergleichlichen Helden Atatürk, entwickelten Nationalismusverständnis und seiner Revolution und Prinzipien (…) Keine Meinung und Weltanschauung dürfen gegen die Geschichte des Türkentums und seiner moralischen Werte und gegen den von Atatürk festgelegten Nationalismus vertreten werden. Diese können auch keinen Schutz genießen.“

Diese Präambel schreibt als Grundlage der Verfassung, aller Gesetze und Verordnungen sowie jeglichen staatlichen Handelns ausdrücklich den „türkischen Nationalismus“ fest. Sie leugnet die Existenz verschiedener Ethnien und Kulturen – sie existieren einfach nicht –, während die alleinige Existenz der türkischen „Rasse“ zu einem unumstößlichen Dogma erhoben wird. Weder die KurdInnen – nahezu 30 Prozent der Gesamtbevölkerung –, die in ihren Wohngebieten die Mehrheitsbevölkerung darstellen, noch andere ethnische und kulturelle Minderheiten können und dürfen somit kulturelle Rechte und Freiheiten weder erhalten noch fordern. Entsprechende Aktivitäten zählen zu den schwersten Verbrechen und werden bis heute mit Folter, hohen Gefängnisstrafen, Deportationen und – nach Abschaffung der Todesstrafe – mit extralegalen Hinrichtungen geahndet.

Keine der staatstragenden Parteien, die seit Jahrzehnten zwischen Regieren und Opposition unter wechselnden Namen und Personen pendeln, stellt die rassistisch-chauvinistische Ideologie des Türkentums zur Disposition. Keine dieser Parteien war und ist bereit, auch nur die Existenz der KurdInnen als Ethnie anzuerkennen.

Die soziokulturelle Vielfalt und Vielsprachigkeit wurden und werden als „die unteilbare Einheit des Staatsgebiets und Staatsvolks" gefährdende Strukturen bekämpft. Diese nationale Ideologie, die Überhöhung der türkischen Kultur, hat alle Lebensbereiche bis in linke türkische Parteien hinein durchdrungen.

Erdogan hat den Militärs, die sich als Wahrer dieser kemalistischen Ideologie verstehen, mit seinen oben zitierten Bemerkungen über Minderheiten signalisiert, dass seine Regierung weder mit den verabschiedeten EU-Anpassungsgesetzen noch in den anstehenden Verhandlungen mit der EU einen Deut von der bisherigen kemalistischen Politik abweichen wird.

Festhalten können wir, dass auch die heutige offizielle Türkei die KurdInnen nicht als Ethnie anerkennt. Die EU kommt ihr entgegen, indem sie die kurdische Frage nicht auf die Tagesordnung setzt. Deshalb bestehen für mich keine Zweifel, dass auch zukünftig Forderungen nach sozialen, politischen und kulturellen Rechten, wie nach Unterricht in der Muttersprache, und entsprechende Aktivitäten weiterhin als schwere Straftat, als Versuch „Staat und Nation zu teilen", bewertet und verfolgt werden. Der Verbotsantrag gegen *Egitim-Sen* ist in diesem Sinne konsequent.

Kurdisch im Bildungs- und Ausbildungsbereich

Am 2. August 2002 verabschiedete das türkische Parlament ein weiteres von Ministerpräsident Ecevit eingebrachtes Gesetzespaket „EU-Harmonisierungsgesetze". Tags darauf meldeten die *ARD-Tagesthemen* begeistert: „Das türkische Parlament hat in einer Nachtsitzung zahlreiche neue Gesetze beschlossen, die der Türkei den Weg in die EU ebnen könnten. Zudem werden der kurdischen Minderheit neue Rechte zugesprochen wie etwa die Zulassung ihrer Sprache im Schulunterricht und im Rundfunk." Die *Tageszeitung* jubelte am 18.08.02: „Die Türkei hat Minderheitenrechte für die Kurden beschlossen. Darunter das Recht auf Erziehung und Bildung in kurdischer Sprache und Kultur." Das *Auswärtige Amt* spricht heute noch in seinem Länderinformationsdienst von einem Beschluss, „die kurdische Sprache bzw. ihre Dialekte auch in Radio und Fernsehen und im Bildungsbereich zu legalisieren".

Die deutschen Medien hatten Meldungen über Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Forderungen nach muttersprachlichem Unterricht entweder nicht wahrgenommen – Herr Höhler für die *Frankfurter Rundschau* wohnt in Athen – oder wurden unterdrückt – Herr Sauter für die ARD wohnt in Istanbul. Anders kann ich mir das Schweigen nicht erklären. *Amnesty international*, der *Menschenrechtsverein IHD* und *Egitim-Sen* meldeten in Presseerklärungen beispielsweise:

„12 Mitglieder von *Egitim-Sen* in Kiziltepe, Mardin, wurden während einer Razzia am 7. Mai 2002 von Sicherheitskräften festgenommen. Sie wurden zur Anti-Terror-Abteilung des Polizeihauptquartiers in Mardin gebracht, wo sie Berichten zufolge nackt ausgezogen, geschlagen und mit kaltem unter Druck stehendem Wasser abgespritzt wurden. Den Männern aus der Gruppe sollen die Hoden gequetscht worden sein. Berichten zufolge wurden sie gezwungen, drei Tage lang ohne Schlaf im Flur zu stehen, das Gesicht der Wand zugewandt und die Köpfe mit Kleidersäcken bedeckt. Während dieser Zeit mussten sie laute Musik hören und erhielten lediglich ein Stück Brot zu essen …

Medeni Alpakaya, Sekretär der *Egitim-Sen* in Diyarbakir, wurde verhaftet, weil er in einer Presseerklärung die Forde-

Besuch eines Kurdischkurses in Kiziltepe
Aus einem Gespräch mit der Lehrerin Sewinç Bozan im März 2005

Im April 2003 wurde beim Bildungs- und Kulturministerium in Ankara die Genehmigung für Kurse in kurdischer Sprache beantragt. Die erste Reaktion: Es bestehe kein Bedarf, da die dortige Bevölkerung kein Interesse daran habe. Dann weitere bürokratische Hindernisse. Die Türen der Räume seien angeblich wenige Zentimeter zu schmal. Mit erheblichen privaten Geldern wurden sie verbreitert. Dann war der Ort ein Problem: Die Räume lägen angeblich in einem Vergnügungsviertel – in der Nachbarschaft befinden sich einige traditionelle Teestuben. Im Oktober 2004 lag dann die Genehmigung aus Ankara vor. Bei einer Ortsbesichtigung wurde dann festgestellt, dass die Feuerschutzanlagen problematisch seien – sie unterschieden sich aber nicht von anderen vergleichbaren Einrichtungen. Die kostenaufwendigen Veränderungen reichten Ankara nicht aus. Eine zusätzliche Fluchttreppe musste angebaut werden – wiederum mit erheblichen finanziellen Belastungen. Die erneute Genehmigung wurde kurze Zeit später widerrufen, weil angeblich Unterlagen zum Kursprogramm fehlten. In der Zwischenzeit musste die Lehrerin sich mit zwei Anklagen auseinander setzen, mit denen sie heute noch kämpft – sie hatte Roj-TV ein Interview gegeben. Als die Genehmigung erneut erteilt wurde, wurde sie erneut angeklagt, weil die InitiatorInnen Werbeplakate für den Kurs aufgestellt hatten.

„Medien- und Regierungskreise versuchen nachzuweisen, dass es keinen Bedarf gibt. Wir erleben aber, dass die Nachfrage sehr groß ist. Aber die meisten Interessierten haben kein Geld, um den Kurs zu bezahlen. Wir haben eine Arbeitslosigkeit von 70–80 Prozent. Da wir keine öffentlichen Mittel erhalten, müssen wir Beiträge nehmen. Ein zehnwöchiger Kurs kostet umgerechnet 60€, dazu kommen Materialkosten für Bücher usw. von 13 €. Das ist für viele zu teuer. Von den Beiträgen müssen wir noch acht Prozent an den Staat abführen." Und sie ergänzt, dass die Sicherheitskräfte kostenlos Kurdischunterricht vom Staat erhalten.

Sie bestätigt die in dem nebenstehenden Artikel beschriebenen Restriktionen für Kurdischkurse.

Aufgrund der Genehmigungsprobleme sind die InitiatorInnen mit 16 000 € verschuldet. Das größte Problem aber ist die Armut der Bevölkerung.

rung nach muttersprachlichem Unterricht unterstützt hatte …

In Carikli, Stadtranddorf von Diyarbakir, wurden sechs SchülerInnen im Alter von acht bis zehn Jahren von Sicherheitskräften verhaftet und vernommen, weil sie nach Schulschluss ‚Wir wollen Ausbildung in kurdischer Sprache' riefen.“

Die bundesdeutschen Korrespondenten hatten sich wie gewohnt der Hofberichterstattung hingegeben. Bei eigener Recherche, was unbequem ist, Arbeit macht und für Unbeliebtheit bei den türkischen Machteliten sorgt, oder bei Rückfragen an *Egitim-Sen* hätten sie folgende Veränderung des Gesetzes Nr. 2923 *„Über die Fremdsprachenausbildung sowie über das Lernen von anderen Sprachen und Dialekten durch türkische Staatsbürger“* gelesen (kursiv der alte Text):
„a) In den Institutionen, die der Erziehung und Ausbildung dienen, darf türkischen Staatsbürgern keine andere Sprache als Türkisch als ihre Muttersprache gelesen und gelehrt werden. Damit jedoch türkische Staatsbürger die anderen Sprachen und Dialekte, die sie im Alltag traditionell gebrauchen, lernen können, dürfen private Kurse angeboten werden (…) in diesen Kursen kann mit der gleichen Intention wie in anderen Kursen unterrichtet werden. In diesen Kursen und bei diesem Unterricht darf nichts gelehrt werden, was den in der Verfassung niedergelegten grundlegenden Eigenschaften der Republik widerspricht oder zur unteilbaren Einheit des Staates mit seinem Land und seiner Nation im Widerspruch steht …“

Dieses Gesetz korrespondiert mit Verfassungsartikel 42:
„In den Institutionen, die der Erziehung und Ausbildung dienen, darf türkischen Staatsbürgern keine andere Sprache als Türkisch als ihre Muttersprache gelesen und gelehrt werden.“

Außer Türkisch werden in der Türkei 26 verschiedene Sprachen einschließlich Kurdisch gesprochen. Diese Sprachen sind die Muttersprachen der Menschen, die sie verwenden. Nahezu 20 Millionen KurdInnen, deren Muttersprache Kurdisch ist, leben in der Türkei. Ihre Muttersprache bleibt in Erziehung und Ausbildung weiterhin verboten, während Englisch, Deutsch, Französisch in Erziehung und Ausbildung gelernt und gelehrt werden.



Der Kurdisch-Kurs in Amed Foto: DIHA

Das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen erlauben nur private Kurse, für die restriktive Vorschriften gelten wie:

Der Kurs muss durch das *Nationale Bildungsministerium* genehmigt werden. Teilnehmen dürfen SchülerInnen erst ab dem achten Schuljahr. Jugendliche müssen durch eine ärztliche Bescheinigung nachweisen, dass sie frei von psychischen und physischen Gebrechen sind. Der Unterricht hat in der Freizeit in den Ferien oder an Wochenenden zu erfolgen und muss privat finanziert werden. Die Lehrkräfte dürfen nicht im aktiven Schuldienst stehen und müssen qualifiziert sein. Im Unterricht dürfen kurdische Geschichte und Kultur nicht behandelt oder vermittelt werden, denn „solche Kurse dürfen nicht gegen die, in der Verfassung bewahrten, fundamentalen Prinzipien der türkischen Republik und gegen die unteilbare Integrität des Staates mit seinem Gebiet und seiner Nation verstoßen“. Es existiert neben der armenischen, griechisch-orthodoxen und jüdischen nur noch eine Geschichte und eine Kultur – die türkische.

Während viele Deutsch- und Englischlehrer an türkischen Schulen aus europäischen Ländern stammen, müssen Kurdischlehrer türkische Staatsbürger sein. Qualifizierte Kurdischlehrer aus dem Nordirak (Südkurdistan) oder aus Schweden fallen somit aus. Am Unterricht dürfen nur türkische Staatsbürger teilnehmen; dadurch ist kurdischen Flüchtlingen aus dem Nordirak oder aus Syrien der Unterricht verwehrt; Kurdischunterricht für sprachbegeisterte Ausländer ist ebenso verboten.

Bei einem Besuch in Diyarbakir März 2003 erzählte Abdullah Demirbas, der damalige örtliche Vorsitzende von *Egitim-Sen*: „Auf einer Pressekonferenz im September 2002 habe ich die Forderungen meiner Schüler nach Kurdischunterricht unterstützt. Ich bin sofort suspendiert worden. Außer mir haben noch fünf Kollegen Berufsverbot erhalten. Wir werden nicht mehr wie früher in den Westen verbannt. Das Kultusministerium in Ankara hat mich wegen meiner Meinung zum unfähigen Lehrer erklärt. Allein wegen meiner Ideen lässt

der Staat mich und meine vier Kinder hungern und wir haben keine Gesundheitsversorgung mehr." Den Vorsitz muss er nun abgeben. „Doch der Staat kann nun gegenüber der EU behaupten, dass wir unsere kulturellen Rechte haben. Die EU-Harmonisierungsgesetze sind für die EU, nicht für uns!" In der Geschäftsstelle hängen Fotos von über zwanzig KollegInnen, die in den vergangenen zehn Jahren von „unbekannten Tätern" (staatlichen Todesschwadronen) auf offener Straße ermordet wurden, weil sie für kulturelle Rechte eintraten.



Demonstration 2004 in Brüssel. Foto: MHA

Kurdische Namen

Wie es um die von Bundeskanzler Schröder gelobten kulturellen Rechte steht, erfahren Eltern spätestens, wenn sie ihren Kindern kurdische Vornamen geben wollen. Zwar erlauben die geänderten Gesetze nun auch diese. Jedoch wurden die Buchstaben Q, W und X verboten, weil sie nicht im türkischen Alphabet vorkommen. Viele kurdische Namen sind somit illegal. In dem entsprechenden Erlass des Innenministeriums heißt es: Vornamen müssen „mit der nationalen Kultur" vereinbar sein. Meines Wissens ist der NATO-Partner Türkei, mit dem die westliche Wertegemeinschaft verteidigt wird, das einzige Land, das Buchstaben per Gesetz zu „verbotenen Buchstaben" erklärt.

Parteien- und Vereinsgesetze und ethnische Minderheiten

Parteien und Vereine dürfen nicht die Auffassung vertreten, es gäbe ethnische oder kulturelle Minderheiten in der Türkei. Sie dürfen nicht für den Schutz nicht-türkischer Sprachen oder Kulturen eintreten. „Politische Parteien dürfen nicht behaupten, dass es in der Türkischen Republik Minderheiten gibt, die Kultur-, Sekten-, Rassen- oder Sprachenunterschiede begründen. (…) dürfen keine Aktivitäten entfalten, um andere Sprachen oder Kulturen als die türkische zu verbreiten und somit durch Schaffung von Minderheiten die Einheit der Nation zu gefährden."

Wenn eine Partei die friedliche Lösung der kurdischen Frage auf die Tagesordnung eines Parteitages nimmt, also noch nicht einmal in ihrem Programm aufgenommen hat, um zu entscheiden, ob sie kulturelle Rechte einfordern will, dann wird dies als „Aktivität zur Spaltung von Staatsgebiet und Staatsvolk" (Separatismus) und/oder als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (PKK, KADEK oder Kongra-Gel) strafrechtlich verfolgt. Die Partei wird geschlossen und ihre Führungskräfte werden bestraft. Es reicht sogar, wenn solche Meinung nicht von der Partei, sondern von nur einem Mitglied vertreten wird.

Parteien ist es verboten in einer anderen als der türkischen Sprache zu reden und zu schreiben.

In Van erzählte Zana Bogt: „Am 8. März 2003 wurde ich nach Abschluss einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag festgenommen. Haftbefehl und Anklage sind begründet mit § 312 des türkischen Strafgesetzbuches, der unter anderem Volksverhetzung und die Förderung bzw. Darstellung ethnischer Unterschiede unter Strafe stellt. Grund: Ich hatte eine Rede zu den Parlamentswahlen im November 2002 in kurdischer Sprache gehalten. Damit habe ich ethnische Unterschiede dargestellt und gefördert. Das ist Hetze gegen die Einheit der türkischen Nation."

Schlussfolgerung

Das EU-Anpassungspaket ist für Europa mit dem Ziel der Augenwischerei verabschiedet worden, was auch klappt nach dem Motto: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!" Faktisch hat sich nichts geändert und wird sich nichts grundsätzlich ändern, denn den Anpassungspaketen stehen Verfassungsartikel wie Gesetze (beispielsweise das Antiterror-, Parteien-, Vereins-, Presse-, Strafgesetz) sowie unzählige Geheimdekrete und Bestimmungen entgegen, die die Rechte im Bereich der Meinung, des Glaubens, der Presse, der Organisation, der Versammlung, der Demonstration, der Kultur, der Bildung einschränken.

Bisher haben alle internationalen Verträge, die die Türkei völkerrechtlich verbindlich unterzeichnet hat, die kurdische Frage nicht gelöst. Die Erfüllung der dort formulierten Menschen-, Minderheiten- und Kulturrechte wurde von keinem der anderen Vertragsstaaten eingefordert. Wie sollten dann die *Kopenhagener Kriterien* zu einer Lösung der kurdischen Frage führen? Übereinstimmend hörte ich im März 2005 von allen kurdischen GesprächspartnerInnen: „Die Anpassungsgesetze sind für die EU gemacht, nicht für uns. Und die EU lässt sich wissentlich an der Nase herumführen. Nicht die Menschenrechte, sondern wirtschaftliche und geostrategische Interessen der EU und ihres Kapitals bestimmen und entscheiden die Beitrittsverhandlungen." ♦

Gericht lehnt Auslieferung von Dr. Remzi Kartal ab

Ohrfeige für die Türkei

Monika Morres, AZADÎ, 11. April 2005

Am 1. März 2005 konnte Dr. Remzi Kartal die JVA Würzburg verlassen. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichtes (OLG) Bamberg hatte den Antrag der Türkei, den stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL auszuliefern, abgelehnt und den Haftbefehl gegen den kurdischen Politiker aufgehoben. In einem "Brief an die Freunde" bedankt sich Remzi Kartal für die ihm entgegengebrachte Unterstützung und Solidarität.

Türkische Provokationen mit bayerischer Hetze

Ob sich das Gericht in seiner Entscheidung hiervon hat leiten lassen, wissen wir nicht. Nachprüfbar hingegen ist der Wortlaut des OLG-Beschlusses, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Die Richter werteten die dem Gericht vorgelegten Auslieferungsunterlagen aus der Türkei als "in einem solchen Maße unzureichend und widersprüchlich", dass sich das Gericht außer Stande gesehen hatte, "darauf eine Haftentscheidung zu stützen". Beweismittel als Verhaftungsgrund seien nicht vorgelegt worden. Es sei weder ein „Tatort" noch eine „Tatzeit" angegeben worden noch benannt worden, welcher „terroristischen Organisation" Remzi Kartal angehört haben sollte. Die „weitgehend inhaltsleere Haftbefehlsurkunde" habe nach Auffassung des Senats „weder europäischem Standard noch rechtsstaatlichen Grundsätzen" entsprochen und somit „keine Rechtswirkung entfalten" können. Die Sachverhaltsschilderung habe sich weitestgehend lediglich mit der Beschreibung des politischen Werdegangs des Betroffenen begnügt. Der Kernpunkt des Vorwurfs aus der Türkei zielte also einzig auf die Funktion von Remzi Kartal innerhalb des KONGRA-GEL, der laut türkischem Justizministerium die Loslösung eines Teils der Türkei bezwecke, um einen neuen Staat zu bilden. Zur Erreichung dieses Ziels hätte die Organisation „Totschlag, Anmaßung, Raub und Überfall gegen Polizeistationen und Dörfer begangen". Unabhängig davon, dass diese Behauptung unzutreffend und eine Provokation ist, stellt sie auch keine „auslieferungsfähige Straftat nach deutschem Recht", etwa nach § 129 a StGB („Bildung einer terroristischen Vereinigung"), dar – wie das OLG ausführt. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein indes – kaum war der kurdische Politiker festgenommen – hetzte in der BILD-Zeitung, dieser sei für einen „Bombenanschlag mit mehreren Toten" verantwortlich.



Remzi Kartal Foto: Archiv

Einfache Gleichung mit Erpressung

Die türkischen Behörden behaupteten ferner, zwei in Istanbul festgenommene Kurden hätten Material zur Herstellung eines Sprengsatzes besorgt und auf einen Befehl des Führers der Volksverteidigungskräfte (HPG), Mustafa Karayilan, gewartet, einen Anschlag zu verüben. Die beiden Guerilla-Angehörigen, Erdal Özdogan und Hüseyin Yasar, waren im April 2004 verhaftet und zu diesen Aussagen erpresst worden, erklärte deren Anwalt. Man habe beide zum Friedhof gefahren und mit einer Waffe bedroht: Entweder sie unterzeichnen die Aussagen oder sie schaufeln ihr eigenes Grab.

Und weil der KONGRA-GEL in den Augen der Türkei die Nachfolgeorganisation der PKK ist und die HPG der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

gefolgt seien, erklärte sie Remzi Kartal mitverantwortlich für angeblich geplante Anschläge der HPG.

Beweise für die aufgestellten Behauptungen sind in den Auslieferungsunterlagen offensichtlich nicht enthalten gewesen.

Abgekartetes Spiel mit Partner

Das türkische Justizministerium hatte aufgrund eines Haftbefehls des 14. Gerichtshofs für Schwerstkriminalität in Istanbul vom 9. August 2004 international nach dem kurdischen Politiker fahnden lassen und um dessen Festnahme über Interpol Ankara ersucht.

Erstaunlich, dass Remzi Kartal, der seit 1995 als Asylberechtigter mit seiner Familie in Belgien lebt und auch politisch arbeitet, nicht etwa dort verhaftet worden ist. Nein, die deutschen Behörden, seit über einem Jahrzehnt bestens vertraut mit der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden und willige Handlanger der Türkei bei der Verfolgung von kurdischen oder türkischen Aktivist(inn)en, haben dieses Geschäft erledigt. Eine Hand wäscht die andere. Wie das geht, beschreibt die Rote-Hilfe-Regionalgruppe Nürnberg-Fürth-Erlangen in einem Beitrag zum „Tag der politischen Gefangenen“ vom 18. März 2005. Danach hatte sich das Bundeskriminalamt (BKA) bereits im Herbst beim Bundesjustizministerium das Einverständnis zur Festnahme von Remzi Kartal abgeholt. Die vom OLG deklamierte Inhaltsleere der Haftbefehlsurkunde jedenfalls war kein Hindernis. So wurde der kurdische Politiker am 22. Januar 2005 bei Würzburg aus dem Zug heraus festgenommen. Er befand sich auf der Fahrt zu einer Kulturveranstaltung in Nürnberg.

EU-Terrorliste mit Verpflichtung

Vermutlich hat die Türkei geglaubt, einen Nutzen aus der Zusage zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen und dem Fakt, dass die PKK im Mai 2002 und der KONGRA-GEL am 26. April 2004 in die EU-Liste „terroristischer Organisationen“ aufgenommen worden sind, ziehen zu können. Hierzu hat das OLG bemerkt, dass Gerichte deshalb auch im Auslieferungsverkehr keineswegs von der Verpflichtung entbunden seien, „einen konkreten und mit Tatsachen belegten Sachverhalt vorzutragen, aus dem sich ergibt, dass Zweck und Tätigkeit der seit 2003 bestehenden PKK-Nachfolgeorganisation KONGRA-GEL auf die Begehung oder zumindest Androhung schwerster Straftaten wie etwa Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub oder Geiselnahme gerichtet sind.“ Dazu gehöre auch, „dass etwa von den Volksverteidigungskräften (HPG) begangene Straftaten der oben genannten Art dem KONGRA-GEL zuzurechnen sind bzw. dass der KONGRA-GEL selbst die Begehung solcher Straftaten angedroht hat.“

So sei dem OLG „völlig unklar“ geblieben, aus welchen Gründen die türkischen Behörden um die Auslieferung von Dr. Remzi Kartal ersucht hätten.

Fristverlängerung abgelehnt

Um die Türkei möglicherweise doch noch auf „europäischen Standard“ bringen zu können, hatte die Staatsanwaltschaft beim OLG am 25. Februar 2005 beantragt, die Frist zur Abgabe notwendiger Ergänzungen der Auslieferungsunterlagen zu verlängern.

Dieser Anregung sind die Richter des 1. Senats jedoch nicht gefolgt. Sie hatten rechtliche Zweifel daran, „ob der mit ganz gravierenden Mängeln behaftete Steckbrief des 14. Schwurgerichts in Istanbul (...) überhaupt ergänzungsfähig ist.“ Nach „hiesigem Rechtsverständnis“ hätte der Haftbefehl völlig neu und inhaltlich mangelfrei vorgelegt werden müssen. Innerhalb der verbleibenden Zeit [von zwei Tagen, d. A.] sei nicht zu erwarten gewesen, dass „weitere sachdienliche Unterlagen der türkischen Behörden beim Senat eingehen.“

Die Dauer einer vorläufigen Auslieferungshaft ist im Europäischen Auslieferungsübereinkommen (EuAlÜbk.) geregelt. Diese darf nach Art. 16 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 in keinem Fall 40 Tage vom Zeitpunkt der Verhaftung an überschreiten. Verhaftung in diesem Sinne bedeutet auch – wie im Falle von Remzi Kartal – eine Festnahme, wenn ein Haftbefehl des ersuchenden Staates vorliegt. Innerhalb dieser 40 Tage muss entweder ein Haftbefehl aufgehoben oder eine vorläufige in eine endgültige Auslieferungshaft gewandelt werden.

Solidarität und formale Mängel

Die Entscheidung des OLG, dem Auslieferungsersuchen der Türkei nicht stattzugeben und Dr. Remzi Kartal wieder auf freien Fuß zu setzen, ist selbstverständlich zu begrüßen. Die vielfältige Unterstützung, die der Politiker während seiner Haftzeit erfahren hat, war wichtig und soll keineswegs klein geredet werden. In der politischen Arbeit und im politischen Kampf ist Solidarität ein unverzichtbares Element. Maßgebend für die Entscheidung der Bamberger Richter waren die mangelhaften Auslieferungsunterlagen, die von der Türkei vorgelegt worden sind. Das bedeutet aber auch, dass sich das Gericht weder mit der politischen Situation in der Türkei, der dort zu erwartenden unverhältnismäßig hohen Strafe im Falle einer Auslieferung und Verurteilung noch mit der Folterpraxis in diesem Land befassen musste. Ebenso wenig sah sich der Senat deshalb veranlasst, die Probleme zu vertiefen, die mit der Anerkennung von Remzi Kartal als politischer Flüchtling in Belgien verbunden sind und der von ihm reklamierten Unzulässigkeit einer Auslieferung.

Freundschaftliche Beziehungen

Der „Fall Kartal“ hat der Türkei vor Augen geführt, dass die Durchsetzung ihrer Begehren so billig nicht zu haben ist. Deshalb darf die Entscheidung des OLG getrost als Ohrfeige für die Türkei bezeichnet werden. Dass die Türkei tatsächlich noch weit davon entfernt ist, die Kriterien für eine Aufnahme in die EU erfüllt zu haben, dokumentiert der Fall des stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL sehr anschaulich.

Das wird sie jedoch sicher nicht davon abhalten, weiterhin zu versuchen, ihrer politischen Gegner/innen habhaft zu werden. Dabei kann sie sich der Unterstützung des deutschen Verfolgungsapparates sicher sein. Denn:

Demokratiedefiziten und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zum Trotz

hat die rot-grüne Bundesregierung vor zwei Jahren mit der Türkei ein Abkommen über die „Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität" geschlossen. Es wurde „unter Beachtung des Schutzes der Menschenrechte" am 3. März 2003 von Bundesinnenminister Schily und seinem türkischen Amtskollegen Abdülkadir Aksu unterzeichnet. Um die „freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei" zu festigen und zu entwickeln sowie den „beiderseitigen Nutzen zu verstärken", hat der Bundestag das in Gesetzesform gegossene Abkommen mehrheitlich abgesegnet (Bundesgesetzblatt, Teil II, Nr. 24, S. 1059 ff.). In elf Artikeln sind Art und Umfang dieser Kooperation geregelt. Als „terroristische Handlungen" definiert das Gesetz Straftaten, die mit dem Ziel begangen werden, „die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören". Der entsprechende Katalog ist bereits aus den Schilyschen Anti-Terror-Paketen bekannt.

Um diese Zusammenarbeit in die Praxis umzusetzen wurde vereinbart, Informationen auszutauschen sowie personenbezogene Daten zu übermitteln und zu verwenden. Auch die Durchführung abgestimmter operativer Maßnahmen auf Ersuchen der Vertragspartei gehört zum Repertoire, bei denen Vertreter/innen der zuständigen Behörde bei der anderen Seite anwesend sein können. Durch ständige Konsultationen, die Einrichtung von Arbeitsgruppen und bei Expertentreffen soll die Praktikabilität des Abkommens analysiert, bewertet und den Gegebenheiten angepasst werden. Auf deutscher Seite sind hierbei die Ministerien für Inneres und Gesundheit, das Bundes- und Zollkriminalamt sowie die Grenzschutzdirektion involviert und auf türkischer Seite das Innen- und Gesundheitsministerium sowie das Zollsekretariat des Ministerpräsidiums.

Seit dem 23. Juli 2004 ist dieses Gesetz in Kraft. Es zeigt sich, dass die Anschläge des 11. September 2001 der Türkei eine Reihe von Vorteilen gebracht haben. Unter dem Deckmantel der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus" ist es ihr möglich, sich bessere, vor allem auch grenzüberschreitende Möglichkeiten der politischen Verfolgung zu verschaffen. Die USA und Europa verschaffen ihr – wie anderen Staaten auch – die Macht, Gruppen, Personen oder Organisationen als terroristisch einzustufen und sie auf deren Terrorlisten setzen zu lassen. Betroffene dieser Politik sind in erster Linie türkische linke und kurdische Aktivist(inn)en und deren Organisationen.

Solange es diese Kumpanei zwischen BRD und Türkei gibt, können sich die dortigen politischen Verhältnisse nicht verändern. Sie zementiert vielmehr die reaktionären Staatsstrukturen und verhindert eine Lösung der kurdischen Frage, ohne die eine demokratische Entwicklung schlichtweg undenkbar ist. ♦



infodienst nr. 27/28

februar/märz 2004

In eigener Sache:

Der AZADI *infodienst* erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.
Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische

18. März:

Tag der politischen Gefangenen

Bundesregierung hält Verbotspraxis gegen Kurdinnen und Kurden aufrecht

Politische Lösungen und Freiheit für die Gefangenen!

Es gibt sie immer noch: Kurdische politische Gefangene in Deutschland. AZADI betreut zur Zeit elf von ihnen. Wir befinden uns im Jahre 12 der Existenz des PKK-Verbots. Die Gefangenen befänden sich heute in Freiheit, gäbe es nicht die anhaltende, auf Konfrontation basie-

Seit 2002 bietet der Rechtshilfefonds AZADI einen «AZADI-infodienst» an und versendet diesen als E-mail. Wer nicht über einen Zugang zu elektronischen Medien verfügt, erhält auf Wunsch gegen Porto- und Kopierkosten eine Kopie des Dienstes. Außerdem sind alle Ausgaben auf der Internetseite von AZADI zu finden:
www.nadir.org/azadi

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Straße 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211-830 29 08
azadi@t-online.de

Politischer Widerstand und Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001

Zusammenarbeit europäischer Strafverteidiger wird notwendig

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, RAV

Seit den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA hat sich alles geändert. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben für sich das Recht auf Präventivkrieg in Anspruch genommen und verstoßen damit gegen das in der UN-Charta verankerte Gewaltverbot. Bei der Kriegsführung und bei der Behandlung von Kriegsgefangenen, die der Beteiligung an terroristischen Straftaten verdächtig sind, werden im großen Umfange Vorschriften des humanitären Völkerrechts verletzt. In Europa wird dieses Vorgehen der USA im Irak-Krieg und die zahlreichen Folterfälle sowohl von Regierungen als auch von starken sozialen Bewegungen kritisiert. Dabei geht unter, dass auch in Europa nationale und europäische Rechtspolitiker nach den Anschlägen am 11. September 2001 die Chance genutzt haben, um ihre innen- und rechtspolitischen Ziele unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung durchzusetzen.

Ausländer- und Asylrecht

In vielen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden das Ausländer- und Asylrecht verändert. Entscheidungen in diesen Rechtsgebieten stehen zukünftig ebenso wie Einbürgerungen unter dem so genannten Terrorismusvorbehalt. Das bedeutet, dass Menschen, die der Beteiligung an terroristischen Taten verdächtigt werden, Schwierigkeiten bei der Einreise, der Visumserteilung, beim Aufenthaltsstatus und der Anerkennung als Asylberechtigte haben (vgl. dazu die Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Reinhard Marx aus Frankfurt zum Terrorismusbekämpfungsgesetz der Bundesregierung unter www.cilip.de/terror/marx-stell.pdf). In Deutschland sind von derartigen Entscheidungen vor allem Menschen kurdischer Herkunft sowie mutmaßliche Angehörige der iranischen Volksmujahedin betroffen. Die Veränderungen im Ausländer- und Asylrecht sind ein Thema, das auch in Zukunft größte Bedeutung haben wird, da vor allem zahlreiche Einzelschicksale von Flüchtlingen, insbesondere politische Flüchtlinge, betroffen sind und selbst der rückwirkende Entzug des Flüchtlingsstatus sowie der Einbürgerung zu befürchten ist. Damit einher geht die auf Ausländer-Polizeirecht basierende zunehmende Erfassung von Daten und von biometrischen Daten von Nicht-Deutschen und insbesondere von politischen Flüchtlingen. Diese Daten werden im zunehmenden Maße zwischen den Polizeibehörden auf deutscher und europäischer Ebene ausgetauscht. Da die Betroffenen die über sie gefertigten Daten nur zu einem Teil kennen und die Datenflüsse nicht nachvollziehen können, müsste sicherlich in Zukunft dieser Personenkreis dem Datenschutz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Ausländische terroristische Vereinigung, § 129 b StGB

Daneben haben sich aber auch in strafrechtlicher und strafprozessrechtlicher Hinsicht weit reichende Änderungen abgespielt. Dabei ist im deutschen Strafrecht insbesondere die Einführung des so genannten § 129 b Strafgesetzbuch (StGB), die Gründung, Mitgliedschaft, das Unterstützen oder Werben für eine ausländische terroristische Vereinigung, im Jahre 2002 zu nennen. Bisher war in Deutschland „nur" die Tätigkeit für eine im Inland tätige terroristische Vereinigung unter Strafe gestellt. Auf europäischer Ebene wurde beschlossen, die Terrorismusstrafvorschriften zu harmonisieren. Daher ist nunmehr auch das Tätigwerden für eine solche Vereinigung strafbar, die nicht im Inland, sondern im Ausland agiert und die von den deutschen und europäischen Strafverfolgungsbehörden als terroristisch angesehen wird.

Dabei war allen Beteiligten die Problematik einer fehlenden klaren Terrorismusdefinition bekannt. Immerhin hat es auf der Ebene der Vereinten Nationen seit dem 2. Weltkrieg zahlreiche Versuche gegeben, eine für alle Staaten verbindliche Terrorismusdefinition zu finden. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Es sind zwar zahlreiche Einzelhandlungen wie z. B. Anschläge im Flugverkehr aufgrund entsprechender Konventionen universell verfolgbar. Doch die Einigung über einen einheitlichen Terrorismusbegriff scheiterte vor allem daran, dass einerseits die mächtigen Staaten den Begriff des so genannten Staatsterrorismus ablehnten. Das Verhalten von Armeeangehörigen soll demnach auch in Zukunft nicht als terroristisch bezeichnet werden, selbst wenn sie Akte ausüben, die formal unter verbindliche Terrorismusdefinitionen fielen. Zum anderen aber befürchteten kleinere Staaten von den drei Kontinenten Asien, Afrika und Lateinamerika die weltweite Kriminalisierung und Ächtung von gewaltsamen politischen Widerstands- sowie von Befreiungsbewegungen. So wird zu Recht immer wieder auf den Ausspruch verwiesen, dass des einen Terrorist des anderen Freiheitskämpfer ist. Die Legitimität des bewaffneten Widerstandes bspw. gegen

die deutschen Nationalsozialisten steht außer Frage. Mittlerweile ist auch anerkannt, dass Nelson Mandela und seine Mitstreiter vom ANC das Recht hatten, dass südafrikanische Apartheidsystem auch gewaltsam zu bekämpfen, selbst wenn zur Hochzeit der Apartheid auch westeuropäische Regierungen mit diesem kooperierten. Streitiger sind die aktuellen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, vor allem in Palästina. Klar scheint jedoch, dass es kaum das Recht nationaler Strafverfolgungsbehörden sein kann, im Rahmen nationaler Strafverfahren über die Legitimität oder Nichtlegitimität von politischen und militärischen Auseinandersetzungen in dritten Ländern zu entscheiden. Faktisch passiert dies aber. In Deutschland sind Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft für die Aufnahme derartiger Ermittlungen zuständig. Derzeit ist nicht bekannt, zu welchen Ländern und bezüglich welcher Organisationen Ermittlungen bzw. Vorermittlungen von den genannten Behörden geführt werden. Dies ist aufgrund der drohenden Konsequenzen in straf- und strafprozessualer Hinsicht, aber auch bezüglich des Datenschutzes, des Ausländer- und Asylrechts sowie der gesamten Existenz der Betroffenen äußerst misslich. Denn Verdächtige einer terroristischen Straftat werden nach deutschem Straf- und Strafprozessrecht anders behandelt. Sie können leichter in Untersuchungshaft genommen werden, sie werden dort strenger behandelt, sogar der Schriftverkehr und der Besuch von Verteidigern werden überwacht. Insbesondere aber kann der Verdacht von Terrorismus selbst bei Nichtverurteilung zu erheblichen Konsequenzen im Ausländer- und Asylrecht führen.

Der Europäische Haftbefehl

Auf europäischer Ebene ist ein neues Problem hinzugekommen: Der Europäische Haftbefehl. Im Rahmen der großen Mogelpackung von Gesetzesmaßnahmen zur angeblichen Bekämpfung des Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde auch der Europäische Haftbefehl vom Europäischen Rat beschlossen. Bei einem Katalog von 32 Delikten soll zwischen den EU-Staaten bei einer möglichen Auslieferung nicht mehr geprüft werden, ob die vorgeworfene Straftat sowohl in dem Land, das die Auslieferung begehrt, als auch in dem Land, das ausliefern soll, strafbar ist (das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit soll wegfallen). Dabei ist insbesondere die Kategorie der Terrorismusstraftaten betroffen.

Zu welchen Konsequenzen dies führt, zeigt der Fall des Deutsch-Syriers Darkanzali, der am 13. und 14. April 2005 vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. Dem Deutsch-Syrier wird vorgeworfen einen Krankenwagen vor Inkrafttreten des § 129 b StGB und vor Inkrafttreten des Europäischen Haftbefehlsgesetzes in den Kosovo überführt zu haben. Abgesehen davon, dass diese Handlung nur schwer als Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu begreifen ist, war sie jedenfalls nach deutschem Recht zum Tatzeitpunkt nicht strafbar. Die Bundesanwaltschaft hat zwar ein Verfahren gegen Darkanzali eingeleitet, kommt aber in internen Vermerken zu dem Schluss, dass die in Deutschland gesammelten Beweismittel nicht zu strafprozessualen Maßnahmen, insbesondere nicht zur Vollstreckung eines Haftbefehls gegen Darkanzali ausreichen würden. Dementsprechend hat Spanien die Gunst der Stunde genutzt und die Auslieferung von Darkanzali von Deutschland verlangt [wg. Zugehörigkeit zu Al Quadia]. In einer überstürzten Aktion haben sowohl das Hamburger Oberlandesgericht als auch das Bundesjustizministerium sowie der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die Auslieferung von Darkanzali beschlossen und ihn bereits in ein Flugzeug gesetzt, um ihn nach Spanien zu überführen. Lediglich eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts konnte den Deutsch-Syrier mindestens vorläufig retten und ermöglichen, dass sein Fall vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt (13./14. April 2005) und entschieden wird.

Durch die Einführung des Europäischen Haftbefehls ist eine neue Dimension der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden auf europäischer Ebene eingeleitet worden. Dies macht im Übrigen auch eine erhöhte Zusammenarbeit zwischen europäischen Strafverteidigern notwendig. Betroffene sollten sich insbesondere bei Reisebewegungen von einem Land der Europäischen Union in das andere mit Strafverteidigern aus beiden Ländern besprechen, um unliebsame Überraschungen zu vermeiden und eine wirksame Verteidigung in beiden Ländern zu organisieren, falls eine Auslieferung oder andere Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Haftbefehls drohen sollten.

Die EU-Terrorliste

Ebenfalls im Rahmen der Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001 haben die EU-Mitgliedsstaaten die Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 (Amtsblatt EG L 344/1970 v. 28. Dezember 2001) über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus erlassen. Nach Art. 2 Abs. 3 dieser Verordnung soll der Rat durch weitere Beschlüsse eine Liste aufstellen, von natürlichen Personen, die eine terroristische Handlung begehen oder zu begehen versuchen, oder sich an deren Begehung beteiligen oder diese erleichtern; juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften, die eine terroristische Handlung begehen oder zu begehen versuchen oder sich an deren Begehung beteiligen oder diese erleichtern; juristischen Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die im Eigentum oder der Kontrolle einer oder mehrerer der vorgenannten natürlichen oder juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften stehen oder natürlichen oder juristischen Personen, Vereinigungen oder Körperschaften, die im Namen oder auf Anweisung einer oder mehrerer vorgenannter natürlicher oder juristischer Personen, Vereinigungen oder Körperschaften handeln. Die genannte EG-Verordnung ordnet an, sämtliche Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte sowie wirtschaftliche Ressourcen von natürlichen oder juristischen Personen auf der immer wieder aktualisierten

EU-Terrorliste einzufrieren und verbietet die Erbringung von Finanzdienstleistungen zu ihren Gunsten. Bei den Maßnahmen handelt es sich konkret um das Einfrieren sämtlicher Gelder, anderer finanzieller Vermögenswerte und wirtschaftlicher Ressourcen der auf der Liste aufgeführten Personen, Gruppen oder Organisationen. Auf der Liste finden sich neben arabischen Einzelpersonen und Al Quaida-verdächtigen Personen und Organisationen zahlreiche weitere Personen, u. a. baskische Einzelpersonen und Organisationen, aber auch kurdische Organisationen sowie die Iranischen Volksmujahedin. Die Aufführung auf der EU-Terrorliste führt zwar nicht unmittelbar zu gravierenden Konsequenzen, da bisher keine Maßnahmen zum Einfrieren von Geldern der genannten Personen oder Organisationen bekannt wurden. Aber die indirekten Konsequenzen sind gravierend. Wird eine Person oder eine Gruppe auf die EU-Terrorliste gesetzt, so wird diese Entscheidung des Europäischen Rates von allen nachfolgenden mit dieser Person oder Organisation befassten Behörden ohne weitere Überprüfung akzeptiert. Davon ist die Organisation in ihren politischen Aktionen betroffen. Selbst wenn die Organisationen wie die Iranischen Volksmujahedin in Westeuropa ausdrücklich keine militanten Aktionen durchführen, sind sie doch in ihrer Existenz und ihrem politischen Kampf durch die EU-Terrorismusliste stark eingeschränkt. Dies zeigte sich jüngst bereits bei dem kurzfristigen Verbot einer Demonstration in Berlin. Insbesondere aber sind Einzelpersonen sehr stark betroffen. Denn Ausländer-, Asyl- und Einbürgerungsbehörden führen immer wieder die Tatsache einer Aufführung auf der EU-Terrorliste als Argument für nachteilige Maßnahmen an. Der einzelne Betroffene hat kaum Möglichkeiten, die Entscheidung auf europäischer Ebene anzufechten. Doch selbst das Vorgehen von Organisationen aus dem Baskenland, von kurdischen Organisationen und den Iranischen Volksmujahedin beim Europäischen Gerichtshof führte bisher zu keinerlei rechtlichen Überprüfungen der Europäischen Terrorliste.

Ausblick

Im politischen und militärischen Kampf sind selbstverständlich nicht alle Mittel erlaubt. Die Strafgesetzgebung dritter Länder sowie das humanitäre Völkerrecht setzen insoweit Befreiungsbewegungen und politischem Widerstand bestimmte Grenzen. Seit den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 haben alle Staaten der Welt versucht, innenpolitisch Kapital aus dem neuen Diskurs über Terrorismus zu schöpfen. Repressive Staaten im Nahen Osten und in Asien und Afrika benutzen dabei dieselben Argumente wie die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten. Im Kampf gegen den so genannten Terrorismus wird neuerdings den Staaten das Recht zugestanden, selbst zu definieren, wen sie als Terroristen und als terroristische Organisation einstufen. Dabei wird oftmals legitimer politischer Widerstand gegen Diktaturen mit gemeinen Straftaten gleichgesetzt und im Kampf gegen die mutmaßlichen Terroristen werden Grund- und Bürgerrechte der Betroffenen im großen Umfange außer Kraft gesetzt. Neben der Organisation von juristischem Beistand wäre ein Zusammenschluss betroffener Organisationen und nicht-deutscher Einzelpersonen und Organisationen von Nöten, um über den jeweiligen Gruppenzusammenhang das Problem öffentlich zu benennen und gemeinsam gegen die Auswüchse der Terrorismusbekämpfung zu kämpfen. ♦

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck arbeitet in einer Anwaltskanzlei in Berlin und ist Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV).



Frauen wollen Frieden und Gerechtigkeit – für eine ökologisch-demokratische Welt

Einladung zum zweiten Zilan-Frauenfestival

CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden

Am 18. Juni 2005 veranstalten wir zum zweiten Mal das „Zilan-Frauenfestival“. Hierzu laden wir Frauen aus aller Welt ein. Mit Tänzen, Musik, Kunst, Kultur und Ansprachen wollen wir als Frauen unsere Forderungen und Wünsche mitteilen. Gemeinsam wollen wir zur andauernden und zunehmenden Welle der Gewalt gegen Frauen „Halt!“ sagen. „Halt!“ zu jeglicher Form von Gewalt, die unsere Natur, Umwelt und unser soziales Leben zerstört. Wir laden jede Frau, Schriftstellerin, Künstlerin, Musikerin, Tänzerin ein, sich mit ihrer eigenen Sprache und Kultur am Festival zu beteiligen.

Das auf Gewalt, Ausbeutung und Erniedrigung basierende Patriarchat hat in den 5 000 Jahren seines Bestehens die Welt in vielerlei Hinsicht unerträglich gemacht. In allen Lebensbereichen, in allen Ländern. Selbst in den reichen Ländern Europas und in den USA haben Arbeitslosigkeit und Sozialkürzungen zu zunehmender Verarmung, sozialen Krisen, Vereinzelung und Depressionen geführt. In den armen Regionen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens hingegen bedeutet dies wiederholte Kriege, Vertreibung, Hunger und Tod ... Und die Investitionen, die den Weg für den extremen Raub von Profiten ebnen und die das Gleichgewicht der Natur zerstören, die fatalen Entwicklungen aufgrund der globalen Erwärmung ... Kommen die weltweit mächtigsten Staaten der Welt ihrer Verantwortung für diese Probleme nach? So wie zum Beispiel die USA, die sich bis heute weigern, den Vertrag der Vereinten Nationen zum Klimaschutz zu unterzeichnen?



Auch wenn sich die Bilder in den Details unterscheiden mögen, so ist eine Gemeinsamkeit, dass Frauen jeweils am meisten unter diesen Bedingungen zu leiden haben.

Durch die uns von außen aufgezwungenen Vorschriften, Traditionen und Gesetze sind wir zudem immer mehr voneinander entfernt worden. Auf subtile Weise sollten unsere Gedanken und Gefühle an Gewaltbeziehungen gewöhnt werden. Unsere unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Religionen und Identitäten wurden als unüberbrückbare Grenzen dargestellt. Wir wurden nicht nur einander entfremdet, zugleich wurden wir auch immer mehr der Natur entfremdet. Während Frauen einst das gesellschaftliche Leben im Einklang mit der Natur aufgebaut hatten, wurden fortan zwischen Mensch und Natur sowie zwischen den Menschen hohe Mauern errichtet. Diese Mauern sind es, die unsere Freiheit einschränken, die uns einkreisen und unseren Vorstellungen von einem freien Leben das Licht und den Atem nehmen. Wir drohen an der Gefühllosigkeit, dem Schweigen und Wegschauen zwischen diesen Mauern zu ersticken.

Bei der diesjährigen Vorbereitung haben wir viele Frauen nach ihren Wünschen und Vorschlägen für das Motto des Festivals befragt. Was wir am meisten zur Antwort bekamen, war der Wunsch, in einer demokratischen Gesellschaft und einer natürlichen und friedlichen Welt zu leben. Und wir haben uns weiter gefragt, wie eine solche Gesellschaft und Welt aussehen müssten. Was müssen wir für eine friedliche, gewaltlose, Gerechtigkeit und Liebe als höchste Werte achtende Gesellschaft, für eine solche Welt tun? Wie können wir eine Gesellschaftsstruktur entwickeln, welche auf dem Frauenrecht basiert?

Für eine natürliche Gesellschaftsentwicklung ist es notwendig, dass alle Beziehungen auf gegenseitiger Verantwortung beruhen. Das gilt sowohl für zwischenmenschliche Beziehungen als auch für die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Denn Sinn dieser Beziehungen ist es, einander zu stärken und zu ergänzen. Die Mauern und Gräben der Spaltung und Entfremdung zu überwinden heißt die Zersplitterung und Zerstörung des Lebens zu beenden. Eine demokratische und ökologische Lebensweise bedeutet, dass wir uns und unsere Umwelt als eine Einheit begreifen. Nur in dieser Ganzheit kann es Leben geben. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass die Entwicklung demokratisch-ökologischer Ideen und Lebensperspektiven für uns Frauen eine Voraussetzung ist, um unsere gesellschaftlichen Ziele erreichen zu können. Insbesondere als Frauen müssen wir verstärkt die sich gobalisierenden Probleme nach dem Motto: "Global denken – lokal handeln" angehen. Gegenüber der Welt, in der wir leben, dürfen wir nicht gleichgültig bleiben. Deshalb auch sind die Einheit, die Solidarität und die Organisierung unter Frauen so notwendig. Der Wunsch der Frauen, in einer demokratischen Gesellschaft und in einer ökologischen Welt zu leben, ist ein selbstverständliches Menschenrecht. Aufgrund dieser Ideen begreifen wir das demokratisch-ökologische, die hierarchischen Strukturen überwindende Gesellschaftsmodell als eine Lösung.

Als Frauen, Völker, als Menschen können wir nur mit Selbstrespekt, gegenseitiger Achtung, im Austausch und im Einklang mit der Natur leben. Anstelle der Konkurrenz wollen wir gegenseitige Solidarität, anstatt der Beherrschung der Natur wollen wir Harmonie, anstelle von Aneignung, Besitz und Egoismus wollen wir Teilen zu unseren Lebensgrundsätzen machen.

Wir wissen, dass wir hart arbeiten und kämpfen müssen, um dies zu erreichen. Hier und heute können wir damit beginnen. Nur wenn wir uns mit all unserer Kraft in unserem täglichen Leben einsetzen, können wir für uns und auch mit und für andere Frauen, Kinder, die Gesellschaft und Natur eine lebenswerte Zukunft aufbauen. Auf unserem Festival wollen wir mit den Diskussionen zu diesen Themen unsere Gemeinsamkeiten herausfinden. Und gemeinsam sagen wir „Halt!" zu all denjenigen, die für ihre Macht, ihre Gewalt und ihr Geld unser Wasser und unsere Luft vergiften. Wir sagen „Halt!" zu denen, die Frauen, Kinder und die Umwelt als ihre Ware begreifen und im Namen von Ehre, Eifersucht oder Politik Morde an Frauen und Massaker an der Natur begehen.

Wir müssen die lebendige Schönheit der Welt bewahren.

Wir können unser Leben durch eine freie und demokratische Gesellschaft bereichern.

Wir können durch Einklang und Freundschaft mit der Natur unsere Zukunft gestalten.

In diesem Sinne wollen wir auf unserem Festival unsere Stimmen, Gedanken, Gefühle, Projekte und unsere Energien zusammenbringen! ♦

Ort und Zeit der Veranstaltung:
Am 18.06.05 von 10 bis 18 Uhr im Amphitheater Gelsenkirchen
Grothusstr. 201 (Nordsternpark)

Organisation:
CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, Grupellostr. 27, 40210 Düsseldorf,
Tel. 0049-211-17 11 080,
mailto: ceni_frauen@gmx.de

Jeder Tag des Jahres muss ein Frauenkampftag sein

Der 8. März in Kurdistan, in der Türkei und in der BRD

Susanne Gierstein

Alle Kundgebungen und Demonstrationen zum 8. März waren bestimmt vom Kampf der Frauen gegen die „Ehrenmorde“. Diese gehörten bislang zum Alltag, über jeder Frau, die sich nicht völlig dem Willen der Familie und des Ehemannes unterwarf, hing dieses Damoklesschwert. Viele Frauen haben ihr Aufbegehren mit dem Tode bezahlt. Die „Ehrenmorde“ waren so selbstverständlich wie tabuisiert. Es wurde nicht darüber gesprochen.

Dieses Schweigen haben die Frauen in Kurdistan durchbrochen. Sie haben das Tabu zerstört, in dessen Schatten die schrecklichen Taten geschahen. Sie haben Nein geschrien: „Schluss mit den Ehrenmorden! Wir sind nicht eure Ehre! Wir haben das Recht auf ein eigenes Leben!“ Sie gründen Frauenhäuser. Bedrohte Frauen flüchten dorthin. Allein in Diyarbakir haben im letzten Jahr 42 vom Tode bedrohte Frauen Zuflucht gesucht, zwei von ihnen wurden schließlich doch ermordet, aber 40 Frauen gerettet. Und auch Männer suchen dort Hilfe. Sie werden durch die Familien gezwungen, ihre Töchter, Schwestern oder Ehefrauen zu töten. Tun sie es nicht, werden sie selber bestraft. Aber das Bewusstsein wächst, dass es Unrecht ist zu morden. Dass es andere Lösungen geben muss, dass die Ehre der Frauen neu definiert werden muss und dass es die Frau selber ist, die über sich, ihr Leben und ihre Ehre bestimmt.

Aktionen zum 8. März:

2 000 Frauen demonstrierten in Hakkari unter dem Motto: Wir lassen „Ehrenmorde“ nicht mehr zu! Evrim Yilmaz vom Vorstand der DEHAP-Frauen betonte in ihrer Rede: „Jeder Tag des Jahres muss ein Frauenkampftag sein. Wir sind als Frauen mit großen Problemen konfrontiert. An der Spitze stehen dabei die ‚Ehrenmorde‘. Wir als Frauen werden diese Morde nicht länger zulassen, wir werden unseren Kampf dagegen weiterführen.”

Auf der Weltfrauendemonstration in Ankara, die unter Beteiligung verschiedenster Frauenorganisationen und Projekte durchgeführt wurde, gab es eine Aktion, wobei Postkarten an die politischen und sozialen gefangenen Frauen verschickt wurden.

Maxmur: Auch die Frauen im kurdischen Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan (Nordirak) begingen den Frauenkampftag mit einer Demonstration durch das Lager und einer Kulturveranstaltung. Themen waren die Bewahrung des Friedens und die Demokratisierung der Türkei als Voraussetzung für ihre Rückkehr nach zwölf Jahren Flucht, aber auch der innergesellschaftliche Kampf der Frauen um das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, gegen Zwangsheiraten und „Ehrenmorde“. Die Frauen in Maxmur sind sehr aktiv, eine Frauenakademie, Frauenparlament, Frauenzentrum, Gesundheitsstation, Näherei und kleine Betriebe, Kindergärten und Schulen wurden im Flüchtlingslager aufgebaut.

Die Demonstration zum 8. März in Istanbul vom Sarachane-Park zum Beyazit-Platz hat in der europäischen Öffentlichkeit traurige Berühmtheit erlangt. Sie wurde durch die Polizei mit Pfeffergaseinsatz und Knüppeln angegriffen. Während der ausbrechenden Panik schoss die Polizei weitere Gasgranaten in die Seitenstraßen. Viele Frauen wurden verletzt. Hunderte von Frauen sammelten sich danach am Beyazit-Platz in Istanbul, um gegen die Angriffe auf die Demonstration zu protestieren. Betül Altindag vom Vorbereitungskomitee sagte auf der Protestkundgebung, weder Angriffe wie im Sarachane-Park noch Repression oder Festnahmen würden die Frauen aufhalten können. Später tanzten die Frauen zu den Liedern einer Musikgruppe. Als sich dann die Frauen Parolen rufend in kleineren Gruppen auf den Weg nach Hause machten, wurden sie erneut angegriffen. In den kleinen Seitengassen machte die Polizei Jagd auf die Demonstrantinnen. Dabei wurden auch JournalistInnen zusammengeknüppelt. 65 Demonstrantinnen wurden festgenommen und sollten dem Haftrichter vorgeführt werden. Auch am Hafen von Kadiköy in Istanbul gab es eine Demonstration von ca. 1 500 Personen. Die Demo wurde vom Bund der werktätigen Frauen (Emekci Kadinlar Birligi) organisiert. Sie forderten die Einführung eines bezahlten Feiertages am 8. März.

Auch die Frauendemonstration in Malatya wurde brutal durch die Polizeikräfte angegriffen. Dies ebenfalls zu dokumentieren hat die europäischen Medien scheinbar schon wieder überfordert. Die Repression soll die europäische Öffentlichkeit nur in kleinen Häppchen präsentiert bekommen. So ist sie besser zu manipulieren. Die 8.-März-Frauenplattform von Izmir feierte den Frauentag am Bornova-Platz. Etwa 3 500 Frauen riefen Parolen wie: „Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!

Keine Chance dem Krieg! Wundere dich nicht, AKP, wir werden in die Berge gehen!" Anschließend gab es Redebeiträge in kurdischer und türkischer Sprache. Insbesondere wurden die ansteigende staatliche Gewalt und die Angriffe auf Frauen verurteilt. Die Frauenplattform zum Weltfrauenmarsch protestierte auf ihrer Kundgebung in Antalya mit Beiträgen in kurdischer und türkischer Sprache gegen die Massaker an Frauen, die klassenspezifische Ausbeutung und gegen Kriege. Die Demonstration wurde von einem großen Polizeiaufgebot begleitet. Auch in Adana, Eskisehir, Kars, Ankara, Van, Cukurova und Antep und in vielen anderen Städten fanden Aktionen statt.

Der 8. März in Deutschland

„Obwohl sich kurdische Frauen in vielfältiger Weise engagieren und organisieren, sind sie vor allem für die Frauenbewegung in Deutschland kaum sichtbar.

Aufgrund der mangelnden Kontakte und Diskussionen, aufgrund früherer Erfahrungen oder einfach Nichtwissens, aufgrund falscher und negativer Berichte in den herrschenden Medien haben sich auf beiden Seiten Vorurteile und/oder Interesselosigkeit entwickelt. Dies wollen wir durchbrechen.

Aus diesem Grunde hat sich die kurdische Frauenbewegung zum diesjährigen 8. März entschlossen, auf regionaler Ebene zusammen mit unterschiedlichsten Frauen den internationalen Frauenkampftag zu begehen, um gemeinsame Diskussionen und Aktionen für die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven zu beginnen oder zu verstärken."

Dies ist ein Auszug aus dem Aufruf von CENI zum diesjährigen Frauenkampftag am 8. März. In verschiedensten Städten wurde dieser Aufruf zur Stärkung der internationalen Frauensolidarität mit Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen praktisch umgesetzt.

Nun muss es darum gehen diese Kontakte zu vertiefen, kontinuierliche Diskussionen zu führen und weitere gemeinsame Aktionen zu realisieren. Die Parole: „Jeder Tag ist ein Frauenkampftag" sollte auch in diesem Sinne umgesetzt werden.

Durch unsere Arbeit in den Sozialforen, mit unserem internationalen Zilan-Frauenfestival und verschiedenen lokalen Initiativen, durch Seminare und Filmveranstaltungen versuchen wir CENI`s, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Die Auswirkungen des sozialen Kahlschlags auf Frauen, die Kämpfe gegen Krieg und Gewalt und insbesondere der sich entwickelnde Widerstand von Frauen gegen die unmenschliche Praxis der „Ehrenmorde" bestimmten den diesjährigen 8. März.

Vielerorts gab es aber nur kleinere Kundgebungen oder Veranstaltungen, Demonstrationen waren die Ausnahme. Wieder einmal zeigt sich die Schwäche der Frauenbewegungen in Deutschland. Wo auch immer kurdische Frauen gemeinsam mit Frauen anderer Kulturen gemeinsam auf die Straße gingen, wurde die Stimmung hoffnungsvoller, gab die Vielfältigkeit und Farbigkeit der Aktionen neue Kraft und motivierte auch Außenstehende zum Hinsehen und Nachdenken. So z. B. in Wuppertal, wo CENÎ zusammen mit der Frauenorganisation Courage eine kleine, aber bunte und mobilisierende Kundgebung mit einem internationalen Kulturprogramm organisierte. Schaffen wir es, diese Zusammenarbeit zu verbessern und zu erweitern, werden wir alle daraus gestärkt hervorgehen. Eine Möglichkeit dazu besteht in der Initiative für einen FrauenRaum auf dem Sozialforum für Deutschland vom 21.–24. Juli in Erfurt. Auch CENÎ beteiligt sich aktiv daran und steht für Informationen gern zur Verfügung. ♦



Demonstrationen und Repression am 8. März in der Türkei und Kurdistan. Fotos: DIHA

Berlinale:

Friedensfilmpreis für „Schildkröten können fliegen“

Filmbesprechung von Elmar Millich

Der Friedensfilmpreis der diesjährigen Berlinale ging am 18. Februar 2005 an den iranisch-kurdischen Spielfilm „Lakposhtha hâm parvaz mikonand“ (Turtles Can Fly/ Auch Schildkröten können fliegen) von Bahman Ghobadi.

Die Begründung der Jury lautete: „Ein kurdisches Flüchtlingslager im Grenzgebiet zwischen Irak und Iran: Die Menschen leben in großer Armut, die Felder sind vermint – eine ständige Bedrohung für die Kinder und die Erwachsenen. Die Kinder verdienen sich ein paar Groschen beim Minenräumen, viele von ihnen sind für ihr Leben verstümmelt und dennoch spielen sie ihre Kindheit.

Ein Film des Schmerzes und der Verstörung, der die Zukunft der Kinder in allen Kriegsgebieten mit erschreckender Deutlichkeit zeichnet.

Obwohl sich die Kinder umeinander kümmern und im Flüchtlingslager ihre eigene parallele Welt entsteht, zeigt Bahman Ghobadi die Folgen des Krieges – Elend und die Auflösung aller Strukturen – mit Bildern, die nicht aus dem Kopf gehen.“

Der Film erzählt die Geschichte einer Gruppe von Flüchtlingskindern, die kurz vor Beginn der amerikanischen Offensive gegen Irak in einem Lager an der Grenze zur Türkei ihr Schicksal erwarten. Während die Alten damit kämpfen, die über ein Satelliten-Radio einkommenden Nachrichten zu übersetzen, sammeln die Kinder Landminen ein, um sie als «second hand»-Kriegsgerät zu verkaufen. Viele von ihnen sind durch den Krieg und Minen selbst verstümmelt.



Bahman Ghobadi bei den Dreharbeiten   Foto: www.schildkroetenkoennenfliegen.de

Hauptfigur des Geschehens ist der 13-jährige ‚Satellite’, der als geschäftstüchtiger ‚Macher’ eine fünfzigköpfige Gruppe Jugendlicher und Kinder befehligt. Seinen Spitznamen hat er, weil er in den Dörfern des kurdischen Grenzgebietes Antennen und Satellitenschüsseln einrichtet. Satellite – im «all american» Hip-Hop-Outfit – genießt auch unter den Erwachsenen Autorität, da er sich der westlichen Technologie und Kultur anscheinend am weitesten angenähert hat und man ihm eine Einschätzung der weltpolitischen Lage vor der amerikanischen Invasion am meisten zutraut.

Trotz der trostlosen Lage zwischen Militärschrott und Minenfeldern entwickelt Satellite einen dynamischen Optimismus, der den heimatlosen und verkrüppelten Kindern unter seinem Kommando Halt gibt. Der Ausdruckskraft des Laiendarstellers (Soran Ebrahim) ist es zu verdanken, dass auch abgrundtief zynische Dialoge als der Realität angemessen und teilweise humorvoll daherkommen. Etwa wenn sich ein Landbesitzer bei Satellite beschwert, viele der bei ihm zur Minenräumung angemieteten Jugendlichen hätten nur noch eine Hand, und dieser sie selbstbewusst anpreist: „Das sind die Besten. Die haben keine Angst mehr vor Explosionen.“

Den tragischen Gegenpol zu dem energieströmenden Satellite bildet die hübsche Agrin, die neu im Flüchtlingslager ankommt und von ihm heftig umworben wird. Sie erscheint zusammen mit ihrem älteren Bruder, der durch Minen beide Arme verloren hat, und einem blinden dreijährigen Jungen, dessen Verwandtschaftsverhältnis zunächst ungeklärt bleibt. Während ihr Bruder sich nach anfänglichen Rivalitäten mit Satellite arrangiert, mit bloßen Zähnen Minen räumt und sich um den Kleinen kümmert, bleibt sie verschlossen und verstört. Im Laufe des Films wird deutlich, dass sie das Kind, das ihr

Eigenes ist, nicht annehmen kann, da es einer Massenvergewaltigung durch irakische Soldaten entstammt.

Die Hauptprotagonisten des Films sind Kinder und Jugendliche. Erwachsene kommen nur an der Peripherie vor und in einer Umkehrung der üblichen Machtverhältnisse. Die männlichen Dorfältesten sind in ihren feudalen Strukturen verhaftet und in der Umbruchstruktur des Krieges hilflos. Sie sind unfähig, die politischen Ereignisse um sie herum zu verstehen und bleiben auf Satellites abstruse Interpretationen angewiesen. Ihre größte Sorge bezüglich der Kinder und Jugendlichen gilt nicht der Minengefahr, sondern dass diese über das Satellitenfernsehen auf „verbotenen“ amerikanischen Sendern zu viel nackte weibliche Haut sehen könnten.

Als Satellite mit seiner Gruppe in jugendlicher Wichtigtuerei gegen Minen getauschte Maschinengewehre auf dem Schuldach installiert, um sich gegen eventuelle irakische Angriffe wehren zu können, taucht kurz der Lehrer des Flüchtlingscamps auf. Auf dessen Vorhaltungen, die Kinder müssten doch lernen, lässt Satellite sie stramm das Einmaleins aufsagen. Fatalistisch zieht der Lehrer wieder von dannen, resigniert durch die Macht der Verhältnisse.

Ghobadis Film wirkt nicht zuletzt deshalb so beeindruckend, weil dokumentarische Schärfe und eine metaphysische Bildsprache nebeneinander bestehen. Agrins armloser Bruder verfügt über seherische Fähigkeiten und der sich westlich gebende Satellite vertraut diesen mehr als den Fernsehinformationen ausländischer Sender, mit denen er sein Geld verdient. Mystische rote Fische zur Heilung von Agrins Sohn werden in einem verdreckten Tümpel gesucht. Die Kameraführung wechselt zwischen der unberührten Landschaft Kurdistans und endlosen Halden aus Militärschrott. Die am Ende einrückenden amerikanischen Truppen wirken in diesem Szenario wie Besucher von einem anderen Stern.

Bahman Ghobadi drehte „Turtles Can Fly“ an Originalschauplätzen im Irak. Wie in seinem früheren Welterfolg „Zeit der trunkenen Pferde“ benutzt der Regisseur ausschließlich Laienschauspieler. Er habe sogar zusammen mit den Kindern am Drehbuch gearbeitet, sagt er in einem BBC-Interview: „Sie spielen im Grunde ihr eigenes Leben. Ich habe kein festes Drehbuch gehabt. Die Erfahrungen der Kinder haben den Film geprägt.“ Trotz des dramatischen Hintergrunds sei der Film sehr humorvoll, sagt Ghobadi weiter. Das komme von seinen kurdischen Wurzeln: „In der kurdischen Gemeinschaft wird viel gelacht. Wir haben als Flüchtlinge im Exil so viel ertragen müssen, dass wir nicht mehr weinen können. Lachen ist der einzige Heilungsprozess, der uns bleibt.“

Traurig sei er darüber, dass ein Großteil «seiner Leute» den Film wahrscheinlich nie sehen wird: „Es gibt 35 Millionen Kurden, aber wir haben nicht einmal zehn Kinos, in denen Filme gezeigt werden.“ ♦



Turtles Can Fly

Regisseur: Bahman Ghobadi
Irak/Iran, 2004, Spielfilm, 98 Minuten

Bahman Ghobadi wurde 1968 im iranischen Kurdistan in dem Dorf Baneh geboren, in dem sein erster Spielfilm "Zeit der trunkenen Pferde" spielt. In einer schwierigen Kindheit, die von Kriegsjahren geprägt war, wurde seine Heimat mehrfach von den Irakern bombardiert, viele Verwandte des jungen Bahman kostete es das Leben und diese Erinnerungen gruben sich ihm tief ins Gedächtnis ein.

Ghobadis Eltern trennten sich, als er elf war. Er mußte nebenher arbeiten, um sich und seine Familie durchzubringen. Nach dem Mittelschulabschluß ging er zum Radio. 1988 schloss er sich in Sanandaj einer Gruppe junger Filmliebhaber an, gemeinsam drehten sie die ersten Kurzfilme. 1993 zog er nach Teheran, um Filmemachen zu studieren. Schon bald gab er das formale Studium auf, um selbst Kurzfilme zu machen und als Regieassistent an anderen Filmen mitzuwirken.

Von 1995 bis 1999 entstanden insgesamt 9 Kurzfilme, die meist auf Kindheitserinnerungen beruhen und in Schulen spielen. Sie gewannen viele internationale Festivalpreise, so "Leben im Nebel" den Spezialpreis der Jury von Clermont-Ferrand. 1999 assistierte Bahman Ghobadi Abbas Kiarostami bei der Regie von DER WIND WIRD UNS TRAGEN, und in Samira Makhmalbafs SCHWARZE TAFELN spielt er einen der Wanderlehrer.

Sein erster Langspielfilm, und auch die erste Produktion aus kurdischer Hand, ZEIT DER TRUNKENEN PFERDE wurde weltweit auf vielen Festivals preisgekrönt und erhielt 2000 in Cannes gemeinsam mit DJOMEH von Hassan Yektapanah die Caméra d'Or für den besten Debütfilm. Nach 'Verloren im Irak' – SONGS FROM MY MOTHERLAND, der ebenso reich mit Preisen gekrönt wurde, kommt nun sein dritter Film „Schildkröten können fliegen“ ins Kino.

Weitere Informationen:
www.schildkroetenkoennenfliegen.de

Fotoausstellung von Jutta von Freyberg

Unter dem Himmel Kurdistans

Anja Hotopp-Riecke

„Der Himmel Kurdistans ist weiter, größer, höher, schöner, blauer als jeder andere Himmel, den ich je gesehen habe", beschreibt Jutta von Freyberg die ruhige und malerische Seite Kurdistans, die sie mit einer Fotoausstellung im kurdischen Verein „Hînbûn" in Berlin zeigt. Ins Visier nahm die Fotografin jedoch nicht nur den Himmel, denn ohne das, was unter dem Himmel zu sehen sei, tauge der schönste Himmel nichts, meint Freyberg. Zu sehen sind Quellen, Blumenwiesen, Berge wie der Nemrut und der Ararat, das Munzur-Tal und Überreste früherer Kulturen.

Doch die Fotografien zeigen nur die schöne und landschaftlich beeindruckende Seite. Absichtlich wurde die „andere" Seite zumindest auf den Bildern ausgeklammert. Als bedrückende Realität, aufdringlich und beängstigend bezeichnet Jutta von Freyberg die immense militärische Präsenz.

Dennoch sind ihre Bilder Denkmäler der Geschichte. Der Weg durch das Munzur-Tal beispielsweise zeigt Höhlen und Felsen. Die Höhlen dienten vielen Menschen als Verstecke während des Dersim-Massakers (1937/38). Von zahlreichen Felsen stürzten sich kurdische Mädchen vor mehr als einem halben Jahrhundert, aus Angst, türkischen Soldaten in die Hände zu fallen. Fotografiert wurde natürlich auch der Fluss Munzur selbst, der sich der Legende nach blutrot färbte, als die türkische Armee unter der kurdischen Zivilbevölkerung ein Blutbad anrichtete.

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem schweren Massaker bereiste Jutta von Freyberg die Region und das Wasser des Munzur war noch immer rot, so die Fotografin, die seit 1997 in Berlin lebt und Vorstandsmitglied des *Kurdischen Instituts für Wissenschaft und Forschung Berlin e.V.* ist.

Rein äußerlich erinnert natürlich nichts mehr an das Dersim-Massaker. Auch die Höhlen, Felsen und der Munzur selbst sind nur stumme Zeugen. Keine Erinnerungen an die zahlreichen Opfer von offizieller türkischer Seite. Es sind die KurdInnen selbst, die dafür sorgen, dass der Teil ihrer Geschichte nicht in die Vergessenheit gerät. Doch so wenig wie über den jüngeren Teil der Geschichte zu erfahren ist, ist auch von den historischen Überresten Kurdistans längst nicht alles untersucht. Ein minimales Bild durch den kemalistischen Fokus verzerrt – von Geschichtsvermittlung könne da kaum die Rede sein. Denn auch zahlreiche armenische Klöster, Schlösser und Kathedralen hatten keine Chance und fielen dem Zahn der Zeit zum Opfer. Mit ganz wenigen Ausnahmen gibt es immer noch keinen Willen, die Kulturdenkmäler zu erhalten. „Doch es gibt auch Kurden, die ich während meiner Reise kennen lernte, die die Zeugnisse früherer Kulturen als Reichtum, als Schätze der gesamten Menschheit betrachten, die zu schützen ihnen aufgegeben ist", so Freyberg.

So sei die Reise aus politischen, kulturhistorischen, aber auch aus literarischen Aspekten immer wieder neu, spannend und aufregend gewesen. Es sei sehr aufregend gewesen, die Orte zu besuchen, an denen die Liebesgeschichten und Sagen der kurdischen Literatur spielen. In der Ausstellung dürfen dann also auch Ansichten vom Sipan-Berg nicht fehlen, wo das Liebesdrama von Sîyabend und Xece angesiedelt ist. Yasar Kemal schrieb über Ahmed und Gûlbahar, die am majestätischen Ararat zueinander fanden. Die Insel Axtamar im Wan-See steht im Zentrum der Legende von Tamara und Sivan.

So stehe fast jedes Bild der Exposition von Jutta von Freyberg für eine Geschichte oder zeige ein Stück Geschichte, zumindest jedoch für eine Erinnerung, unter dem schönen, blauen, weiten, großen, hohen Himmel Kurdistans, dessen nächtliches Erscheinungsbild für Jutta von Feyberg schon fast ein mystisches Ereignis darstellt. ♦

„Der Himmel Kurdistans ist natürlich größer, weiter, höher, schöner, blauer als jeder andere Himmel ...... den ich gesehen habe. Fragen Sie die Kurdinnen und Kurden, sie werden es bestätigen.
Der nächtliche Himmel über Kurdistan ist noch beeindruckender. Er ist schon fast ein mystisches Erlebnis. Wenn Sie zum Beispiel mitten in der Nacht am tiefschwarzen Wan-See stehen, wenn Sie die Wellen leise ans Ufer schlagen hören und über sich diesen gewaltigen Himmelsraum erblicken mit der breiten Milchstraße über Ihrem Kopf und den unzähligen großen und kleinen Sternen zwischen den Sternbildern – dann haben Sie den Eindruck: Dieser unendliche Sternenhimmel wölbt sich wie eine Glocke direkt über den Weiten des Wan-Sees und die tiefsten Sterne tauchen am Ende des Horizonts in die schwarzen Fluten ein ..."
(Aus der Rede zur Eröffnung der Fotoausstellung von Jutta von Freyberg am 18. Februar 2005 im Hînbûn, Berlin-Spandau"

Jutta von Freyberg: 1944 in Freiberg geboren, in Frankfurt a.M. aufgewachsen, Studium der Politischen Wissenschaften, Soziologie und Geschichte, Promotion bei Prof. Wolfgang Abendroth, Schwerpunkt ihrer Publikationen sind der antifaschistische Widerstand und antiimperialistische Befreiungskampf, arbeitete als Journalistin, Publizistin, Historikerin und in der Erwachsenenbildung, seit 2004 Vorstandsmitglied *Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung Berlin e.V.*

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress Deutschland-vertretung
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
Fax: (49) 30 - 24 72 49 02
E-mail: knkberlin@kongrakurdistan.net

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
Email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

ISSN 0935-5375

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

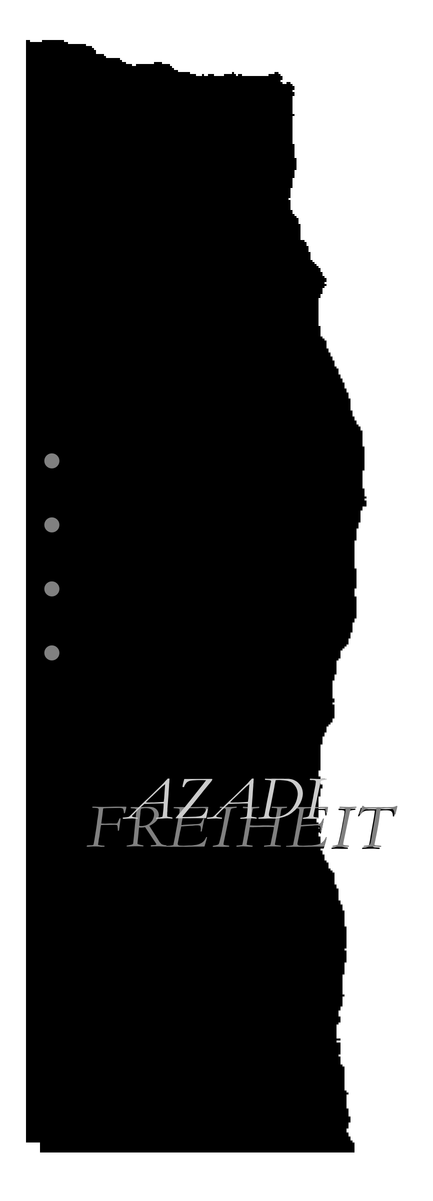
Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600





Festivala Jinan
Frauen Festival

Kültürel ve sanatsal aktiviteler

Şark Çadırı ve Dengbejler Divanı
Kadın Ressamların sergileri
Ekoloji ve Kadın konulu panel
Kadın kıyafet ve el sanatları sergileri
Fotoğraf sergisi

Programm:
- Rojda
- Selda Bağcan
- Beser ve Gulistan
- Nijmen Abdullah
- DezeDeniz (Hiphop)
- Filiya İnadi (Alman Kadın Müzik Grubu)
- Yunan Dans Grubu
- Sarya Tiyatro Grubu
- Konuşmacılar ve Mesajlar

-Ji bo Cîhaneke Demokratik-Ekolojîk Jin Aştî û Edaletê dixwazin

-Frauen wollen Frieden und Grechtigkeit – für eine ökologisch – demokratische Welt

Datum: 18. 06. 2005, 10:00 Uhr
Ort: Amphitheater ,Grothussstrase 201, 45883 GELSENKIRCHEN

CENÎ-Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.